

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 20 und 21.

Des Pfingstfestes wegen Doppelnummer.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur
für die Zeit vom 10. bis 23. Mai 1907.

Posen, den 28. Mai 1907.

Mitglieder des Strazvereins.

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

• **Veränderung (80).**

Brzuskiewicz Stanislaw, Besitzer, Ruhheim, Kreis Mogilno.

Veränderung (81).

Bankowski Franciszek, Sattler, Mogilno,
Rybarezyk Michal, Landwirt, Slupia, Kreis Posen-West.

Veränderung (82).

Sobczak Kasper, Landwirt, Turst, Kreis Pleschen.
Gomolka Wojciech,
Wolski Wojciech, Landwirt, Antoniewo, Kreis Czarnikau.

Veränderung (83).

Kortus Jozef, Landwirt, Chrustowo, Kreis Grätz.

Veränderung (84).

Slivinski Walenty, Landwirt, Kotowo, Kreis Posen-West.

Änderung der Satzungen des Strazvereins.

(In der Generalversammlung vom 24. März 1907 beschlossen.)

Der § 3 lautet:

An der Spitze des Vereins Straz steht der Vorstand, welcher aus 5 Mitgliedern besteht. An seiner Seite steht der Beirat, welcher aus 18 Mitgliedern besteht.

Die jährliche Hauptversammlung der Starosten wählt den Vorstand und Beirat auf 3 Jahre. Aus dem Beirat treten auf der jährlichen Hauptversammlung der Starosten 6 Mitglieder. Falls ein Mitglied des Vorstandes oder des Beirats vor der Hauptversamm-

lung der Starosten austritt, steht dem Vorstände und dem Beirat das Recht der Kooptation zu. Alle Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Im Falle von Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Befugnisse des Vorstandes und des Beirats bestimmen näher die Satzungen.

Im § 4 heißt der letzte Satz:

Die Leitung des Bureaus liegt dem Vorstände ob.

In den §§ 5, 6 und 8 ist statt „Hauptvorstand“ „Vorstand“ zu setzen.

[Faint rectangular stamp or mark]

[Faint, illegible text across the middle of the page]

[Faint vertical text or markings on the right side]

[Faint, illegible text near the bottom of the page]

B e r i c h t
über den Verlauf der am 10. d. Mts. abge-
haltenen Versammlung des Vereins Straz
für Posen=Altstadt.

Posen, den 13. Mai 1907.

Die Versammlung wurde in Anwesenheit von etwa 80 Personen um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr von dem Starosten des Vereins Straz für Posen=Altstadt Rentier **Smisniewicz** mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in welcher der Zweck der Versammlung kurz dargelegt wurde, der darin bestehe, den Anwesenden Gelegenheit zu bieten, aus den zum Vortrag gelangenden belehrenden Reden Kraft und Mut zu weiterer Arbeit zu schöpfen. Die Versammlung solle nicht nur eine Erinnerung an die Schmerzen der Polen, sondern auch ein lindernder Balsam auf ihre Wunden und ein Ansporn zu wackerer und energischer Tätigkeit in der Zukunft sein.

Nach Verlesung der Tagesordnung wurde Zahnarzt Dr. Schroeder zum Leiter der Versammlung, Viktor Ruczkowski zum Schriftführer und die Strazmitglieder Dobrowolski, Johann Leitgeber, Brozowski, Wleklinski, Froncowski und Chrzanowski als Beisitzer berufen.

Als erster Redner sprach **Dr. Wojadzy-Posen** „Über die kulturellen Zwecke des Vereins Straz.“ Der Inhalt des Vortrages, den der Redner vom Blatte ablas, war etwa folgender: Wie jeder Mensch dazu geschaffen sei, einen bestimmten Zweck auf Erden zu erfüllen, ebenso sei auch eine Nation dazu da, um einen Zweck zu erfüllen, nämlich das Reich Gottes auf Erden auszubreiten. Zur Erreichung dieses Zweckes seien Jahrhunderte notwendig, in denen sich die Kultur einer Nation entfalte. Von einem gut bestellten Boden sage man, er befinde sich in hoher Kultur. Ebenso spreche man von einem fortgeschrittenen Volke, es besitze eine hohe Kultur. Ein Volk, welches nicht selbständig sei und keine Kultur besitze, nenne man ein barbarisches Volk. Kultiviert sei dagegen ein Volk, welches in seiner Literatur, Philosophie, Religion, in der Kunst und Wissenschaft eine höhere Entwicklung aufweise. Obgleich jedes Volk den einen Zweck habe, das Reich Gottes auf Erden zu befestigen, so habe dennoch jedes Volk eine besondere, seinem Charakter angepasste Kultur. Jedes Volk dürfe aus einer fremden Kultur Nutzen ziehen, aber nur so weit, als es diese fremde Kultur zu verarbeiten und zu nationalisieren imstande sei. Die polnische Kultur sei in Preußen bedroht, und darum müßten die Polen alle Mittel anwenden, um hier ihre Kultur zu retten. Zwischen der deutschen und polnischen Kultur sei der Unterschied sehr groß. Der Deutsche zahle Steuern, weil er es müsse, er schicke das Kind in die Schule, weil er es müsse, er gehorche dem Gendarmen, weil er es müsse, er lasse sich vergewaltigen, weil er nicht frei sei und weil er selbst vergewaltige. Darum sei er auch der Freiheit nicht wert. Wenn dagegen der Pole

Steuern zahle, so tue er es freiwillig, wenn er für das Vaterland sterbe, so tue er es aus freien Stücken. Der Pole habe auf allen Schlachtfeldern freiwillig für das Vaterland und für die Freiheit gekämpft. Auch der Verein Straz müsse seine Tätigkeit auf diese freiwillige Opferwilligkeit des polnischen Volks stützen. Sollte dies durchzuführen dem Verein Straz nicht gelingen, dann würden ihm alle geplanten Reformen nichts nützen. Ein zweites Merkmal der deutschen Kultur sei die Eröberungssucht, dort sei also kein Gefühl für Gerechtigkeit zu finden. Wenn man sage, die Polen hätten nie verstanden, ihre Siege auszubeuten, sie seien keine Politiker, so sei dies ein Beweis dafür, daß sich das polnische Volk stets von hohem Gerechtigkeitsgefühl, von dem Geist der Freiheit und Völkerverbrüderung habe leiten lassen. Der Verein Straz sei nun auch dazu da, dieses Gerechtigkeitsgefühl und den Geist der Freiheit auszubreiten und zu pflegen. — Der Deutsche ärgere sich, wenn man ihn einen Deutschen nenne, weil dem Deutschtum die den slawischen Völkern zugefügten Unbilden anhafteten. Die Polen seien dagegen auf ihren Namen stolz, denn sie hätten sich zu allen Zeiten allen Völkern gegenüber nur von den edelsten Gefühlen leiten lassen. Diese edlen Grundsätze auch fernerhin zu fördern, sei eine heilige Aufgabe des Vereins Straz. Es wäre besser, wenn die Polen ihre altpolnischen Tugenden übten, damit die Deutschen wüßten, daß alle ihre germanisatorischen Bestrebungen vergeblich seien, — anstatt über die Preußen zu schimpfen. Die Polen fühlten die Sklaverei, weil sie einen freien Geist besäßen, sagte der Dichter Mickiewicz, aber es könne ihnen niemand verbieten, sich untereinander als gleiche Brüder zu fühlen, freie Bürger und freie Menschen zu sein. Sie klagten über die preußische Sklaverei, weil sie selbst Sklaven im Geiste seien. Von diesen weibischen Klagen und Gebrechlichkeiten müßten sie sich losmachen, denn frei zu sein und dem Vaterlande zu dienen, könne ihnen niemand verbieten. Die materielle Kraft Preußens sei keine moralische Kraft, die in dem großen Eisenbahnetz, in dem auf hoher Stufe stehenden Handel und Gewerbe usw. liegende Kraft sei noch keine Kultur. — Von der Geburt an werde dem Polen die preußische Kultur aufgedrängt. Schon in der Schule werde dem polnischen Kinde eingebläut, wie groß manche deutsche Männer seien, — offenbar deshalb, weil sie an den Polen Gewalttaten verübt hätten; beim Militär werde dem Polen die Unbesiegbareit der preußischen Armee eingeimpft, und damit dies besser geschehen könne, müsse der polnische Soldat seine Militärdienstzeit im Westen ableisten, wo er mit der deutschen Kultur in engste Berührung komme. Bei der Post und Eisenbahn geschehe mit der polnischen Beamenschaft das gleiche. Wie lassen sich diese fremden Einflüsse beseitigen, wie könnten sich die Polen von ihnen befreien? In erster Linie dadurch, daß der deutschen die polnische Kultur gegenübergestellt werde. Einem Luther, der den Frieden und die Ordnung gestört habe, stelle man einen Skarga gegenüber, der die Ordnung

wiederherzustellen gesucht habe. Einem Friedrich II., den man mit Unrecht den Großen genannt habe, weil die von ihm in seiner Politik angewandten Mittel nicht immer löblich gewesen seien, stelle man den Kosciuszko gegenüber, der für die Freiheit gekämpft und sich nie durch eine unedle Tat befleckt habe. Einem Schiller und Goethe halte man den polnischen Dichter Mickiewicz entgegen, der diese beiden in jeder Beziehung übertrage: einem Kaibach, Menzel und Lenbach endlich stelle man den polnischen Maler Matejko gegenüber, der durch seine Kunstwerke den Beweis erbracht habe, daß die polnische Malerei heut höher stehe als die deutsche. — Nach dieser Richtung hin tätig zu sein, sei ebenfalls eine hervorragende Aufgabe des Vereins Straz. In den Quellen dieser polnischen Kultur möge der Verein Straz die polnische Volksgesamtheit baden, denn die fremden Anschauungen vergifteten und seien todbringend, selbst dann noch, wenn die eigene Muttersprache erhalten bliebe. Was sich die „Polnische Liga“ (Liga Polska), die seiner Zeit von der Regierung verboten worden sei, als Ziel gesteckt habe, das möge der Verein Straz durchführen. Dieser Verein möge die Herausgabe von Lebensbeschreibungen polnischer Helden veranlassen, er möge darauf achten, daß das polnische Kind nicht deutsch lerne, daß es seine Sprache nicht mit deutschen Fremdwörtern verunfalte, daß es mit deutschen Kindern nicht spiele. Durch Gründung von polnischen Gesangsvereinen, durch Veranstaltung von Ausflügen nach polnischen Gegenden müsse dem schlechten Einfluß der preußischen Kultur entgegengearbeitet werden. Nach dieser Richtung hin biete sich dem Verein Straz ein reiches Arbeitsfeld. Wenn die Polen alle Schätze der polnischen Kultur kennen lernen würden, werde ihnen das Blendwerk der preußischen Kultur keine Achtung einflößen. Den Gewalttaten müsse Gerechtigkeit, der Sklaverei die Freiheit gegenübergestellt werden. Nur so könnten die Polen ihre nationalen Eigenheiten erhalten, die ihnen niemand stehlen könne. Wenn die Polen so handeln wollten, würden sie zeigen, daß sie ihre Existenz nicht einbüßen, daß sie den gegen sie gerichteten Angriffen nicht unterliegen, sondern daß sie stets vorwärts schreiten würden. Dies könne nur eine junge lebenskräftige Nation durchführen, die Polen aber seien eine junge Nation, und sie besäßen Lebenskraft. (Beifall.)

Als zweiter Redner trat der Abgeordnete, Rechtsanwalt **Dr. von Mieczkowski** auf, der als Thema seiner Rede „Die Mittel zur Verteidigung der Bürgerrechte“ wählte. Die Polen — führte Redner etwa aus — hätten es mehr als alle anderen nötig, wenigstens die elementarsten Gesetzeskenntnis zu besitzen, weil die preußischen Behörden die den Polen durch die Gesetze gewährleisteten Rechte zu verkürzen suchten. Jeder Pole müsse sich mit den Gesetzen genau vertraut machen, damit er selbst wüßte und dazu noch anderen Rat erteilen könnte, wie er sich im gegebenen Falle zu verhalten habe. Der Verein Straz gewähre seinen Mitgliedern nur in solchen Fällen Rechtsschutz, in denen ein politischer Hintergrund vorhanden sei, in denen es sich um das nationale Interesse, wie um die Verdrehung der Namen usw. handle. In privaten und Strafsachen erteile der Verein Straz keine Ratschläge. — Redner ließ sich alsdann über die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts aus, indem er die daraus entspringenden Rechte und Pflichten in sachlicher Weise erläuterte. Bereits hinlänglich bekannte Beispiele für die angeblichen Schikanen der Polizeibehörden bei Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts anführend, erteilte Redner entsprechende Ratschläge für das Verhalten der dabei beteiligten Personen.

So sei zur Veranstaltung von Theatervorstellungen nur dann eine polizeiliche Genehmigung erforderlich

wenn diese gewerbsmäßig betrieben werde. Nur das aufzuführende Stück müsse eingereicht werden, jedoch nicht in polnischer Übersetzung, wie dies bei Einreichung der Vereinsstatuten Vorschrift sei. Auf die geschlossenen Gesellschaften finde das Versammlungsrecht ebenfalls keine Anwendung, jedoch müsse darauf geachtet werden, daß die für geschlossene Gesellschaften zutreffenden Bedingungen, wie Beschränkung der Teilnehmer auf einen bestimmten Personenkreis usw. innegehalten würden. Das Ansiedelungsgesetz und die Novelle hierzu kritisierte Redner in derselben abfälligen Weise, wie dies von polnischen Rednern in ähnlichen Versammlungen zu geschehen pflegt. Desgleichen erwähnte Redner die Anwesenden, ihre Rechte hinsichtlich der Schreibweise der polnischen Namen bei standesamtlichen Eintragungen geltend zu machen, wobei er auf die Beachtung der einschlägigen Bestimmungen und Entscheidungen der höchsten Gerichte hinwies. — Redner schloß seine Ausführungen, die im großen und ganzen durch den ruhigen Ton und die sachliche Behandlung des Vortragsgegenstandes von sonst gehaltenen Reden ähnlichen Inhalts abstachen, mit dem Wunsche, jeder aufgeklärte Pole möge die ihm noch verbliebenen wenigen Rechte verteidigen, seine, des Redners, kurze Belehrung zur Anwendung bringen und weiter verbreiten, denn nur wer das Gesetz kenne, könne sich gut verteidigen. (Beifall.)

Als letzter Redner behandelte der Bureauleniter des Vereins Straz, **Dr. Jaworski**, das Thema: „Die Notwendigkeit einer nationalen Organisation.“ In die der „Ode an die Jugend“ (von Mickiewicz) entnommenen Worte:

„Zusammen, junge Freunde!

Im Glück der Gesamtheit — bestehen aller Ziele.
Durch Einigkeit stark, durch Begeisterung vernünftig,

Zusammen, junge Freunde!

Hei, Schulter an Schulter, mit vereinten Ketten
Laßt uns den Erdball umschließen!

Richten wir die Gedanken nach einem Punkt,

Und nach einem Punkt die Geister!

anknüpfend, besprach Redner zunächst das Wesen der Organisation unter Bezugnahme auf die Entwicklung des Staatslebens der Völker und ging dann über auf das Organisationsleben der Polen, denen die preußische Regierung hinsichtlich ihrer Organisation die mannigfachsten Schwierigkeiten bereite in dem Bewußtsein, daß sie die einzelnen unorganisierten Polen nicht zu fürchten brauche, während sie die Bekämpfung jeder nationalen Organisation der Polen als ihre Pflicht ansehe, weil gerade die nationale Organisation dem preußischen System erfolgreichen Widerstand zu leisten vermöge. Daraus könne man ersehen, welche große Macht in der nationalen Organisation liege. Das Ideal einer solchen festgefügtten nationalen Organisation solle der Verein Straz sein, der alle Schichten der polnischen Volksgesamtheit umfassen müsse. Zwar hätten die Polen die Pflicht, sich auch in beruflichen, turnerischen und anderen polnischen Vereinen zu organisieren, sie müßten aber in erster Linie dem Verein Straz, der größten nationalen Vereinigung, beitreten, die sich die Aufgabe gestellt habe, nach außen hin eine Abwehr zu bilden, nach innen zu aber das polnische Volk aufzuklären und zu vervollkommen. Redner schloß seine Ausführungen, die, mit ähnlichen Vorträgen polnischer Redner verglichen, keine neuen Gesichtspunkte enthielten, mit den seine Rede einleitenden Dichtervorten.

In der sich an die gehaltenen Reden anlehnende Diskussion bemerkte Maurer **Rosmicki**, daß die Polen selbst schuld daran seien, wenn die Standesbeamten die Namen nicht in der polnischen Schreibweise eintrügen, weil die Polen ihre Rechte nicht geltend machten, so daß die Beamten aus reiner Gewohnheit die deutsche Schreibweise anwendeten. Wenn jeder gegen die falsche

Eintragung energisch protestieren würde, dann wäre es in dieser Beziehung schon längst besser. Alsdann griff Kozmicki die Sozialdemokraten und ihr Blatt *Oswiata* an, das in einer der letzten Nummern die Polen in Russisch-Polen Mörder und Räuber genannt habe, weil sie unschuldige und ruhige Sozialisten totschlugen. Gegen eine solche Verunglimpfung des polnischen Volks müsse energisch Front gemacht werden.

Mit Bezug auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. v. Mieczkowski bemerkte Schriftsetzer Nowicki, es sei ratsamer, auch nicht meldepflichtige Veranstaltungen polizeilich anzumelden, weil es Polizeibehörden gebe, die Schwierigkeiten bereiteten, woraus den Veranstaltern solcher Versammlungen nur Unkosten erwüchsen.

Kommissar des Vereins Straz Kuczkowski machte darauf aufmerksam, die Eltern sollten ihre neugeborenen Kinder bei den Standesämtern nicht durch die Hebammen anmelden lassen, die auf die richtige polnische Schreibweise der Namen nicht achteten.

In der freien Aussprache beklagte sich ein gewisser Wrzesinski darüber, daß er sich in Sachen einer standesamtlichen Eintragung an den Verein Straz wiederholt um Rechtsschutz gewandt habe, ohne diesen erlangt zu haben.

Kommissar des Vereins Straz **Wielinski** brandmarkte diejenigen Polen, welche die für die Deutschkatholiken bestimmte Franziskanerkirche zu Posen sonntäglich in großen Scharen besuchen. Diese Kirche sei infolgedessen stets so gedrängt voll, daß die Deutschkatholiken diesen Umstand als triftigen Grund ansehen dürften, von der Kirchenbehörde die Überlassung weiterer Kirchen für deutsche Andachten zu verlangen. Er, Redner, stelle daher den Antrag, der Verein Straz möge Flugblätter und Aufrufe erlassen, in denen die polnisch-katholische Bevölkerung zur Einstellung des Kirchenbesuchs in der Franziskanerkirche aufgefordert werden soll.

Redakteur **Chociszewski** wandte sich gegen den letztgenannten Antrag und meinte, es sei sehr fraglich, ob sich der Verein Straz zu einem solchen Kirchenboykott geneigt zeigen werde. Der Vorstand des Vereins Straz dürfte sich dazu nicht für befugt halten, sich in rein kirchliche Dinge einzumischen. Daher bitte er den Vorredner, auf den Verein Straz keinen solchen Druck auszuüben, wie ihn die Annahme des gestellten Antrages bedingen würde; es wäre vielmehr besser, an den Vereinsvorstand in Form eines Wunsches die Bitte zu richten, in dieser Angelegenheit entsprechende Schritte einleiten zu wollen.

Der Antragsteller zog hierauf seinen Antrag zurück und pflichtete den Ausführungen des Vorredners bei.

Kuczkowski beklagte sich darüber, daß sich die Intelligenz von dem Verein so sehr fern halte, und richtete an die Anwesenden die Bitte, die Übertragung von Ämtern als Kommissar nicht abzulehnen, wenn der Starost mit einem entsprechenden Vorschlage an jemanden herantrete.

Wielinski sprach den Wunsch aus, der Verein Straz möge ein allgemeines Sommerfest veranstalten, das zur Demokratisierung des Vereins viel beitragen würde, worauf Kozmicki entgegnete, es sei bedauerlich, daß man an Vergnügungen denke in einer Zeit, wo das polnische Volk infolge Hinscheidens des Erzbischofs verwaist und in Trauer versetzt sei.

Ein gewisser **Sadowski** drückte seine Verwunderung darüber aus, wie es möglich sei, daß in der General-

versammlung des Vereins Straz einem Landverschacherer ein bevorzugter Platz eingeräumt worden sei und daß ein solcher Mensch überhaupt im Verein Straz geduldet werde.

Der Vorsitzende Dr. Schroeder erwiderte, über diese Angelegenheit könne hier nicht verhandelt werden, weil sich mit ihr ein Ehrenrat befasse.

Kommissar des Vereins Straz **Plucinski** beantragte die Abhaltung noch einer Versammlung in allernächster Zukunft, weil die heutige ihren Zweck nicht erfüllt habe, und er richtete an die polnische Intelligenz die Bitte, dem Verein Straz mehr Interesse entgegenzubringen und seine Versammlungen zahlreicher besuchen zu wollen.

Starost **Smisniewicz** erklärte, er habe sich die erdenklichste Mühe gegeben, daß sich die Versammlung möglichst imposant gestalte, jedoch sei er in seinen Erwartungen getäuscht worden. In dem spärlichen Besuch der Versammlung trage vielleicht das schöne Wetter die meiste Schuld. Bedauerlich sei das Ausbleiben der Intelligenz. Er trete ebenfalls für die Veranstaltung einer zweiten Versammlung ein, er beabsichtige jedoch diese Versammlung erst im Herbst abzuhalten.

Kommissar **Nowakowski** drückte sein Bedauern aus, daß während der dreistündigen Dauer der heutigen Versammlung alles mögliche und unmögliche besprochen worden sei, nur nicht die Reformfrage des Vereins Straz.

Redakteur **Chociszewski** erklärte sich gleichfalls für die baldige Abhaltung einer neuen Versammlung, wies jedoch den Vorwurf zurück, daß sich die Intelligenz von der heutigen Versammlung ferngehalten habe. Die Intelligenz habe vielmehr drei lehrreiche Vorträge geliefert, und sie sei auch sonst ziemlich zahlreich vertreten, während der andere Teil der Bevölkerung, der doch die Mehrheit bilde, nicht imstande gewesen sei, den verhältnismäßig kleinen Saal zu füllen.

Hiermit erreichte die Versammlung kurz nach 7 Uhr ihr Ende.

Maluche,
Agl. Polizeisekretär.

B e r i c h t **über den Verlauf der am 28. April 1907** **im Katholischen Vereinshause zu Posen ab-** **gehaltenen Delegierten-Versammlung des** **Verbandes polnischer Industrievereine in** **Deutschland.**

Posen, den 6. Mai 1907.

Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags wurde die von 200 Personen besuchte Versammlung von dem Verbandsvorsitzenden, **Rechtsanwalt Gzypicki-Kojchin** eröffnet und geleitet.

Die Tagesordnung lautete:

1. Eröffnung,
2. Feststellung der Delegierten,
3. Verlesung des Protokolls der Versammlung vom 6. Mai 1906,
4. Bestätigung der neu aufgenommenen Vereine,
5. Bericht des Verbandsvorstandes und Diskussion,
6. Bericht über die Verbandszeitschrift „Przemyslowiec“ (Der Gewerbetreibende) und Diskussion,
7. Bericht der Revisionskommission,
8. Wahl der Revisionskommission,
9. Wahl bzw. Bestätigung eines Vorstandsmitgliedes,

10. Diskussion über die beabsichtigte Einführung der Zwangsmeisterprüfung,
11. Die Angelegenheit der Normalstatuten,
12. Reform des Verbandes,
13. Anträge mit Beschluß,
14. Anträge ohne Beschluß,
15. Schließung der Versammlung.

Punkt 1. Der **Vorsitzende** hieß die Anwesenden, besonders aber den **Abgeordneten Kapieralski-Bentzen D.-Schl.** herzlich willkommen mit dem Hinweis, daß sich zum erstenmal ein polnischer Abgeordneter in einer Versammlung der Industrievereine sehen lasse.

Punkt 2 der Tagesordnung wurde verschoben und **Punkt 3** von der Tagesordnung abgesetzt, weil das Protokoll in der Verbandszeitschrift veröffentlicht worden ist.

Vor **Punkt 4** der Tagesordnung erhielt der Abgeordnete **Kapieralski** das Wort, der ausführte, daß sich die polnische Fraktion, die sich bisher nur mit religiösen und nationalen Angelegen-

heiten befaßt hätte, jetzt auch mit den sozial-ökonomischen Angelegenheiten befassen wolle, da auf diesem Gebiete der Kampf um Sein oder Nichtsein ausgefochten werde. Er sei als offizieller Vertreter der polnischen Reichstagsfraktion erschienen, um die Ansichten und Wünsche der Handwerkerkreise hinsichtlich der beabsichtigten Einführung der Zwangsmeisterprüfung zu hören.

Punkt 4. Die Aufnahme nachstehender Vereine wurde von der Versammlung bestätigt.

Samter, Schwarzenau, Winiary, Gonsawa, Mogilno, Kruschwitz, Punitz, Schildberg, Moschin, Grätz, Oppeln, Opaleniza, Oberjisko, Mietschisko, Lefno, Gollantich, Schokken, Neustadt a. W., Dolzig, Ostrowo, Kofen, Culmsee, Jutroschin, Murowana-Goslin, Schwerzenz, Ritschenwalde, Budsin, Margonin, Schubin, Czempin, Znin, Glowno, Luisenhain, Zegrze, Strassburg, Tuchel, Briesen, Culm, Schwef, Pr. Stargard, Thorn, Bronke I, Bronke II, Opaleniza, Pojen, Thorn.

Punkt 5. Nach dem vom Verbandsvorsitzenden verlesenen Bericht gehören dem Verbande 109 in 17 Gaue eingeteilte Vereine mit ca. 8000 Mitgliedern an.

**Verzeichnis
der dem Verbande angehörigen Industrievereine:**

Rfd. Nr.	Ort des Vereins	Name		Zahl der Mit- glieder	Zahl der abonnierten Exem- plare der Verbands- zeitschrift Przemys- lowiec	Bemerkungen
		des Vorsitzenden	des stellv. Vorsitzenden bzw. Schriftführers			
1	Bartschin	—	Fr. Danielewicz	30	27	
2	Berlin	Wl. Berkan	—	150	43	
3	Borek	St. Sobanski	A. Kurecki	64	57	
4	Strassburg (Westpr.)	M. Lipinski	—	80	—	
5	Budsin	M. Koralewski	—	45	2	
6	Bromberg	L. Grudowski	Dr. Warminski	85	36	
7	Culm	Wejelowki	—	70	—	
8	Culmsee	J. Ziolkowski	—	32	—	
9	Czarnikau	Dr. Linzki	Piszczała	36	17	
10	Czempin	Geistl. Bednarkiewicz	—	25	—	
11	Chelmce	Pluta-Hohenfalza ...	—	20	—	
12	Schwarzenau	Kapalczynski	Porankiewicz	70	20	
13	Dobrzynca	Propst Eniatala ...	Druzbiecki	43	16	
14	Dolzig	Geistl. Malinowski .	T. Kwiecinski	79	21	
15	Gonsawa	A. Tyblewski	J. Kaminski	36	16	
16	Gembitz	Fr. Karow	—	35	—	
17	Argenau	Propst Haupa	A. Marichewski ...	33	10	
18	Gnesen	Hoffmann	Smielecki	82	—	
19	Gnesen	Rechtsanwalt Eczaniecki	Polcyn	82	20	Berein junger Gewerbetreibender
20	Gollantich	Geistl. Szukala	—	90	—	
21	Gostyn	Dr. Gorski	W. Czabajski	140	140	Berein gewerbe- treibender Hand- werker
22	Grätz	Andrzejewski	St. Szynkiewski ...	27	—	
23	Graudenz	Golembiewski	W. Marchlewski ...	86	—	
24	Janowitz	A. Tafelski	Musial	30	20	
25	Jaratschenwo	Wolinski	Czabajski	36	7	
26	Jarotschin	T. Jachowski	—	101	20	
27	Jutroschin	Propst Dratwa	—	40	—	
28	Hohenfalza	W. Gostanski	M. Putacki	44	20	
29	Hohenfalza	Paryzef	A. Marzycki	68	30	Berein junger Gewerbetreibender
30	Erin	J. Altner	Fr. Ignatowski ...	46	2	
31	Kempen	Dr. Trzcinski	Dr. Kaspronicz ...	54	40	
32	Alekto	Przygodzki	—	30	6	
33	Kobylin	Kozanski	Gajowczyk	44	16	
34	Kurnik	T. Szulc	—	45	40	

Zfd. Nr.	Ort des Vereins	N a m e		Zahl der Mit- glieder	Zahl der abonniert- ten Exem- plare der Verbands- zeitung Przemys- lawiec	Bemerkungen
		des Vorsitzenden	des stellv. Vorsitzenden bezw. Schriftführers			
35	Kosten	Dr. Laurentowski ..	Propst Surzynski...	80	—	
36	Kostschin	K. Gorski	Jg. Wolniewicz	41	40	
37	Koschmin	Stawicki	Paryżek	32	26	
38	Kröben	Macfowiak	—	44	—	
39	Krotoschin	A. Masłowski	Dr. Bolewski	128	22	
40	Kruschwitz	Pomianowski	Stankiewicz	49	27	
41	Lissa	A. Klimaszewski	—	40	10	
42	Labischin	Prälat Strzajkowski ..	J. Buganski	50	37	
43	Lefno	Szmolke	—	32	—	
44	Margonin	Kado	—	37	—	
45	Miejszysko	Jasinski	A. Jurkiewicz	40	10	
46	Miloslav	Hoppe	Chacharowski	50	—	
47	Mogilno	K. Jiliszewicz	A. Zbychowski	73	20	
48	Moschin	St. Michalowski	—	32	22	Verein junger Gewerbetreibender
49	Mrotischen	K. Czejewski (Dronzno)	—	38	20	
50	Mur.-Goslin	Strozynski	—	58	7	
51	Nafel	Kaplan Stankowski ..	Dettlof	60	31	
52	Neustadt a. d. Warthe	(Potulice)	—	—	—	
53	Obornik	J. Strzypeczak	E. Szymankiewicz ..	27	—	
54	Obersitzko	St. Stoinski	—	46	24	
55	Opatow	Taranczewski	—	42	—	
56	Opatow	Bikar Kruska	—	?	25	
57	Opatow	W. Witajewski	Horowski	52	—	Verein gewerbe- treibender Hand- werker
58	Opatow	A. Bresinski	—	37	—	
59	Ostrowo	Dr. Szostakowski	—	129	—	
60	Schildberg	Bikar Krol	S. Marweg	61	33	
61	Sakosch	Propst Kurzawski ..	Krzyzanowski	30	10	
62	Sandberg	Wojtkowski	St. Zwierzyci	38	—	
63	Siechen	Gdeczyn	S. Samulski	182	32	
64	Podewitz	Dr. Alkiewicz	Pieniezny	38	10	
65	Punitz	Propst Dr. Strzys- lewski	—	63	26	
66	Posen	Prof. Drygas	—	235	16	
67	Posen	L. Wiklaszewski	—	633	21	Verein junger Gewerbetreibender
68	Posen	Jr. Węclawski	—	703	23	Poln. kath. Hand- werkerverein
69	Posen	L. Krause	—	480	1	Manufakturisten- verein
70	Posen	A. Minicki	—	170	5	„Sobieski“-Verein
71	Posen-Jersig	Dr. Kozuszkiewicz ..	—	270	8	
72	Posen-St. Lazarus ..	K. W. Juszczak	—	104	24	
73	Posen-Wilda	Kaminski	—	61	10	
74	Posen-Gurtichin	Adamski	—	77	13	Verein „Kosciuszko“
75	Posen-Winiary	Edm. Pawlowski	Ant. Bonczkowski ..	54	23	
76	Posen-Glowno	Ign. Konieczny	W. Sosnowski	44	1	
77	Posen-Jegrze	J. Dwijanowski	Danielewicz	40	—	Verein „Zgoda“
78	Quijshain	L. Janicki	—	60	—	
79	Ratow	Julski	Mania	38	7	
80	Raschew	J. R. Romanowski ..	—	28	—	
81	Rogasen	Dr. Wysocki	Kocjorowski	41	13	
82	Ritschenwalde	J. Zielinski	W. Sobanski	—	—	
83	Rirke	Dr. Zientkiewicz	Putz	42	28	
84	Schoffen	Propst Joch	—	16	7	
85	Schrimm	Kucharski	—	133	46	
86	Schroda	Dr. Jordan	Dr. Liebek	58	—	
87	Stargard	K. Jezewski	—	45	—	
88	Stralkowo	Bikar Chojnacki	—	60	18	
88	Stenschemo	—	Lud. Drygas Trajanowski, (Bibliothekar)	48	—	

Lfd. Nr.	Ort des Vereins	N a m e		Zahl der Mit- glieder	Zahl der abonnier- ten Exem- plare der Verbands- zeitschrift Przemys- lowiec	Bemerkungen
		des Vorsitzenden	des stellv. Vorsitzenden bzw. Schriftführers			
89	Strelno	Jg. Kornajewski ...	—	54	25	
90	Schwerzenz	J. Gabanski	St. Łoza	60	—	
91	Schweż	—	—	90	—	
92	Samter	L. Wolczyński	—	64	—	
93	Samter	W. Pawłowski	Wikar Puż	49	40	Berein junger Gewerbetreibender
94	Schubin	Dr. Holec	W. Malek	51	—	
95	Thorn	Brejski	Dr. Steinborn	42	—	
96	Thorn	Kladzinski	Siforski	28	10	desgl.
97	Tuchel	Dr. Karasiewicz	—	45	—	
98	Tremessen	Edw. Kowalski	A. Siwinski	38	14	Berein „Harmonia“
99	Briesen	L. Siforski	—	52	—	
100	Bongrowitz	Wikar Zielinski	Bonarski	88	41	
101	Witkowo	Dr. Piekarski	Nowicki	24	20	
102	Wollstein	Wikar Bykowski	Skibinski	66	20	
103	Breslau	Bojciechowski	—	55	25	
104	Wronke	A. Lewandowski	J. Badyna	50	—	
105	Wronke	J. Fuhrmann	Wasilewski	43	—	Berein junger Gewerbetreibender
106	Wreschen	Wikar Łowinski	M. Sawlak	93	15	
107	Santomischel	J. Bielawski	A. Preiß	50	2	
108	Zerkowo	Propst Łowinski	Pawłowski	45	—	
109	Znin	Propst Siferski (Gora)	—	90	33	
zusammen ...				8225	1584	

Punkt 6. Der vom Verbandskassierer Filipowicz für den Verlag der Verbandszeitschrift Przemyslowiec erstattete Kassenbericht ergab eine Einnahme von 4545,13 Mk. und eine Ausgabe von 4959,85 Mk., so daß ein Defizit von 414,73 Mk. zu decken bleibt.

Der für den Verband erstattete Bericht ergab eine Einnahme von 2688,15 Mk. und eine Ausgabe von 982,53 Mk., so daß ein Bestand von 1705,62 Mk. verbleibt.

Punkt 7. Auf Antrag des Mitgliedes der Revisionskommission Gniatczynski-Posen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Punkt 11 der Tagesordnung „Normalstatuten“ und **Punkt 12** der Tagesordnung „Reform des Verbandes“ sind auf Antrag des Vorsitzenden bis zur nächsten Delegiertenversammlung zurückgestellt worden.

Im Anschluß hieran wurde in die Diskussion zum Berichte des Vorstandes eingetreten, die sich in der Hauptsache um die zwangsweise Abonnierung des „Przemyslowiec“ handelte. Da sich jedoch die Mehrheit der Delegierten dagegen erklärte, wurde auch diese Angelegenheit bis zur nächsten Delegiertenversammlung zurückgestellt.

Hierauf trat eine Pause von 1½—2½ Uhr nachmittags ein.

Punkt 8. In die Revisionskommission sind Gniatczynski, Wlad. Marcinkowski und Fr. Wendlawski gewählt worden.

Punkt 9. Zum Verbandschriftführer wurde Franz Kaczmarek-Posen gewählt.

Zu dem vorweg genommenen Punkte 13 der Tagesordnung sind Beschlüsse nicht gefaßt worden.

Punkt 10. (Diskussion über die beabsichtigte Einführung der Zwangsmeisterprüfung.)

Als erster Redner erhielt der Reichstagsabgeordnete Napieralski das Wort, der an der Hand einer den Reichstagsabgeordneten zugegangenen Vorlage über die beabsichtigte Änderung der §§ 129, 131 und 133 der

Gewerbeordnung referierte. Er brachte zum Ausdruck, daß er als offizieller Vertreter der polnischen Fraktion die Wünsche der beteiligten Kreise zu der beabsichtigten Änderung der Gewerbeordnung hören wolle. Es seien hierbei 2 Punkte zu beachten. Erstens, ob diese Änderungen für die polnischen Handwerker als solche nützlich sein werden und zweitens, ob sie für die Polen in Berücksichtigung ihrer politischen Lage geboten seien. Er — Redner — sei der Meinung, daß der erste Punkt zu bejahen sei, während hinsichtlich des zweiten Punktes die Polen jedem neuen Gesetz mißtrauisch gegenüber treten müßten, wiewohl noch keine Tatsachen dafür vorlägen, daß die Prüfungskommissionen bei den Gesellenprüfungen die Polen parteilich behandelten. Für einschlägiges Material wäre die polnische Fraktion dankbar. Er sei vor einigen Tagen zu einem Vortrage des früheren Oberbürgermeisters von Posen Witting in Berlin gewesen, der gemeint habe, daß es sich bei der Frage der Ostmarkenpolitik nicht darum handle, wer Recht oder Unrecht habe, sondern wer Hammer oder Ambosß sein werde. Er — Redner — möchte sich zwar nicht auf diesen Standpunkt stellen, wenn es aber die Gegner täten, dann müßten die Polen damit rechnen. Am Schlusse seiner Ausführungen zitierte Redner folgenden deutschen Dichterauspruch:

„Freund in dieser Zeitenammer
Lern bei Zeiten dich entscheiden,
Jedermann muß eins von beiden,
Ambosß oder Hammer sein“,

den er ins Polnische übersezte.

Während der 2½ Stunden lang währenden Diskussion, an der sich fast alle Delegierten beteiligt haben, sprach sich die Mehrheit der Delegierten gegen die Einführung der Zwangsmeisterprüfung aus, weil sie befürchteten, daß die Prüfungskommissionen an die polnischen Kandidaten in den theoretischen Prüfungsgegenständen wie deutsche Sprache usw. übergroße Anforderungen stellen und dadurch den Polen die

Meisterprüfung erschweren, wenn nicht gar vereiteln könnten.

Schließlich wurde auf Antrag des Bankdirektors Dr. Hacia-Posen folgende Resolution angenommen:

„Die Delegiertenversammlung des Verbandes polnischer Industrievereine erklärt sich grundsätzlich für eine Reform der Meisterprüfung, wenn

1. der Einfluß der Regierung auf die Gestaltung der Meisterprüfung und auf die Wahl der Prüfungskommissionen beseitigt wird,
2. die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache kein Hindernis für die Ablegung der Meisterprüfung bilden wird,
3. die Übergangsbestimmungen so liberal wie möglich sein werden.

Der Abgeordnete Napieralski erklärte hierzu, daß die polnische Fraktion nur unter den in der Resolution niedergelegten Bedingungen für die in Rede stehende Regierungsvorlage stimmen werde.

Punkt 14. (Anträge ohne Beschluß.)

Die zu diesem Punkte gemachten Ausführungen waren ohne Interesse.

Um 6 Uhr abends erklärte der Vorsitzende die Delegiertenversammlung nach 7 1/2 stündiger Dauer für geschlossen.

Wietusch,

Königlicher Polizeisekretär.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 12. Mai cr. im Janiszewski'schen Saale zu Labischin abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Vereins Straz.

Posen, den 14. Mai 1907.

Die Versammlung, welche von etwa 150 Personen aus der Stadt und Umgegend besucht war, wurde von dem Starosten für den Kreis Schubin, Bäckermeister **Siodmiał**-Labischin, um 1 3/4 Uhr eröffnet.

Siodmiał richtete an die Anwesenden folgende Ansprache: Liebe Anwesende! Er begrüße die werten Landsleute, die hier erschienen seien, nicht mehr als Kandidaten, sondern als Mitglieder des Vereins, einer seit nunmehr zwei Jahren bestehenden Organisation, die den Zweck habe, sich zu verteidigen, die Mitglieder darüber aufzuklären, wie sie dem Feinde, der das Polentum zu vernichten drohe, am besten die Stirn bieten könnten. Den Herren Kommissaren sage er an dieser Stelle warmsten Dank für die mühselige Arbeit. Jeder Pole müsse wissen, ob die Straz notwendig sei, was sie sei und wonach sie strebe, anders sonst könne er nicht gewissenhaft arbeiten, nicht in gehöriger Weise seine nationale Pflicht erfüllen. Um die Aufgabe der Straz zu erfüllen, müßten möglichst viele Versammlungen veranstaltet werden; das wolle auch der Hauptvorstand in Posen haben.

Die preussischen Behörden bereiteten der Straz oft recht große Schwierigkeiten, sie verböten vielfach die Abhaltung von Versammlungen; hier in Labischin sei solches zweimal geschehen. Er, Redner, habe sich dieserhalb an den Minister gewandt. Der Erfolg sei nicht ausgeblieben, denn der Landrat habe ihm die Mitteilung gemacht, daß die Polizeibehörde diese Versammlungen zu unrecht verboten habe. Auf die Einzel-

heiten der polizeilichen Verbote einzugehen, erübrige sich, sie seien den Strazmitgliedern hinlänglich bekannt.

Näheres über das Wesen, den Zweck und die Ziele der Straz werde der aus Posen anwesende Delegierte sagen. Es gebe immer noch Polen, die über die Straz schlecht unterrichtet seien; hörten sie den Namen des Vereins, dann spitzten sie die Ohren wie ein Hase, der von einem Geräusch aufgeschreckt werde. Die Straz sei keine Organisation wie der deutsche Ostmarkenverein. Letzterer genieße alle Freiheiten, die Straz müsse sich solche erst schwer erkämpfen, sich an den Minister wenden, wolle sie zu ihrem Rechte kommen. Zwischen den genannten Vereinen bestehe ein großer Unterschied. Wie viele Tränen habe das Polentum um des H. R. T.-Vereins willen schon vergossen! Wie viele Veräufßerer unter dem polnischen Volke seien durch die Schuld der Hafatisten entstanden! Aus dem polnischen Volke komme keine Verräterschaft, diese sei einzig und allein die Saat des Hafatismus.

Sehe man sich von einem argen Feinde bedroht, dann müsse dreist aufgetreten werden gegen ihn. Die Straz handle gewissenhaft, denn sie verteidige die nationalen Schätze des polnischen Volkes, die von allen Seiten bedroht seien. Die Straz stehe, das besage schon ihr Name, auf der Wacht. **Wächter müsse es überall da geben, wo man sich von „Spizbuben“ (złodzieje) umringt wisse.**

Zu bedauern sei es, daß das polnische Volk den Wert der Straz noch nicht voll und ganz verstehe; am besten beweise das der leere Saal. Er bitte das kleine Häuflein der Anwesenden, genau aufzupassen auf die Ausführungen der Redner, damit sie in der Lage wären, denen, die nicht hier seien, zu sagen, was die Straz sei, was sie bezwecke. Man solle von der Straz nichts Unmögliches verlangen, nicht das von ihr haben wollen, was sie nicht geben könne. Wer Klagen vorzubringen habe, der halte damit nicht zurück, ein guter Rat werde hier immer erteilt werden können. Ein jeder hüte sich, einen Keil einzuschieben in diese so notwendige Organisation. Man höre nicht auf die Leute, die da sagten, die Straz verfare schlecht. Eines jeden wahren Polen Pflicht sei es, die Fahne des Abwehrvereins hochzuhalten!

Nachdem **Siodmiał** zum Leiter der Versammlung gewählt worden war, gab er die nachstehende Tagesordnung bekannt:

1. Eröffnung;
2. Bildung des Bureaus;
3. Vorträge;
4. Aufnahme neuer Mitglieder;
5. Freie Aussprache;
6. Schluß.

Zu Punkt 1:

Erledigt.

Zu Punkt 2:

In das Bureau wurden berufen:

Kolanczyk-Megheim	als Schriftführer,
Bojewski-Dorzunia	} als Beisitzer.
Monka-Mamlicz	
Feigel-Labischin	

Zu Punkt 3:

Das Wort erhielt zunächst der Hauptredakteur der Wochenschrift **Praca**, **Adam Boszwinski**-Posen, der etwa folgendes ausführte:

Liebe Landsleute! Die Lage der unter preussischem Szepter lebenden Polen sei gar traurig. Das erfahre man am besten, wenn man die Vergangenheit des

polnischen Volkes betrachte. Das Polentum sei von fremden Leuten abhängig. Die Geschichte beweise es, daß die Deutschen die Germanisierung des Slawentums seit Jahrhunderten betrieben; schon im Jahre 500 n. Chr. habe man damit begonnen. Die Bestrebungen des Deutschtums in dieser Hinsicht hätten die verschiedensten Wandlungen durchgemacht; einmal sei die Germanisierung stärker, dann wiederum schwächer betrieben worden. Im 13. Jahrhundert hätten sich die Kreuzritter bemüht, die deutsche Kultur mit dem Schwerte hier einzuführen, dem Slawentum den Garaus zu machen. Die Aufzählung all der dem Polentume durch das Kreuzrittertum zugefügten Unbilden erübrige sich, den meisten sei dies aus der Geschichte bekannt. Die deutsche Kultur sei immer weiter vorgeedrungen, nicht zum geringen Schaden des Slawentums. **Polnische Mädchen hätten die Frauen der „deutschen Michel“ werden müssen; das polnische Reich sei unter Preußen, Österreich und Rußland geteilt worden; man habe geglaubt, das Polentum so am ehesten zu vernichten. Sei das gelungen? Keineswegs! Die Polen lebten, würden weiter leben und als solche bestehen.** Seit dem Jahre 1815 ruhe die preussische Hand gar schwer über dem polnischen Volke; vom Jahre 1848 ab habe sich diese Hand immer fühlbarer gemacht. Nach dem deutsch-französischen Kriege habe Bismarck den Kampf gegen die Kirche aufgenommen. Er habe aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die Kirche sei eine Macht, die ein ewiges Leben führe; der Kampf mit ihr habe nicht zum Siege geführt, und so habe man sich entschlossen, die Ausrottung des Polentums auf eine andere Weise vorzunehmen. Da sei zunächst die polnische Sprache aus den höheren Schulen ausgemerzt worden. Im Jahre 1886 sei die Ansiedelungskommission entstanden. Später habe die polnische Sprache ihr Recht in den Schulen und Ämtern eingebüßt. Heute wolle es scheinen, als ob in den polnischen Ländern nur noch lauter Deutsche säßen. Selbst den Religionsunterricht könne man fast nur noch in der fremden Sprache hören. Trotz alledem lebe das polnische Volk. **Und warum lebe es? Der Glaube an eine bessere Zukunft erhalte es. Dieser Glaube allein könne allerdings nicht alles tun, man müsse in diesem Glauben rastlos tätig sein, sonst komme der Feind, und das Polentum gerate in Gefahr, mit dem tatenlosen Glauben in Abrahams Schoß einzuziehen.** Daher sei es vor allen Dingen nötig, für die rechte Aufklärung und dafür zu sorgen, daß der Glaube wirke und in die Tat umgesetzt werde.

Der polnische Mann sei bekannterweise nachlässig, flau, er flamme auf wie ein Strohfeuer, um gleich darauf in den früheren Schlendrian zu verfallen. Seit einer Reihe von Jahren sei es aber besser geworden; die preussische Peitsche habe die Polen munter gemacht und sie zum tätigen Glauben geführt. **Der Kampf der preussischen Regierung gegen die Polen habe diesen die Augen geöffnet, ihre Organisation, die so notwendig sei, herbeigeführt.**

Vor nunmehr 10 Jahren sei der HRT-Verein ins Leben gerufen worden, der über ganz Deutschland Verbreitung gefunden habe, sogar nach der Schweiz und Österreich strecke er schon seine Fühlhörner aus. Dieser Umstand habe nun endlich auch die Polen aus dem alten Schlafe aufgerüttelt, und sie wüßten ganz genau, daß nicht nur die Regierung, sondern die ganze deutsche Gesamtheit den Kampf gegen sie führe. Das polnische Volk könne sich nicht so verteidigen wie England oder Frankreich, denn es habe weder Kanonen, Säbel noch Flinten. Gegen die deutsche Macht gebe es aber ein anderes Streitmittel: **Die Organisation.** Da habe man die Sokolvereine, die Industrievereine und die verschiedensten Berufsverbände. Diese Ver-

einigungen seien ihrem Wesen nach eng begrenzt. **Es habe an einer Organisation gefehlt, welche den allgemeinen Interessen des polnischen Volkes, der polnischen Kultur und nationalen Abgesondertheit Rechnung zu tragen und in Verteidigung alles dessen aufzutreten habe; es sei ein Verein nötig gewesen, der da imstande sei zu zeigen, daß die Polen Rechte hätten, die sie in Anspruch nehmen sollten. Nun sei eine solche Organisation da: Die Straz!**

Was die Straz sei, das brauche er nicht näher zu erörtern, denn das sei zur Genüge bekannt. Aber über die Aufgaben, die sie zu erfüllen habe, wolle er hier ein Mehreres anführen. Etwas ganz Neues sei die Straz nicht. Es habe schon einmal eine ähnliche Vereinigung bestanden: Die Liga, deren Schöpfer Karl Libelt, der Sohn eines Posener Schusters, gewesen sei. Lange habe diese Liga nicht bestanden, die preussischen Schikane hätten gar bald ihre Existenz vernichtet.

Das gemeinsame Mißgeschick habe nun heute wieder das gesamte Polentum vereint, es zu dem Bewußtsein geführt, daß es eine große Masse von Brüdern sei, daß es zu den Kindern der bedrückten polnischen Erde gehöre. Die ganze polnische Gesamtheit müsse der Straz angehören. Diejenigen, welche ihr noch ferne ständen, würden auch ihre Mitglieder werden, denn die Erkenntnis für das Notwendige könne nicht ausbleiben. Wenn sich der Adel von der Straz fern halte, so müsse ihm der einfache Mann den Weg dazu weisen.

In der letzten Hauptversammlung in Posen sei die Straz bis zu einem gewissen Grade reorganisiert worden. Der Hauptvorstand habe früher aus 21 Mitgliedern bestanden, gegenwärtig gehörten ihm nur 5 Mitglieder an. Diese Änderung habe man deshalb vorgenommen, weil der Hauptvorstand polizeilicherseits schikaniert worden sei. Um den preussischen Staatsfädel bei Strafverfahren gegen den Vorstand nicht zu bereichern, sei seine Zahl auf 5 herabgesetzt worden; die Polen seien doch wahrhaftig nicht dazu da, um die Deutschen reich zu machen!

Kedner kam sodann auf die einzelnen Sektionen der Straz zu sprechen und führte bei der Erläuterung zur ökonomischen Sektion unter anderem aus: Weil die preussische Schule dem polnischen Volke nicht das gebe, was es nötig habe, müßten die Polen selbst für die Erhaltung und Festigung des polnischen Geistes sorgen. **Wolle sich denn das polnische Volk zu polnisch sprechenden Preußen machen lassen? Einstimmige Antwort: Nein, niemals!** — Jeder Pole müsse polnisch denken, fühlen und im polnischen Geiste tätig sein, solches gehöre zum wahren Polentum! Die kulturelle Sektion habe die Aufgabe, für alles das zu sorgen.

Die rechtlich-politische Sektion kläre das Volk auf über seine politischen Rechte, sie suche es zu schützen vor den Diktatorien der Regierung und vor der allmächtigen Polizei, welche dem polnischen Bürger oft viel zu schaffen mache, wie ja das die Ausführungen des Vorredners zur Genüge bewiesen hätten. **Der Polizeibeamte in Labischin sei doch kein Gott, über ihm ständen noch höhere Personen, bei denen man sein Recht suchen könne.**

So segensreich die Arbeit der Straz sei, gehörten ihr doch immer noch zu wenige Mitglieder an. Was seien 20 Tausend Mann gegenüber der 3 Millionen zählenden polnischen Gesamtheit! Es habe jeder die Pflicht, der Straz beizutreten, denn dann erst würde sie imstande sein, die Polen vor der deutschen Polenflutung zu schützen. Wenn die 3 Millionen Polen geschlossen vorgehen würden, dann werde sich die Regierung mit ihnen keinen Rat wissen! (Anhaltende Bravorufe.) Die Polen führten ihre polnische Politik,

sie lebten ihren Ideen und verteidigten ihre Interessen. Obgleich sie die preussische Regierung nicht so leben lasse wie sie wollten, würden sie es trotzdem tun! (Bravorufe.)

Er fordere die lieben Landsleute auf, der Straz beizutreten und allesamt Pioniere des Polentums zu werden. Wer Mitglied der Straz sei, solle sich bemühen, Mitglieder zu werben. Ein „Strazak“ zu sein, das bedeute: ein aufgeklärter Pole zu sein, der allen Ernstes danach zu streben habe, daß das Polentum vorwärts komme. Unter den Mitgliedern der Straz müßten Eintracht und Zucht herrschen, dann werde die preussische Regierung vielleicht imstande sein, den Teufel auszurotten, aber niemals das Polentum.

Siodmiak: Er danke dem Redner für den lehrreichen Vortrag. — Es gebe noch viele Leute, die nicht wüßten, was das Wort „Kultura“ (Kultur) zu bedeuten habe, sie seien wohl der Meinung, es heiße „Kura“ (Henne). (Anhaltendes Lachen.) — Wer das Wort nicht verstehe, der denke an den Kulturkampf. Während dieses Kampfes habe es die Regierung darauf abgesehen, anstelle der polnischen Geistlichen deutsche anzustellen. Man habe geglaubt, auf diese Weise das polnische Volk eher und sicherer germanisieren zu können. Das polnische Volk dürfe sich das, was ihm teuer sei, nicht nehmen lassen, es müsse sich wehren, so gut es könne. Wer eines Rats bedürfe, der frage klügere Leute und richte sich nach diesen. Ein Landsmann habe ihn, den Redner, gefragt, wie er sich beim Schulstreik verhalten solle; darauf habe er, Siodmiak, an den Hauptvorstand geschrieben und von diesem Fingerzeige für den Raschenden erhalten. Dieser aber habe sich danach nicht gerichtet, und so sei es denn gekommen, daß er für seine Unfolgsamkeit habe büßen müssen, er habe einen Prozeß auf den Hals bekommen, er sei bestraft worden. Nun habe ihm die Straz helfen sollen. — O, polnisches Volk, gehe in dich, entferne das Gift aus deinem Herzen, dann wird es besser um dich bestellt sein!

Danielewicz-Bartichin: Geehrte Versammlung! Vor 10 Jahren sei es hier noch nicht so schlimm gewesen wie heute, wo man dem polnischen Volke das Brot aus dem Munde nehme. Sein, des Redners, Herz blute über das, was um ihn her geschehe. Die heutige Lage des Polentums habe sich so gestaltet, daß man gezwungen sei, Selbsthilfe zu üben zu jeder Zeit, bei jeder Gelegenheit. Leider bleibe in der Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig; alle Mahnungen der Presse nützen nicht viel. Man befolge doch endlich einmal die Losung „Jeder zu dem Seinen.“ Das polnische Geld fliehe zu Millionen in die großen Städte und mache die Deutschen reich. Der polnische Kaufmann und Handwerker aber werde von seinen Landsleuten unbeachtet gelassen. Er bitte die Anwesenden, dem polnischen Kaufmann den Vorzug zu geben, denn dieser bediene seine Kunden eben so gut, ja vielleicht besser wie der Fremde. Man sehe nicht auf den Schnaps, den der deutsche Geschäftsmann seinem Kunden anbiete, solche Zugaben kosteten Geld, sie müßten mit der Ware bezahlt werden. Wenn der polnische Handwerker und Kaufmann viele Abnehmer haben werde, dann werde er auch leistungsfähig sein und bessere Ware liefern können als das deutsche Geschäft. Man streife doch endlich einmal den alten Fehler von sich ab und sei eingedenk dessen, daß der Deutsche stets gegen den Polen sei. Wer wolle da sein Geld noch den Feinden hintragen! Er trage Leid um das Volk, das solche Fehler begehe und bitte es um alles in der Welt, endlich einmal den Weg zu beschreiten, der zur Erlösung führe. In den heutigen schweren Zeiten müsse der Pole für den Polen sorgen.

Er warne die Landsleute vor dem Auswandern nach dem Westen; man könne heutzutage in der Heimat ebenso einen Spargroschen zurücklegen, wie in der Fremde, wo man allen erdenklichen Gefahren ausgesetzt sei, insbesondere in moralischer Beziehung. Nirgends sei es schöner wie in der Heimat, wo man die süßen Klänge der Muttersprache vernehmen, seinen Sitten und Gewohnheiten leben könne. Er, Redner, bitte alle, umzukehren von dem falschen Wege!

Siodmiak: Er wolle zu den Erschienenen ein wenig sagen über das, was dem polnischen Volke am meisten fehle: die Aufklärung, und kurz den Weg weisen, wie man am sichersten dazu gelange. Aufklärung könne man sich am besten verschaffen durch die Vereine, Zeitungen und Bücher.

Ein Mensch, der keinem Vereine beitrete, gleiche einem Durstigen, der vor dem Brunnen stehe und nicht trinken wolle. Nur durch Zugehörigkeit zu Vereinen könne man vorwärts schreiten. Zu bedauern sei es, daß sich der Adel so wenig um das Vereinswesen kümmere. Den hohen Herren scheine es langweilig, in einer Versammlung zu sitzen, die von Arbeitern besucht sei. Ehre sei daher den Herren, die heute hier erschienen seien. Es müsse danach gestrebt werden, daß sich das polnische Volk zusammenschließe ohne Unterschied des Standes.

Vom polnischen Volke werde immer noch zu wenig Gewicht auf den Wert der Bücher gelegt. Die Klagen über die geringe Benutzung der Volksbibliotheken ließen nicht nach. Man solle doch bedenken, welch hohen Wert ein gutes Buch für die Bildung des Menschen habe!

Im Anschlusse daran sei an die durch die polnische Presse gewährten Vorteile erinnert. Die Zeitung mache die Leser bekannt mit den gesetzlichen Vorschriften, sie sei eines der besten Aufklärungsmittel. Noch vielfach sei die irrige Meinung verbreitet, die Redakteure hätten es lediglich auf die Taschen der Leser abgesehen. Er, Redner, könne aber versichern, daß die Leiter der Presse Reichthümer nicht sammeln könnten, sie opferten sich auf für das Wohl des Volkes. Wie viele von ihnen säßen für die Verteidigung ihrer Landsleute im Gefängnis, während ihre Familien darben müßten. Man komme daher den Bestrebungen der polnischen Redakteure zu Hilfe und lese Zeitungen und danke Gott, daß es noch Leute gebe, die sich fürs Volk aufopferten. Ehre den polnischen Redakteuren!

Dem Fortschritte des polnischen Volkes trete oft die Trunksucht hindernd in den Weg. Viele Landsleute bringe der Schnaps ins Unglück. Insbesondere sei es zu bedauern, wenn das Geld für das üble Getränk den Feinden zugetragen werde.

Viele polnische Jünglinge, die in die Fremde gingen, schädigten die Gesamtheit dadurch, daß sie deutsche Mädchen heirateten. Erst nachdem sie einen solchen Schmutzfinken (Szargula) gehehlicht hätten, kämen sie zu der Erkenntnis, daß ihre Frau kein polnisches Herz habe. Man lasse es auch nicht zu, daß die polnischen Mädchen deutsche Männer heirateten. „Königin Polens“, sage den polnischen Töchtern, wie sie den rechten Weg wandeln sollen! Die Väter sollten sich hüten, ihre Töchter in die Fremde zu schicken, denn was geschehe da oft mit diesen Mädchen? All das Böse werde am besten durch die Aufklärung abgewendet. Wolle denn das polnische Volk sich ewig am Stricke führen lassen, wie die Ochsen?

Er, Redner, müsse erneut sein Bedauern darüber aussprechen, daß die heutige Versammlung so schwach besucht sei; in Bartichin sei es in dieser Hinsicht besser, da hätten die Landsleute mehr Verständnis für die gute Sache gezeigt. — O Gott, wann würden

denn endlich die Leiden der Polen, die doch unmöglich noch länger für die Schuld ihrer Vorfahren gestraft werden könnten, aufhören? Ein jeder strebe nach Aufklärung, damit endlich das Schlechte aus ihm schwinde, das Schlechte, das nicht in der polnischen Natur liege, das vielmehr die Saat Fremder sei; möge Gott doch diese für ihre Schuld strafen! (Anhaltendes Bravo.)

Danielewicz: Er habe seinen Ausführungen noch etwas hinzuzusetzen. Sein Laden sei kürzlich von zwei Deutschen besucht worden, die um Stiefeln gehandelt hätten. Nachdem das Geschäft beinahe zustande gekommen, sei eine polnische Dame erschienen, die mit ihm, D., polnisch gesprochen habe. Die deutschen Käufer hätten darauf den Laden sofort verlassen und die Stiefel nicht mitgenommen. Das sei ein nachahmenswertes Beispiel für die Polen, die zu den Fremden kaufen gingen.

Zu Punkt 4:

Siodmiał: Die Aufnahme neuer Mitglieder solle nach Schluß der Versammlung erfolgen.

Zu Punkt 5:

Krojniak = Augustowo: Die Losung „Jeder zu dem Seinen“ werde nicht allein von dem einfachen Manne nicht befolgt, sondern vielfach auch von den höheren Ständen. Man mache die Israeliten reich und schicke sie mit dem polnischen Gelde nach Berlin.

Siodmiał: In Labischin fehle es an einem polnischen Glaser und Uhrmacher. Trotz wiederholter Bemühungen sei es nicht gelungen, diese Handwerker hier ansässig zu machen. Das Häuflein armerlicher Deutscher könne doch gegen die Polen nichts ausrichten. Er, S., fürchte sich nicht, hier öffentlich aufzutreten, wenn er auch Handwerker sei. Bis jetzt habe er die deutsche Kundschaft stets gut bedient. Eine deutsche Dame habe in der Stadt gesagt, man gehe nicht zu Siodmiał, er verkaufe den Deutschen nichts. Schande solchen Damen, die derartiges verbreiteten. Den Deutschen müsse mit gleicher Münze gezahlt werden, man meide die deutschen Geschäfte, „denn das (die Deutschen) sei Unflat nicht unseres Glaubens (To jest paskud nie naszej wiary!)“ (Bravorufe).

Zu Punkt 6:

Schluß der Versammlung um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die polnische Intelligenz war sehr schwach vertreten. Es waren erschienen: Administrator Galinski-Labischin-Gut, die Ritterguts-pächter Giera-Dporow, Gyzak-Pdziersk und die beiden Ortsgeistlichen Prälat Strzawowski und Vikar Strzypinski.

Es sollen sich nur 8 Personen zur Aufnahme in die Estraz gemeldet haben.

Böhm er,
Krim.-Kommissar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 113 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. Mai 1907:

Zu wessen Wohle?

Es ist schlimm, die Gefahr zu unterschätzen, denn das wäre ein in seinen Folgen häufig sehr schädlicher Fehler, aber auch die Überschätzung ist schlimm, da unzeitiger Alarm die Wachsamkeit abtumpft. In zweifelhaften Fällen indessen, in denen wir eins oder das andere zu wählen haben, würden wir es vorziehen, uns den Vorwurf machen zu lassen, daß wir

eine Sache überschätzen, indem wir ihr eine allzu große Schädlichkeit zuschreiben, als später zu der bitteren Überzeugung zu kommen, daß wir unsere journalistische Pflicht nicht erfüllt haben.

Wider unseren Willen kommen uns derartige Reflexionen in die Feder, so oft wir ernsthaft über unsere „nationaldemokratische Partei“ schreiben müssen. Es ist Tatsache, daß man ungern über sie schreibt und dies geschieht nicht nur bei uns, sondern in ganz Polen. Die ernsthaften Journalisten und gesund denkende Menschen gehen über ihre Programme zur Tagesordnung über, Programme, die an die Phasen des Mondes erinnern, die angeblich jedem Anteil, jeder Tages- und Jahreszeit angepaßt sind. Dieser Widerwillen, mit der Nationaldemokratie zu tun haben, entspringt einer Quelle, dem Gefühl der Demütigung, die wir erfahren, wenn wir auf die Kritiklosigkeit blicken, mit der man Theorien annimmt — sit venia verbo — von den Zähnen und Krallen (o klach i szponach), von dem nationalen Egoismus, von den politischen Grundsätzen, die sich in dem satirischen galizischen Sprichwort kristallisieren: „Nicht ehrenhaft, aber gesund.“

Man kann nachsichtig gegen Personen sein, denen froher und fröhlicher in der Welt zumute ist, wenn man sie politisch abstempelt. Dies gibt ihnen die erwünschte Sicherheit, daß sie im Labyrinth der Dinge nicht verloren gehen werden. Es gibt bei uns viele solcher Nationaldemokraten, die sich um die Ziele der Partei nicht kümmern. Man kann und muß sich sogar viele solcher Leute auswählen, wenn es sich darum handelt, die Massen in Bewegung zu setzen und sie neuen Losungen zugänglich zu machen; die Schöpfer großer Ideen, die Initiatoren mächtiger Bewegungen haben in reichem Maße die Hilfe der einzelnen Personen in Anspruch genommen, die nur um einen Schritt mit ihrer Intelligenz über den breiten Massen standen. So sagt auch Mehring in seiner Geschichte der Sozialdemokratie, daß die Theorien von Marx und Lassalle nur wenig intelligenten Agitatoren ihren Erfolg und ihre Verbreitung verdanken.

Wir verstehen die menschlichen Schwächen und müssen ihnen gegenüber nachsichtig sein. Wer sich „Nationaldemokrat“ nennen will, dem machen wir hieraus keinen Vorwurf, wir geben im Gegenteil zu, daß der Name selbst vielen Leuten sogar gefallen kann; wir loben ehrlich die Bestrebungen, die dahin zielen, das Interesse der breitesten Volksschichten für die öffentlichen Angelegenheiten reger zu gestalten, denn Interesse ist besser als Gleichgültigkeit und jedem, der dieses vollbracht hat, rechnen wir dies als Verdienst an.

Indessen hat die Rücksichtnahme bestimmte Grenzen, die man nicht überschreiten darf. Diese Grenzen bestehen auch für solche Leute, die, ohne die äußersten Ziele zu kennen, der ganzen Tragweite der politischen Tat, die sie begangen haben, nicht bewußt sind.

Die erste programmäßige Tat der Nationaldemokratie bei uns, die allgemeine Beunruhigung hervorgeufen hat, war das Lösen des Verhältnisses mit den Tschechen und dem Slaventum und zwar geschah dies durch einen Beschluß, der zunächst von dem Bunde der galizischen Sokols in Lemberg und demnächst auch in der Vorstandssitzung des Sokolbundes in Posen gefaßt wurde.

Ob diese historische Tat unserer „Nationaldemokratie“ zum Vorteil gereichen wird, muß man bezweifeln, denn allgemeine Unzufriedenheit hierüber wurde nicht nur unter den Sokols ausgedrückt, sondern auch in unserer Presse aller politischen Schattierungen, soweit sie die weitgehenden Folgen dieses Vorgehens begriff. Aber nicht nur unserer hiesigen Nationaldemokratie ist die Sache gefährlich, sondern man hat auch im Königreich, ja sogar außerhalb der ethno-

graphischen Grenzen Polens — in Kleinrußland und in Litauen — begonnen, sich mit dieser Tat der Nationaldemokratie ernsthafter zu beschäftigen.

Für jene, die bei uns die Tätigkeit der Nationaldemokratie als unbedeutend hinstellen, für jene, die der Meinung sind, daß mit ihr eine gemeinsame Arbeit zum Wohle der polnischen Volksgesamtheit möglich ist und für jene, die da glauben — und solcher giebt es sehr viele —, daß die Nationaldemokratie ihnen als Acker dienen könnte, in welchen sie ihr eigenes Korn säen können, für alle diese wird auch die Zeit kommen, in der sie sich mit der einzigen einfachen Frage beschäftigen werden: „Cui bono?“, zu wessen Wohl soll die polnische Nation das einzige sichtbare Band zerreißen, welches es mit dem Slawentum in der Sokolidee verbindet? Kann denn wirklich jemand glauben, daß es in unserm Interesse liegt, uns den Czechen und Slawen zum Feinde zu machen, jede geistige Gemeinschaft mit ihnen aufzugeben? Wer immer nur — wenn er nur den blassesten Begriff von den slawischen Nationen hat — bei den Czechen und den Mähren war, ohne von dem südlichen Slawentum zu sprechen, der weiß auch, daß die Liebe zum Ideal des Slawentums, die geistige slawische Gemeinschaft und das ideale Gefühl der Brüderlichkeit bei ihnen so tief eingewurzelt ist, daß ein Slave, der diese Gemeinschaft nicht empfindet, als ein aus der Art geschlagener Mensch betrachtet wird, den man verachtet oder haßt. Wie kann es in unserm Interesse liegen, daß wir von den Slawen als ausgeartete Söhne, als Verräter des Slawentums angesehen werden?

Eine Antwort auf diese Frage haben wir von unsern Posenern Nationaldemokraten niemals erwartet, denn man hat sie hierüber überhaupt nicht informiert. In der politischen nationaldemokratischen Enzyklopädie ist gesagt, daß der Czeche ein Egoist ist, ein hinterlistiger und schlimmer Mensch, der die Achtung eines Nationaldemokraten nicht verdient; ferner ist in den Augen der Nationaldemokraten der Grenzstreit um einige Dörfer an der schlesisch-mährischen Grenze historisch und politisch daselbe, was der polnisch-deutsche Nationalitätenkampf ist. Überhaupt gehört es zu den Artikeln des nationaldemokratischen Glaubensbekenntnisses, daß der Czeche oder ein anderer Slave ein ebenso schlimmer Feind der Polen ist, wie es der Tatare oder der Türke gewesen war. Wer hat dies der Nationaldemokratie eingebläut und zu welchem Zwecke?

Wenn wir an dies alles denken, dann können wir auch den Beschluß des Vorstandes des Sokolbundes verstehen und zwar als einen Akt, der nicht durch die Manifestation einer gewissen Gruppe ruthenischer Studenten hervorgerufen worden war, sondern als einen Akt, der gegen die Czechen als Slawen gerichtet worden war.

Nicht nur bei uns und im Königreich hat der Beschluß des Sokolbundes einen lauten Widerhall gefunden, — heute tönt schon die ganze slawische Presse von ihm wieder.

Zum Beweise dafür, daß wir unter den Czechen Freunde besitzen, daß unter den Slawen die Czechen die Letzten sein werden, die auf uns den Stein der Verdammung werfen werden, führen wir folgende Worte des Leitorgans der czechischen Sokols, des Prager „Sokol“ an. Ein slawischer Czeche schreibt anläßlich des in Lemberg gefaßten Beschlusses:

„Die letzte Nummer des „Przewodnik gimnastyczny“ hat uns die traurige Nachricht gebracht, daß die Polen nicht nach Prag kommen werden! Wir haben erfahren, daß der polnische Sokol in Galizien im eigenen Hause einen Kampf deswegen führen mußte, ob er an unserm Sokolstage teilnehmen sollte, oder nicht. Wir

sind aber der Meinung, daß die der idealen Ziele unserer Sokolstage bewußten polnischen Sokols dem ungesunden Radikalismus der Partei, die schon lange danach strebt, das herzliche Freundschaftsband zwischen den polnischen und czechischen Sokols zu zerreißen, ein Ende machen werden. Seit 40 Jahren, seit dem Bestehen des Sokoliums, hat sich kein Fall ereignet, daß czechische Sokols, oder Sokols anderer slawischer Nationen ihren polnischen Brüdern Anlaß gegeben hätten, ihre Gefühle zu verletzen. Im Gegenteil haben sich die czechischen Sokols, die genau wissen, wie schwierig die Lage der Polen in der slawischen Welt ist, stets ganz besonders darum bemüht, brüderliche Beziehungen mit den polnischen Sokols zu unterhalten.

Es waren nicht platonische Gefühle, es war nicht Ehrgeiz, der zahlreiche czechische Sokolabteilungen zu den polnischen Sokoltagen trieb, sondern nur das Gefühl herzlicher Freundschaft und das Verständnis für die erhabene Sokolidee. Es ist richtig, daß unsere Sokolstätigkeit nie politisch war, aber soweit sie an das Licht der Öffentlichkeit kam, war es stets unser Bestreben, das zu finden, was uns mit unserer polnischen Brudernation vereinigt hat und noch vereinigt und das zu vermeiden, was unser Verhältnis getrübt hätte. So haben wir unsere Pflicht erfüllt und so werden wir sie stets erfüllen, trotz der Beschlüsse der polnischen Sokols in Lemberg, trotzdem wir zugeben, daß uns dies schmerzlich getroffen hat. Wir begreifen den heutigen Standpunkt des polnischen Sokoliums in Galizien, das mit den im Lande herrschenden Parteien rechnen muß, wir vertrauen indessen jenen Brüdern unserer polnischen Sokols, die weiter in die Zukunft schauen und wissen, daß die besten polnischen Männer an unserer Annäherung gearbeitet haben, wir vertrauen, daß diese es nicht dazu werden kommen lassen, daß die polnischen Sokols unter den slawischen Sokols fehlen werden.“

So weit der czechische „Sokol“. Welchen Eindruck wird bei unserer Brudernation die Mitteilung hervorrufen, daß auch unsere Posener Sokols, die von den czechischen und allen slawischen Sokols mit größtem Enthusiasmus aufgenommen worden sind, nicht nach Prag kommen werden und daß auch sie dazu beigetragen haben, Lücken in die brüderlichen Reihen der slawischen Sokols zu reißen!

Aus Nr. 114 des „Dziennik Poznański“ (Posen)
vom 19. Mai 1907:

Offener Brief in Sachen des Allsokoltages im czechischen Prag.

Bekanntlich hat der Hauptvorstand des Sokolverbandes in Lemberg die Einladung des czechischen Sokolvereins zum Allsokolstage, der Ende Juni und Anfang Juli d. J. im czechischen Prag stattfinden soll, abgelehnt. Wie Lemberger Korrespondenzen berichten, sind die Gründe hierfür folgende:

1. Die Stellung, die die Czechen in der ruthenischen Frage eingenommen haben.
 2. Der polnisch-czechische Kampf in Schlesien.
 3. Die parlamentarische Taktik mancher czechischen Abgeordneten im Wiener Parlament, die die Polen im Bunde mit den Deutschen bekämpften.
- Diese Gründe halten, meiner Ansicht nach, keiner gründlichen Kritik stand, denn:
1. Wenn hier und dort wirklich ein taktloses Auftreten der Czechen in der ruthenischen Angelegenheit vorgekommen ist, so fanden und finden andererseits ganze Scharen von Polen, die das Geschick zu den Czechen verschlagen hat,

oder die im Auslande mit Czechen zusammengekommen sind, warme Sympathien, herzliche Aufnahme und besondere Bevorzugung, wovon ich mich selbst häufig überzeugt habe.

2. Die Verhältnisse in Schlesien sind und können für die polnisch-czechischen Verhältnisse nicht maßgebend sein, weil die Verhältnisse an den Grenzmarken überall in gleicher Weise gespannte und kriegerische sind. Mit dieser Tatsache müssen wir uns versöhnen. Ja es ist so! Mit Recht sagt das Sprichwort: „A la guerre, comme à la guerre . . .“ Das Messen der polnisch-czechischen Verhältnisse mit dem Maße der Verhältnisse in Schlesien wäre daselbe, als wenn wir z. B. im Königreich Polen von den Trinkgeldnehmenden Beamten und den wahrhaft russischen Leuten auf die ganze russische Nation schließen und mit geschlossenen Augen ein Verdammungs-urteil über diese fällen wollten.

3. Was schließlich die parlamentarische Taktik der Czechen anbetrifft, so wollen wir an unsere eigene Brust schlagen und uns fragen, ob die polnische Fraktion mit Rücksicht auf das national-polnische Interesse niemals mit den Deutschen gegen die Czechen gestimmt hat?

Mit dieser Angelegenheit hätte sich z. B. das „Ognisko polskie“ in Prag beschäftigen müssen, um sie gehörig aufzuklären; es hätte schon längst dies tun müssen und es nicht zu Umständen kommen lassen dürfen, die verderbliche Folgen haben können, nicht nur für uns Polen, nicht nur in bezug auf die polnisch-czechischen Verhältnisse, sondern die sogar die slavische Solidarität sprengen und sie für lange Zeit begraben können.

Hier werden mir manche Leute — und solcher giebt es bei uns viele, dank des Mißverständnisses der wahrhaft slavischen Idee und des Mitmarschierens mit jenem berüchtigten „Panславismus“ der russischen Politiker aus dem Lager der Now. Wremia antworten, daß die Solidarität nur auf dem Papier bestehe. Unglücklicherweise ist diese Behauptung zum Teil richtig, aber auch nur — zum Teil!

In jedem Falle aber ist gegenwärtig, wo die Verbesserung der polnisch-russischen Verhältnisse eine neue Epoche in der Geschichte des Slaventums ankündigt, wo aus bekannten Gründen eine Demonstration der Kräfte und der Einigkeit des Slaventums nötiger ist als jemals, das Auftreten des Lemberger Sokoltums eine Sünde gegen die Nation und gegen das Slaventum.

Aber nicht genug hiermit! Der Hauptvorstand des Lemberger Sokoltums beschloß zu derselben Zeit, in der der Prager Sokoltag stattfindet, d. h. am 29. und 30. Juni, einen Gantag in Lemberg abzuhalten, anläßlich seines 40 jährigen Bestehens, allerdings nur für die polnischen Sokols.

Ist das nicht etwa eine beabsichtigte Demonstration?

Es ist klar, daß man einen so herrlichen Gedenktag würdig feiern muß, aber man hätte dies ebenso gut einige Tage früher oder später tun können.

Wie die Sache gegenwärtig liegt, wird sie nur beiden Sokoltagen schaden, denn mancher Bewohner des Königreichs, oder mancher Posener, der gerne an beiden Sokoltagen teilgenommen hätte, wird sich mit Rücksicht auf die gleichzeitige Abhaltung derselben dieses Vergnügens versagen müssen und er wird den einen oder den anderen wählen müssen, wodurch die Zahl der Teilnehmer sich zersplittern wird und dies um so mehr, als manchem, so wie mir auch, die Motive des Lemberger Sokoltums nicht genügen und so mancher, nachdem man sich auf die Disziplin des Sokoltums

berufen hat, vorziehen wird, zu Hause zu bleiben, als gegen seine slavische Überzeugung zu handeln.

Es ist geschehen der Fehdehandschuh ist hingeworfen

Ihn zurückzunehmen, den Termin des Lemberger Sokoltages zu verlegen, wird schwierig, wahrscheinlich — unmöglich sein. Aber der Vorstand des Lemberger Sokoltums kann seinen Fehler auf die Weise gutmachen, daß er einen Teil seiner wackeren Kameraden nach dem tschechischen Prag ausschickt, oder mindestens Delegierte.

Dies erfordert der gesunde nationale Selbst-erhaltungstrieb, nicht der verblendete Chauvinismus.

Unzweifelhaft hat sich das Lemberger Sokoltum, dessen Verdienste übrigens allgemein bekannt und geschätzt sind und das sich stets nur von dem edelsten nationalen Gefühle hat leiten lassen, in diesem Falle von einem schädlichen und kleinlichen Chauvinismus fortreißen und blenden lassen. Es hat einen Fehler begangen, den es aber sicher wieder gutmachen wird.

Diese Worte, die aus einem polnischen Herzen stammen, das die Sokolideale und das Slaventum gleichmäßig liebt, wird, wie ich hoffe, der Hauptvorstand des Lemberger Sokoltums beachten und entsprechend handeln. Ich zweifle nicht, daß mir hierbei die Presse und unsere Volksversammlung helfen werden.

Gzolem!

Josef Relidzynski,

Mitglied des Vereins Warschau II.

P. S. Alle polnischen Zeitungen bitte ich um Abdruck des vorstehenden offenen Briefes mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der in ihm besprochenen Angelegenheit.

Aus Nr. 108 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Mai 1907:

In der Angelegenheit des Jubiläums der Posener Landschaft.

Die Herren Räte der Posener Landschaft und diejenigen Herrn, welche sich an der am 13. d. Mts. stattfindenden Feier unserer Landschaft beteiligen wollen, werden — zur vertraulichen Verständigung — um 11 Uhr in den Bazar gebeten.

Teodor Moszczencki.

Das Jubiläum der Landschaft.

In der amtlichen Bekanntmachung der Königlichen Direktion der Posener Landschaft lesen wir folgendes: (Rückübersetzung aus dem Deutschen.)

„Der durch Allerhöchsten Erlaß am 13. Mai 1857 ins Leben gerufene Posener Kreditverein kann am 13. Mai d. Js. auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken.“

Aus diesem Anlaß findet am 13. Mai d. Js. um 12 Uhr mittags im Sitzungs- und Saale der Posener Landschaft ein Festakt statt, dem die Grundsteinlegung zum neuen Landschaftsgebäude und eine Festfeier folgen werden.

Alle Mitglieder der Posener Landschaft werden ergebenst ersucht, sich an diesen Feiern zu beteiligen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Aufforderung einer so wichtigen und verdienten Institution bei der großpolnischen Bürgerschaft das breiteste Echo finden würde, wenn man gegnerischerseits uns gegenüber den entsprechenden Takt anwendete. Da aber der

so tief eingewurzelte Hafatismus bei uns von vornherein allgemeines Mißtrauen erweckt, scheint es zweifelhaft, ob die Empfindungen polnischerseits allgemein die entsprechende Form finden werden, wie sie in einem so feierlichen Augenblicke dem Ernst der Situation und unserem besten Willen entsprechen.

Wir machen unsererseits alles was möglich ist, damit wir in einem so feierlichen Augenblicke nichts verderben, aber wir erwarten, daß man sich auch gegnerischerseits aller Provokationsversuche enthält.

Uns erfreut der Umstand, daß der heutige allmächtige Hafatismus sich selbst zum natürlichen Gegner der Landschaft qualifiziert hat, denn sein Hauptfaktor, die Ansiedelungskommission, stellt sich immer mehr in Gegensatz zur Landschaft, indem sie Landschaftskapitalien sofort kündigt und immer mehr den Lebensfaden der Jubiläumsinstitution durchschneidet.

Es zeigt sich, daß die grundsätzlich ihren Grund und Boden vor der Ansiedelungskommission verteidigenden polnischen Besitzer wirklich grundsätzliche Freunde der Landschaft sind.

Möchte doch dieser feierliche Augenblick die Augen auf die Gefahr öffnen, die der wirklich kulturellen Institution droht, wie es niemals die Ansiedelungskommission werden wird. Wenn man diesem Grundsätze folgt, so wird es uns heute leichter sein, sich mit dieser Feier zu vereinen, der wir zwar nicht mit dem Vollgefühl der Empfindungen, sondern im Vollgefühl des Verstandes folgen. Möchten wir doch nicht unter dem Drucke der Notwendigkeit, wie gewöhnlich, eine Enttäuschung erfahren. Das ist gewöhnlich das Los der Schwachen, aber auch das Los der Rechtschaffenen, die, sei es wie es wolle, ehrliche Objektivität von falscher Politik zu unterscheiden vermögen.

Aus Nr. 110 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Mai 1907:

Das Jubiläum der Landbank

und die Grundsteinlegung für das neue Landschaftsgebäude gegenüber dem kaiserlichen Schloß fanden ganz programmäßig statt. Oberpräsident v. Baldow, welcher die höchste Staatsgewalt vertrat, brachte dem das Jubiläum begehenden Institut deren Glückwünsche dar und überreichte ihm ein Lenbachsches Kaiserbildnis mit eigenhändiger Unterschrift des Kaisers als Geschenk.

Es sprachen noch Exzellenz v. Staudy, Herr Ekonomierat Lorenz aus Pianowo, Dr. Rapp, Direktor der ostpreussischen Landbank, und 14 Herren führten die Hammerschläge, darunter ein Pole, Herr St. von Modlibowski aus Gierlachowo, und Generalsuperintendent D. Hefekiel. In manchen Berichten wird geschrieben, daß an der Feier u. a. die kirchlichen Oberbehörden teilnahmen.

So viel wir wissen, waren der Herr Bischof und drei Domherren eingeladen, aber keiner von ihnen beteiligte sich an der Feier. Dem Festmahl wohnten zahlreiche Mitglieder der Landschaft, namentlich auch Polen bei. Die den Umständen angepassten Reden und Toaste verletzten durch nichts das polnische Gefühl, wodurch noch einmal die Tatsache bestätigt wurde, daß die Kreise der Landbank frei vom Hafatismus sind. Wir konnten auch nicht feststellen, ob Herr Blomeyer als Präsident der Ansiedelungskommission anwesend war; in jedem Falle spielte er bei der Feier keine hervorragende Rolle.

Aus Nr. 106 des Lech (Gnesen)

vom 11. Mai 1907:

Ein Brief der polnischen Auswanderer an Sienkiewicz.

Zur Jahresfeier der Konstitution vom 3. Mai tagte am Sonntag, den 5. Mai, in Duisburg am Rhein eine Volksversammlung des Verbandes der Polen in Deutschland. Auf dieser Versammlung wurde auf Antrag des Herrn Josef Sieradzki einstimmig beschlossen, folgenden Brief an den Verfasser des „Mit Feuer und Schwert“ abzusenden:

Gnädiger Herr!

In der Volksversammlung des Verbandes der Polen in Deutschland in Duisburg am Rhein, am 5. Mai d. J., wurde Ihr Brief: „Ehren wir das Andenken des dritten Mai“ vorgelesen. Ihre Worte haben stets die Begeisterung für die Vergangenheit unserer Nation geweckt und haben uns, wenn wir in dem Kampfe um den Glauben, die Sprache und die Nation unserer Vorfahren ermattet waren, gestärkt. Wir sind Ihnen am heutigen Gedenktage dankbar für die feierliche Erklärung, welche das Volk des Königreichs zur Aufopferung für die Aufklärung unseres polnischen Volkes auffordert. Sie beweist, daß die schätzbarsten Männer unserer Nation nicht aufhören werden, um die Aufbesserung der Lage der breiten Massen unseres Volkes zu sorgen. Das polnische Volk in der Ferne, welches von der Idee der Konstitution des dritten Mai durchdrungen ist, gehorcht Ihrer Stimme, stellt sich gern in Reih und Glied und ist zu einer ausdauernden und zielbewußten Arbeit an der nationalen Aufklärung bereit. In diesem Sinne senden Ihnen, schätzbarer Herr, die ausgewanderten Polen, welche am Ufer des Rheins wohnen, dankbaren Herzens brüderlichen Gruß.

Im Namen und im Auftrage der Versammelten
Ihr gehorsamer Diener

Ignaz Zninski,

Stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Polen in Deutschland.

Aus Nr. 102 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 3. Mai 1907:

Die politische Bedeutung des Prozesses in Schneidemühl.

Wer den Prozeß wegen angeblichen Betruges in Schneidemühl oberflächlich betrachtet, dem fällt bei der Verteilung der Rollen nichts Außergewöhnliches auf: Der Staatsanwalt erhebt auf Antrag des angeblich betrogenen Herrn Klövekorn, des früheren Besitzers von Ostrowek, Anklage; die Anklage richtet sich gegen den Käufer Herrn v. Niesen und gegen Herrn Biedermann, der Ostrowek Herrn v. Niesen sofort abgekauft hat; außer diesen Personen tritt noch eine ganze Galerie von Zeugen auf und wir schauen im Laufe der Verhandlungen von Zeit zu Zeit hinter die Kulissen, wo Statisten im Stile des Major Hünze von Thielen, des Neffen des früheren Ministers usw. erscheinen.

Der schärfere Beobachter wird bemerken, daß dies nur die äußere Seite des Prozesses ist, daß dies nur die formalen Akteure des Prozesses sind, daß es sich hier in Wirklichkeit um einen großen Prozeß politischer Natur handelt, daß sich in diesem politischen Prozeß das preussische System, die Ansiedelungskommission mit der polnischen Volksgesamtheit mißt, mit deren Selbstverteidigungsmitteln auf dem Gebiete

des Kampfes um den Grund und Boden, ferner mit den deutschen Figuranten, deren sich die Polen in dem „Eroberungskampfe“ bedienen, wie sich das Berliner Tageblatt ausgedrückt hat.

Der Prozeß sollte ein für allemal den „Machinationen“ der Polen ein Ende machen, er sollte sie auf radikale Weise davon abschrecken, der Ansiedelungskommission Konkurrenz zu machen, er sollte zugleich die Figuranten à la Major Hinz von Thielen, von Berger, von Kabe usw. an den Pranger der deutschen öffentlichen Meinung stellen.

Von polnischer Seite wurde dem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, warum der Prozeß nicht so geführt worden war, daß nicht so viel Schmutz aufgewühlt wurde, der die deutsche Volksgeheimheit kompromittierte. Indessen weist nicht nur die Taktik des Staatsanwalts, sondern in nicht geringerem Maße auch das Verhalten des Vorsitzenden des Gerichtshofes darauf hin, daß den maßgebenden Faktoren gerade daran lag, die moralischen Gebrechen im eigenen Lager, die die Anstrengungen der Ansiedelungskommission lähmen, unbarmherzig zu enthüllen und zu brandmarken. Diese künstlichen Figurant sollte der Schneidemühl Prozeß ebenso an die Wand drücken, wie er die Polen zermalmen sollte, die der Ansiedelungskommission im „Eroberungskampfe“ Dörfer und Wirtschaften entreißen.

Sowohl in der einen, als auch in der anderen Beziehung hat das preussische System in Schneidemühl eine fatale Täuschung erlitten.

Herr Biedermann, der in diesem Falle den Selbstverteidigungsfaktor der polnischen Volksgeheimheit auf dem Gebiete des Kampfes um den Grund und Boden repräsentierte, hat die Gefängnisstrafe von 6 Monaten, die ihm der freundliche Herr Staatsanwalt so sehr wünschte, nicht erhalten, sondern er ging im Gegenteil aus dem Termine frohen Muts hervor, als ein Mensch, der mit den Verhältnissen ausgezeichnet vertraut ist, der behende, flink und hierdurch ein gefährlicher Gegner des schwerfälligen, bürokratischen Apparats der Ansiedelungskommission ist. Ein so klassischer Zeuge wie Herr Landrat v. Wartensleben erklärte in seinen Referaten seiner vorgesetzten Behörde und als Zeuge vor Gericht, daß die Ansiedelungskommission und der Domänenfiskus durch ihr Hinziehen den bis über die Ohren verschuldeten Herrn Klöveforn fast zur Verzweiflung gebracht hätten, so daß es sogar verständlich gewesen wäre, wenn sich Herr Klöveforn unmittelbar einem Polen in die Arme geworfen hätte. Und die Ansiedelungskommission zaudert nicht nur von der Notwendigkeit getrieben, sondern mit vollem Bewußtsein, da sie es auf Schritt und Tritt mit der Ausbeutungssucht der nationalen Schmarotzer zu tun hat, die durch die Drohung, ihr Land in polnische Hände zu verkaufen, die Ansiedelungskommission zwingen wollen, ihnen märchenhafte Preise zu zahlen. Das preussische System hat selbst diesen verkehrten Kreis umgedreht, demoralisierender Verhältnisse, deren sie sich jetzt nicht erwehren kann, geschaffen.

Und jene Figurant? Sicher sind ein halbes Duzend von Majors Hinz, von Thielens, von Bergers usw. bloßgestellt, aber Herr Biedermann wird sich hierüber den Kopf nicht zerbrechen, er wird keinerlei Schwierigkeiten haben, denn ein Duzend neuer Kreaturen, die in der faulen Atmosphäre aufgewachsen, die von der preussischen Politik geschaffen ist, wird sich aus eigener Initiative im Bureau in der Ritterstraße melden. Das ist ebenfalls der Fluch, der auf dem preussischen System ruht.

Dieses preussische System hat in Schneidemühl entschieden eine moralische Niederlage davongetragen. Die Ansiedelungskommission muß in sich das Gefühl haben, daß sie moralisch und schwach ist, daß sie nur

künstlich am Leben erhalten wird, wenn die maßgebenden Faktoren sie durch ein so künstliches und riskantes Mittel retten wollen, wie es unzweifelhaft der Prozeß in Schneidemühl war. Und in diesem Prozeß hat lediglich das preussische System zusammen mit der Institution der Ansiedelungskommission das Spiel verloren.

Aus Nr. 102 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. Mai 1907:

Der Jahrestag des 3. Mai.

Bei unseren Brüdern jenseits der Grenzpfähle ist es Brauch geworden, daß am Feiertage der Konstitution vom 3. Mai die ganze Volksgeheimheit groschenweise Gaben für die dringendsten nationalen Bedürfnisse spendet. Zur Erinnerung an die unvergänglichen Augenblicke entzieht sich niemand, sei er reich oder arm, dieser nationalen Steuer, sondern er beeilt sich, seine Gabe auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen, im Namen und zum Zeichen dieser Einheit, die uns alle vereinigen muß.

Heute wenden auch wir uns an die großpolnische Volksgeheimheit, die im Verein **Straz** vereinigt ist, mit der innigen Bitte, Groschen für unseren Verein und hierdurch für unseren ganzen Landesteil zu spenden. Jede, auch die geringste Gabe wird mit herzlichem Dank angenommen werden, und wir verpflichten uns, sie für die **dringendsten Bedürfnisse** des großpolnischen Volkes zu verwenden.

Czuj duch!

Der Vorstand des Vereins Straz.

Josef v. Koscielski. Felician v. Niegolewski.
Wladislaus v. Mieczkowski. Stanislaus Pfigner.

Aus Nr. 110 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Mai 1907:

Aus dem Herrenhause.

Ausnahmsweise interessant war der jüngste Verlauf der Verhandlungen des Herrenhauses, und zwar hauptsächlich dank dem Auftreten unserer Redner, des Fürsten Ferdinand Radziwill und des Herrn Josef v. Koscielski. Ihnen hatte sich Graf Oppersdorf angeschlossen, der für unsere Verteidigung eintrat, sowie der Oberbürgermeister der Stadt Posen, der von der Bekämpfung der polnischen Sache Ruhm und Vorteile erwartet. Aber auch er mußte Zugeständnisse für die Polen fordern, was ihm das erhoffte „Lob“ sicherlich nicht einbringen wird.

Alle einschlägigen Reden haben wir entweder bereits wörtlich wiedergegeben, oder wir werden sie noch bringen; dann wird es Zeit sein, sie mit entsprechenden Kommentaren zu versehen.

Heute müssen wir uns auf den interessantesten Umstand beschränken, nämlich darauf, daß während der betreffenden Beratungen im Herrenhause in den Wandelgängen des Hauses laut davon gesprochen wurde, in Posen ständen in den hohen Beamtentreihen, die angeblich ihrer Aufgabe nicht entsprächen, große Veränderungen bevor. Und zwar wurde bemerkt, daß die höchsten Behörden den kassistischen Einflüssen völlig einseitig nachgäben, und daß sie, anstatt die Gegensätze zu mildern, eine Ehre darin suchten, sie zu verschärfen.

Es kann also sein, daß Opfer fallen werden, die nach der anbefohlenen aber vorläufig vielleicht schon

unbequemen Politik gehandelt haben. Doch das ist gewöhnlich das Los der Bureaucratie, die auf Gnade und Ungnade der Staatsraison ergeben ist, für die schließlich niemand die Verantwortung übernimmt.

Es ist möglich, daß sich dieses Geflüster in den Wandelgängen bestätigen wird, und daß es in einem Zusammenhang mit dem jüngst angekündigten Ende der Ära des Fürsten Bülow und des Dr. v. Studt steht.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. Mai 1907:

Der Gipfel der Naivität.

Das Mitglied des Herrenhauses, der Oberbürgermeister der Stadt Posen, versichert, er sei nach Posen mit den besten Absichten gekommen, die entzweiten nationalen Elemente zu versöhnen, sie unter einen einzigen Renner zu bringen. Er gibt aber zu, daß ihm dies nicht gelungen sei, und er mißt die Schuld natürlich den Polen bei, die keinen Frieden wollen, sondern eine vollständige Scheidung von den Deutschen fordern.

Welche Mittel Dr. Wilms zur Verwirklichung seiner Absichten versucht hat, das erfahren wir von dem Herrn Oberbürgermeister nicht. Vielleicht waren diese Mittel so unangemessen, daß man von ihnen den beabsichtigten Erfolg unmöglich erwarten konnte; in diesem Falle sollte Herr Wilms die Schuld an seinem Mißerfolg nicht den Polen, sondern seiner eignen Ungeschicklichkeit zuschreiben.

Wer bei unseren so oft genasführten Landsleuten Einfluß und Vertrauen finden will, darf nicht annehmen, daß er das, was er sucht, gleich auf den ersten Ruf und auf die einfache Versicherung hin, er sei von gutem Willen beseelt, finden wird. Es muß der Beweis dafür erbracht werden, daß dem so ist, und es muß durch die Tat das bestätigt werden, was im besten Falle der Mund spricht. Wir haben auf diesem Gebiete so viele und zwar schlimme Erfahrungen gemacht, daß niemand von uns fordern kann, wir sollen leeren Worten Glauben schenken. Und wer sich, wie der Herr Oberbürgermeister, von vornherein dem Hafatismus in die Arme geworfen hat und von uns verlangt, daß wir seinem guten Willen Glauben schenken sollen, der ist entweder sehr naiv, oder er schreibt uns eine große Dosis Naivität zu.

Wir verübeln es Herrn Wilms durchaus nicht, daß er es nicht fertig brachte, den Standpunkt eines übermenschlichen einzunehmen, daß er vielmehr den Fußtapfen aller Hafatisten folgte und namentlich seinen Vorgesetzten mannigfacher Art gehorchte, die ihm eine polenfeindliche Politik anempfohlen, aber das setzen wir ihm auf das Konto „Passiva“, daß er uns einreden will, er habe mit uns einen guten Weg versucht, und wir wollten seiner Stimme nicht Gehör schenken.

Möge er uns offen sagen, welches die Mittel waren, deren er sich uns gegenüber bedient hat, und es wird sich sicherlich zeigen, daß er von uns wohl unmögliche Dinge, namentlich auch das verlangt hat, wir möchten seinen schönen Worten glauben, von denen wir überzeugt sein mußten, daß hinter ihnen politische Falschheit und Heuchelei versteckt sind.

Herr Dr. Wilms kennt wohl die Geschichte und die Zeiten der aufrichtigen Versöhnungspolitik von polnischer Seite nicht, der Versöhnungspolitik, die mit einer traurigen Enttäuschung endete. Und in einem solchen Falle dürfte er sich von einer solchen Versöhnungswelle nicht träumen lassen, denn er konnte sich's an den Fingern berechnen, daß ihm niemand

Glauben schenken wird. Das wäre unsererseits der Gipfel der Naivität.

Nur das eine ist sonderbar, daß sich Herr Wilms gerade in dieser Zeit seiner Versöhnlichkeit rühmt. Sollte diese plötzlich modern und erwünscht sein? Denn anders können wir es uns nicht erklären, daß ein Deutscher den Mut haben könnte, sich einer solchen Gesinnung zu rühmen.

Aus Nr. 20 der Praca (Posen)
vom 19. Mai 1907:

Freundesstimmen.

Bromberg, den 6. Mai 1907.

Noch ist Polen nicht ver.....! — sagt der deutsche Publizist Georg Korn und — mit Recht.

Denn sogar auf den bedrohlichsten Posten glimmen die Funken des polnischen Lebens, wenn sie auch mit der allerdicksten Schicht deutscher Asche überschüttet sind und mit Hilfe des geringsten Lufthauches beweisen sie durch die helle Flamme der Tat ihre Lebensfähigkeit.

Vor einigen Wochen veröffentlichte der Dziennik Rujawski eine ausführliche Korrespondenz, die Bromberg als eine für uns völlig verlorene Stadt schilderte. Mit großer Freude habe ich aber später eine energische Widerlegung so trauriger Nachrichten gelesen und heute habe ich mich persönlich überzeugt, daß der damalige Korrespondent die Geburtsstadt allzu schwarz betrachtet hat. Es ist wahr, daß viele, die nach Herkunft, Bildung und Amt das Bromberger Polentum führen müßten, sich feige wegen des „Verlustes des Verdienstes“ verbergen und sich fürchten, offen und ehrlich ihre Nationalität zu betonen.

Daß man nur mit Schwierigkeit an den Geschäften der polnischen Kaufleute polnische Aufschriften finden kann, daß die einst in Bromberg erscheinende Zeitung schon längst eingegangen ist, alle diese traurigen Tatsachen haben in meinen Augen ihre schwarze Farbe verloren, nachdem ich mich überzeugt habe, daß es in Bromberg Persönlichkeiten gibt, deren Begeisterung und Energie bald jenen günstigen Lufthauch schaffen werden, der imstande ist, die gleichsam unter der Asche glimmenden Funken anzufachen.

Man hat sich schon energisch an die Arbeit gemacht, Fonds zum Kaufe eines Hauses zu sammeln, das unter dem Namen „Dom polski“ den Versammlungen aller polnischen Vereine Gastfreundschaft gewähren soll. Den geehrten Initiatoren dieses Gedankens wünsche ich von ganzem Herzen, daß sie ihre Absicht möglichst bald in die Tat umsetzen können, ich erwarte auch, daß jeder, der dies nur immer kann, seinen Groschen zu diesem Zweck gerne beisteuern wird.

In diesem „Hause“ soll auch die Druckerei stehen und die **Gazeta Bydgoska** wird uns sicher einen neuen und kräftigen Pfeiler des Polentums liefern.

Die neugegründete Lesehalle für Frauen (Czytelnia dla kobiet) hat gleichfalls die Absicht, im „Dom polski“ ihre Bibliothek unterzubringen und Versammlungen abzuhalten, die wohl mit jedem Monate zahlreicher werden, in Anbetracht der wohlwollenden Haltung der Bromberger Frauen gegenüber diesem allerjüngsten Verein. Meiner Ansicht nach könnte man die kleinen Bibliotheken der Czytelnia Ludowa, deren es in Bromberg einige gibt, der Fürsorge der Frauen anvertrauen und sie würden dann sicher besser als bisher prosperieren. Diese Überzeugung drängt mir die außerordentlich schnelle Entwicklung der „Volkslesehallen“ in Hohenfalsa und Labischin auf, die sich in Händen intelligenter und eifriger Polinnen befinden.

Bald wird es auch leichter sein, in Bromberg ein polnisches Geschäft aufzulegen, weil vierzig Kaufleute beschlossen haben, polnische Aufschriften anzubringen, indem sie mit dem bisherigen Brauche brechen, ihre Nationalität zu verbergen. Gute Ware, Arbeit und Fleiß werden ihnen sicher mehr Vorteil bringen, als — das deutsche Firmenschild.

Während meines kurzen Aufenthalts in Bromberg ist es mir allerdings nicht gelungen, alle Bestrebungen kennen zu lernen, die darauf hingingen, die Stadt zum Erwachen zu bringen. Ich habe jedoch einen sehr günstigen Eindruck mit mir fortgenommen, hinsichtlich der Bemühungen und Anstrengungen von Leuten, die das Banner der nationalen Würde hochtragen und die mit herzlich gutem Willen ihre Zeit und ihre Arbeit auf dem Altar unseres Wohlergehens niedergelegt haben. Mit voller Freude teile ich der Allgemeinheit meine Bemerkungen mit, vielleicht kann sie jemand zur Freude der Zweifelnden vervollständigen.

T. P.

Die geehrte Korrespondentin schildert in der Tat nur die allgemeinen Eindrücke ihres kurzen Aufenthalts in Bromberg. Trotzdem bringen wir sie in der Hoffnung, daß sich unter unsern ständigen Lesern in Bromberg gerne jemand finden wird, der sie vervollständigen könnte, indem er nicht nur die hellen, sondern auch die traurigen Seiten des polnischen Lebens in Bromberg schildert. Die Redaktion.

Aus Nr. 102 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 3. Mai 1907:

Die zwangsweise Wanderung der Lehrer aus dem Westen nach dem Osten.

In diesen Tagen erhielt auf Grund einer ministeriellen Anordnung eine große Anzahl Lehrer in den Provinzen Rheinland und Westfalen den Befehl, sich auf Stellen im Posenschen zu begeben. Im Regierungsbezirk Düsseldorf allein traf dies Los 30 Lehrer. Es sind dies sämtlich junge Lehrer, die sich beim Eintritt ins Seminar verpflichten mußten, auf Verlangen der Regierung jede Stelle im preussischen Staate anzunehmen. Dreien von ihnen, die Stellen in Elberfeld haben, gelang es, wie deutsche Zeitungen berichten, aus gewissen Gründen der Übersiedlung nach den polnischen Landen zu entgehen. Einer von diesen sollte nach Wiatrowo bei Wągrowitz gehen, der zweite nach Jacewo bei Hohenhausen und der dritte irgendwohin im Regierungsbezirk Bromberg. An ihre Stelle werden sicher andere kommen.

So wird also unser Großherzogtum Posen mit jenen unglücklichen Wesen „beglückt“ werden; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß jeder der Versetzten nur dem Zwange gehorchend und mit Bedauern sein Heimatland verlassen wird, ebenso wie es vor 20 Jahren mit unsern polnischen Lehrern der Fall war, die man nach dem Westen versetzte. Nur Gott hat die Tränen gezählt, die sie selbst und ihre Familien vergossen haben.

Es ist natürlich, daß sämtliche Lehrer katholisch sind; sie sollen die deutsche Kultur unter den Polen in den katholischen Schulen verbreiten.

Die germanische Sturmflut, die sich vor 20 Jahren im Großherzogtum anstelle der polnischen Lehrer ergossen hat, hat nicht viele Spuren hinterlassen. Der größte Teil dieser deutschen Lehrer hat den polnischen Staub von den Füßen geschüttelt und ist in das Heimatland zurückgekehrt. Es waren dies solche Lehrer gewesen, die zu der Einsicht gekommen waren, daß das Resultat ihrer Arbeit durchaus nicht der Mühe entsprach, die sie mit den polnischen Kindern hatten. Nur wenige Lehrer, die sich verheiratet hatten, blieben bei uns für immer stecken.

So sah sich also die Regierung, die die Germanisierung der Polen niemals aus dem Auge gelassen hat, gezwungen, eine zweite germanische Sturmflut auf die polnischen Gefilde loszulassen.

Sie ist allerdings in großer Verlegenheit, denn bei uns fehlen wohl viele Lehrer, aber im Westen macht sich dieser Mangel ebenfalls bemerkbar.

Die westfälische Tremonia läßt sich darüber aus, daß die Versetzungen sich im Schulwesen des Westens empfindlich bemerkbar machen. Schon seit Jahren herrsche im Westen Lehrermangel und infolge dieser Versetzungen werde dieser Mangel noch empfindlicher werden.

Viele Gemeinden sind schon jetzt gezwungen, an Stelle von Lehrern Lehrerinnen anzustellen. Andererseits werden die Eltern, die sehen, welche Zukunft ihre Söhne erwartet, sich es sicher zehnmal überlegen, bevor sie ihre Söhne einer so unsicheren Zukunft preisgeben werden.

Infolgedessen wird der Lehrermangel noch größer werden. Die Regierung beachtet dies aber nicht. Mag dort das Schulwesen leiden, wenn nur die Germanisierung Fortschritte macht. Aber ob die Germanisierung Fortschritte machen wird, das muß man bezweifeln.

Die heutigen Polen sind nicht die Slaven aus den blutigen Zeiten des Markgrafen Gerold; die Zeiten haben sich geändert. Die Enttäuschung wird umso größer sein, je größer die Anstrengungen gewesen sind.

Die Regierung wird mit ihrer Germanisierungspolitik so in die Klemme kommen, daß sie keinen Ausweg finden wird. Schon jetzt sehen wir, welche Freunde die Deutschen in der ganzen Welt haben.

Wir raten ihr ernsthaft, auf dem jetzigen Wege umzukehren und den Weg einzuschlagen, der einzig zum Ziele führt, den Weg der vollen Gerechtigkeit.

„Pereat mundus, vivat omnivora Germania“ — das ist lediglich der Sinnpruch der Schafsköpfe und des heutigen Hafatismus.

Die Polen werden sich auf ihrem heimatischen Boden schon nicht germanisieren lassen. Sobald die deutschen Lehrer ihr bitteres Brot bei uns gekostet haben werden, werden sie wie die Juden an den Wassern Babels nach ihrem gelobten rheinischen Lande sehnen und nach wenigen Jahren fruchtloser Arbeit werden sie sich wieder auf den Heimweg machen.

Auf diese Art werden die polnischen Schulen ein Versuchsfeld für noch nicht methodisch ausgebildete Lehrer werden und den Schaden werden die polnischen Kinder und deren Eltern zu tragen haben. Schon jetzt sind die Ausdrücke „preussische Schule im polnischen Lande“ und „Verwirrungsschule“ („szkola bałamutna“) fast synonyme Begriffe geworden.

Wo sind die Zeiten eines Comenius und Pestalozzi geblieben?

Wir fragen den Herrn Kultusminister, zu welchem Zwecke man in den Seminaren den zukünftigen Lehrern die erhabenen rationellen Grundsätze solcher Pädagogen, wie es Comenius und Pestalozzi waren, einflößt, wenn später dieselben Lehrer in ihren Stellen in polnischen Gemeinden eben diese erhabenen Grundsätze ableugnen, ja sogar abstrakte Begriffe den polnischen Kindern in einer ihnen unverständlichen Sprache eintrichtern müssen?

Täuschen Sie sich nicht über die Folgen einer solchen Methode, Herr Minister. „Point de réveries, Monsieur!“

A. F.

Aus Nr. 112 des Postep (Posen)
vom 17. Mai 1907:

Schutz den bedrohten Kindern.

Unlängst erschien das Memorial des preussischen Ministeriums betreffend die Fürsorgeerziehung der Minderjährigen. Einen bedeutenden Prozentsatz der verdorbenen Jugend hätte man mit Bestimmtheit retten können, wenn man sie beizeiten dem Kreise der ungeeigneten Genossen und Genossinnen entzogen hätte. Zahlreiche Erfahrungen lehren, daß auch bereits in hohem Maße verdorbene Kinder sich in kurzer Zeit zu ihrem Vorteil verändert haben, wenn man sie in eine andere Umgebung brachte, wo sie keinen der früheren Genossen der Verderbnis fanden.

Indessen die Eltern, die Vormünder, die Wohltätigkeitsvereine, die sich verdorbener und verlassener Kinder annehmen, bringen die Kinder häufig aus dem Grunde nicht in entfernteren Orten unter, weil sie die betreffende Familie nicht kennen und sich nicht leicht davon überzeugen können, ob die Familie, die sich gemeldet hat, die Garantie für eine gute Erziehung bietet. Infolgedessen wäre die Eröffnung einer Vermittlungsstelle durchaus notwendig, in welcher man sowohl die Meldungen der Familien sammeln könnte, die Kinder zur Erziehung übernehmen wollen und an die andererseits sich die Eltern, Vormünder usw. wegen Adressen solcher Familien wenden könnten.

Eine solche Vermittlung würde der vor zwei Jahren in Posen gegründete Verein zur Fürsorge über katholische Kinder übernehmen.

In seiner Hand würde er eine ganze Reihe von Meldungen anständiger Familien, gut gesinnter Leute vereinigen, die sich häufig erbieten, sich eines Kindes, sehr oft sogar unentgeltlich, aufrichtig anzunehmen. Andererseits werden sich wohlthätige Vereine, Vormünder usw. an den Verein mit der Anfrage wenden, wo sie die Kinder sicher unterbringen können. Der Verein zur Fürsorge für katholische Kinder wird sich auf eine derartige Vermittlung beschränken, weil er auf seine Kosten keine Kinder aufnimmt. Dagegen wird eine derartige Vermittlung die besten Erfolge bringen. Da eine solche Vermittlung unserer Volksgesamtheit einen wirklich ungewöhnlichen Nutzen bringen kann, machen wir sowohl jene hierauf aufmerksam, die Kinder unterbringen wollen, als auch jene, die Kinder zur Erziehung übernehmen wollen, sei es gegen Entgelt, oder unentgeltlich.

Alle diesbezüglichen Meldungen oder Bitten um Information sind an die Schriftführerin des Vereins, Frau Dr. St. v. Niegolewska, Posen, Königsplatz Nr. 6, zu senden.

Aus Nr. 107 des Lech (Gnesen)
vom 12. Mai 1907:

Skorzencin.

Dem lieben Meisterlein vom „Lech“ teile ich mit, daß der Streik in unserem Dörfchen abflaut. Zuerst hörte das Töchterchen des Wirts Gl. auf zu streiken, weil ihr der Vater befohlen hatte, in der Religion deutsch zu antworten. Er sagte, seine Tochter verstehe ebenjogut deutsch wie polnisch, es sei ihm deshalb gleichgültig, ob seine Tochter die Religion polnisch oder deutsch lernt. Wir rieten ihm daher alle, sich noch um deutsche Predigten und Gottesdienste für sich und seine Tochter zu bemühen.

Dem Räte jenes Wirtes folgten noch vier andere Wirte, so daß nur die kleinere Hälfte der Kinder im Religionsunterrichte nicht deutsch antwortet. Die Lehrer bemühen sich natürlich, die streikenden Kinder zum

Antworten in der deutschen Religion zu bewegen. Die Kinder besuchen jetzt die Schule von 7—11 Uhr vormittags, sehr oft kommt es sogar vor, daß sie bis 12 Uhr in der Schule behalten werden. Nachmittags sind sie von 3—5 Uhr in der Schule, manchmal von 2—5 Uhr.

(Die Fortsetzung der Korrespondenz veröffentlichen wir nicht, denn es ist gefährlich, über die körperliche Züchtigung in der Schule zu schreiben. Es könnte manche geringe Einzelheit nicht recht passen — und das Gefängnis (Kosa) ist da!)

Aus Nr. 16 des Dla naszej dziatwy,
Beiblatt zur Nr. 107 des Lech (Gnesen)
vom 12. Mai 1907:

Briefe unserer Kinder.

Kolaczko.

Lieber Lech!

Ich muß mich bei Dir beklagen, daß wir so weit zur Schule gehen müssen, und zwar zweimal am Tage: früh von 7 Uhr bis mittag; von 1 bis 5 Uhr müssen wir im Arreste sitzen, so daß uns die Beine wehe tun. **O möchte sich doch der liebe Gott über uns erbarmen, damit das alles schon einmal aufhöre.** Nun begrüßen wir unseren aus dem Gefängnis entlassenen lieben Redakteur und lieben Leszek . . .

M. S. W.

Aus Nr. 113 des Lech (Gnesen)
vom 19. Mai 1907:

Das Pfingstfest fällt für uns in diesem Jahre in eine Zeit, wo wir eine Berechnung der Ergebnisse eines Kampfes, den wir vor nicht ganz einem Jahre im Namen der Wahrheit begonnen haben, an die uns das Pfingstfest erinnert, aufstellen. Wir haben diesen Kampf nach dem Grundsatz aufgenommen, den uns unsere heilige Kirche lehrt und nach dem Christus geheißen hat, als er die Jünger aussandte, aller Völkern den Glauben zu predigen. Wir erinnern uns dessen, daß der Erlöser den Jüngern die Gabe verlieh, in allen Sprachen zu reden, damit es ihnen möglich sei, jedes Volk in seiner Muttersprache belehren zu können. Um diese Muttersprache bei der heiligen Religionslehre haben wir jetzt mit voller Begeisterung gekämpft, mit einer Begeisterung, wie sie nur irgend ein Volk haben kann.

Wir sind unterlegen! Das müssen wir offen bekennen, denn ein Verschweigen dieser Tatsache wäre geradezu strafbar. Wir sind unter dem Drucke der Geldstrafen, des pekuniären Ruins, und angesichts der überfüllten Gefängnisse durch die Befenner der Grundsätze, an die uns das Pfingstfest erinnert, erlegen. Über 40 Tausend Mark Geldstrafen und gegen 6 Jahre Gefängnis für die Geistlichen, Redakteure und die heißblütigen Polen sind das augenblickliche Resultat des Kampfes. Das sind schwere Opfer und scheinbar ohne Zweck.

Scheinbar, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß sie die moralische Kraft unserer Gesamtheit unendlich gestärkt haben, und das ist, sei es wie es sei, etwas, was diese Opfer bedeutend aufwiegt.

Das sind traurige Betrachtungen angesichts der fröhlichen Vorbereitungen, die das Pfingstfest hervorruft, weil es gerade in eine Zeit fällt, wo die Natur im vollen Schmuck und Leben sich befindet. Sie entsprechen jedoch der Lage, in welcher wir uns befinden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kampf um die Muttersprache in dem Religionsunterrichte dem Erlöschen nahe ist. Dort, wo er noch glimmt, wird er mit der ganzen preußischen Macht unterdrückt, so daß auch die Mütigsten die Geistesgegenwart verlieren. Und es werden Stimmen laut: Wozu dieser Kampf? Wozu diese Opfer? Wir haben ja keine Zugeständnisse erreicht, im Gegenteil, das preußische System ist mit um so größerer Wut über uns hergefallen.

Wer so spricht, der spricht schlecht. In erster Linie kam es nicht darauf an, ob wir etwas erkämpfen oder nicht, sondern nur, um zu zeigen, daß die Polen gegen die Angriffe, gegen das, was jedem das Heiligste ist, protestieren. Es galt zu zeigen, daß wir uns nicht damit einverstanden erklären, wenn unseren Kindern die Glaubenswahrheiten in einer ihnen unverständlichen Sprache gelehrt werden und ihr Seelenheil der Ungewißheit ausgesetzt werde. Diese heilige Verpflichtung haben wir erfüllt, und kein Preuße wird jagen können, daß die Polen mit den Experimenten der Schulbehörden einverstanden gewesen sind.

Was noch kommen wird, das weiß nur Gott. Wir hoffen jedoch, daß wir mit seiner Hilfe alle Prüfungen überstehen, besonders wenn sich die Gnaden des heiligen Geistes, Entschlossenheit und Ausdauer, über uns ergießen. Diese sind uns heute notwendiger als sonst, damit sich nicht die Verzweiflung unserer Herzen bemächtige.

Aus Nr. 91 des Dziennik Kujawski (Hohenjaża)
vom 21. Mai 1907:

Aus Bartschin.

Wie die Posenener Zeitung behauptet, nimmt der Streik gewaltig zu.

Es wird geschrieben:

Hier ist keine Rede davon, daß der Streik ein Ende nimmt. Die polnischen Bürger haben erklärt, daß sie auf keinen Fall nachgeben würden. Wie wir erfahren, versenden die Eltern wiederum Aufforderungen an die Leiter der Schulen um Einführung des polnischen Lese- und Schreibunterrichtes. Die Namen derjenigen, welche die Karten verteilt haben, sind der Polizeibehörde angezeigt worden.

Aus Nr. 95 des Lech (Gnesen)
vom 27. April 1907:

Auf dem Wege zum Gefängnisse für die Verteidigung der Kirche und des Volkes sende ich meinen geliebten Parochianen und allen, welche gleich mit mir fühlen und denken, herzliche Abschiedsworte.

Mit ganzer Seele der Eilige und mit Euch.
Geistlicher Johann Piotrowicz.

Aus Nr. 104 des Lech (Gnesen)
vom 8. Mai 1907:

Aus Mofronos wird uns mitgeteilt, daß der dortige Schulstreik vollständig aufgehört habe. Auch nimmt er in den benachbarten Schulen immer mehr ab.

Aus Nr. 104 des Lech (Gnesen)
vom 8. Mai 1907:

Wongrowitz.

Bei uns hat der Streik bedeutend nachgelassen. Früher streikten bei einer Gesamtsumme von 800 Kindern 400, und heute kaum 30 Kinder. Die widerpenstigen Kinder sind aus der Schule nicht entlassen worden, trotzdem sie das 14. Jahr vollendet haben. (Weitere Einzelheiten können wir nicht wiederholen. Die Redaktion.)

Aus Nr. 111 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1906:

Ein neuer Angriff auf den Schulstreik.

Seiner Zeit brachten wir den Inhalt des Kammergerichtsbeschlusses in der bekannten Angelegenheit des Herrn Piecha und Zych in Oberschlesien. Der Hauptgedanke des Beschlusses war folgender:

Das Kammergericht stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt der unteren Instanzen in Zabrze und Gleiwitz, indem es die Aufforderung zum Streik als eine ungesetzliche staatsfeindliche Handlung und hiermit den Widerstand der polnischen Eltern als einen Mißbrauch der elterlichen Gewalt anerkannte. Trotzdem hob das Kammergericht die Beschlüsse der unteren Instanzen, auf Grund deren den Herren Piecha und Zych ihre streikenden Kinder entzogen und zur Zwangserziehung übergeben worden waren, auf; das Kammergericht tat dies in der Voraussetzung, daß das Vormundschaftsgericht zu einem allzu radikalen Mittel gegriffen habe, das im ganzen Familienleben eine zu große Disharmonie hervorrufen würde. Ein solches Mittel sei — nach Ansicht des Kammergerichts — nur dann anzuwenden, wenn eine völlige Vernachlässigung der elterlichen Gewalt obwaltet, in vorliegendem Falle aber handle es sich nur um den Mißbrauch der elterlichen Gewalt nach einer bestimmten Richtung.

Daher erklärte sich das Kammergericht gegen eine Zwangserziehung der Kinder, es betonte jedoch ausdrücklich, daß dem Vormundschaftsgericht andere, mildere vorbeugende Mittel, und zwar Ordnungsstrafen zur Verfügung ständen. Diesen vom Kammergericht zum Vormundschaftsgericht erteilten Fingerzeig übergingen wir s. Zt. absichtlich mit Schweigen, um der Frage nicht vorzugreifen und um die anderen Vormundschaftsgerichte im Posenischen und in Preußen nicht vorzeitig darauf aufmerksam zu machen, bevor die Nachricht hiervon auf einem anderen Wege zu ihnen gelangt. Gegenwärtig schreiben wir davon, denn mehrere Vormundschaftsgerichte haben aus dem Standpunkt des Kammergerichts bereits praktische Schlüsse gezogen.

Aus Borek wird uns mitgeteilt, daß dort eine ganze Reihe von Eltern streikender Kinder nachstehenden gedruckten Beschluß erhalten haben:

Königl. Amtsgericht.

Poschmin, 11. Mai 1907.

Beschluß.

Nach Mitteilung der Schulbehörde haben Sie Ihrem Kinde Marie verboten, in dem in der Schule erteilten Religionsunterrichte in deutscher Sprache zu antworten. Wie Ihnen bekannt ist, verstößt Sie damit gegen gesetzliche Vorschrift, denn die erteilte des Religionsunterrichts in deutscher Sprache ist durch Verfügung der kgl. Regierung angeordnet, und zwar für die Kinder, die nach Beurteilung der

zuständigen Schulbehörde genügend deutsch verstehen. Diese Anordnung der kgl. Regierung hat Gesetzeskraft.

Sie mißbrauchen aber vor allen Dingen durch ein solches Vorgehen das Ihnen zustehende sogenannte Elternrecht, indem Sie Ihr Kind zwingen, selbst gegen das Gesetz offenen Widerstand zu leisten. Dies ist unverständlich und widerstreitet dem Schulzwecke. Daß Sie aus Rücksicht auf religiöse Bedenken so handeln, ist unglaublich und nur ein leerer Vorwand, vielmehr verfolgen Sie offensichtlich nur politische Agitationszwecke und mißbrauchen dazu Ihr eigenes Kind. Sie schaden dadurch sowohl der Schulsziplin, als auch gefährden dessen geistiges und sittliches Wohl, selbst das leibliche Wohl, da das Kind im Sonderunterricht in der Schule sitzen muß.

Das Vormundschaftsgericht ist daher gezwungen, gemäß § 1666 B. G. B. und Art. 15 des Pr. Gesetzes über die freiw. Gerichtsbarkeit gegen Sie einzuschreiten.

Sie werden hiermit aufgefordert, bis zum 20. Mai d. Js. Ihr Verbot gegen Ihr Kind zurückzunehmen und anzuordnen, daß es wieder deutsch zu antworten hat, wie es jahrzehntlang vorher hier Ordnung gewesen ist, und dies haben Sie ebenso der Schulbehörde anzuzeigen.

Lassen Sie die Frist ungenutzt verstreichen, so wird gegen Sie eine Ordnungsstrafe verhängt werden. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere dem Gerichte zustehende Anordnungen zur Verhütung weiteren Mißbrauch Ihres Elternrechts getroffen werden.

gez. Dufft.

An
den Arbeiter
Herrn Ignaz Musielak
in Borek.

Gleichzeitig wird uns aus Schroda geschrieben, daß mehrere Väter Vorladungen zum Termin vor das Vormundschaftsgericht folgenden Inhalts erhalten haben:

Schroda, 13. Mai 07.

Königliches Amtsgericht.

Ladung.

In der Szalopieta'schen Fürsorgeache sollen Sie über eine Anzeige der kgl. Kreis Schulinspektion hier betreffend Ihren Sohn Stanislaus vernommen werden.

Zu diesem Zwecke ist Termin auf den 15./V. 1907, mittags 12 Uhr vor dem kgl. Amtsgericht in Schroda — Zimmer Nr. 7 — bestimmt.

Auf Anordnung des kgl. Amtsgerichts werden Sie zu diesem Termine bei Vermeidung usw.

gez. Gensen, Sekretär

als Gerichtsschreiber des kgl. Amtsg.

An den Arbeiter Herrn
Stanislaus Szalopieta.

So lauten die Dokumente. Sie beweisen, daß die Regierung einen neuen Angriff auf den Schulstreik plant. Wir schreiben bereits vor einiger Zeit, daß ein neuer Sturm bevorsteht, der sich mit besonderer Leidenschaft über unsere Volksgeamtheit entfesseln werde. Gegenwärtig besitzen wir aus gut unterrichteter Quelle die Nachricht, daß die Leiter der Volksschulen vor mehreren Wochen von der vorgesetzten Behörde die Mitteilung erhalten haben, daß die Regierung, falls der Streik bis zum Mai nicht aufhöre, zu dessen Unterdrückung verschärfte, rücksichtslose Maßregeln ergreifen werde. Es scheint, daß dieser neue Kurs beginnt, in welchem der Hauptmotor der Regierung

die Vormundschaftsgerichte sein werden. Daß den Eltern die Kinder werden weggenommen werden, davon wird im Ernst nicht die Rede sein, obgleich der vorstehende Beschluß des Koschminer Gerichts am Schluß diese Drohung zwischen den Zeilen durchblicken läßt. Die Verwirklichung dieser Drohung in größerem Maßstabe wäre für die Regierung eine physische Unmöglichkeit; übrigens werden sich die Vormundschaftsgerichte dem nicht aussetzen wollen, daß ihre Beschlüsse vom Kammergericht, das sich schon einmal gegen die Übergabe der Kinder zur Zwangserziehung erklärt hat, aufgehoben würden. Die Vormundschaftsgerichte werden sich darauf beschränken, Ordnungsstrafen, und zwar Geldstrafen aufzuerlegen, was bisher die Polizeibehörden taten.

Wir schreiben davon mit ganzer Offenheit, denn ein Blindkuhspiel kann der Volksgeamtheit keinen Vorteil bringen. Wir müssen vielmehr der Wahrheit klar ins Auge schauen.

Andererseits müssen folgende nackte Tatsachen festgestellt werden.

Aus dem neuen Angriff, den die Regierung gegen den Schulstreik richtet, geht hervor:

1. daß die Regierung eine Enttäuschung erfahren hat, d. h. daß der Streik nach Ostern nicht nachgelassen hat, sondern daß er in großem Umfange weiterbesteht;
2. daß die Regierung nicht willens ist, dem Räte derjenigen zu folgen, die sie, wie dies in den Spalten der Kreuzzeitung geschehen ist, darauf aufmerksam machen, daß mit der moralischen Kraft der polnischen Volksgeamtheit insbesondere mittels moralischer Faktoren gekämpft werden müßte, d. h. daß die Regierung im Gegensatz zu diesen Ratschlägen den Schulstreik mit Hilfe materieller Mittel, mit physischer Übermacht, zu bewältigen suchen wird.

Aus verständlichen Gründen müssen wir uns mit der bloßen Feststellung dieser Tatsachen begnügen.

Aus Nr. 111 der Kuryer Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1907.

Aus Byjoka, den 14. Mai.

Die Sachlage in unserer Schule.

Herr Minister v. Studt kündigte vor Ostern im Landtage mit vollem Selbstbewußtsein an, daß der Streik nach den Ferien bestimmt zu Fall kommen werde.

Nach der Berechnung des Herrn Ministers sollen vor Ostern nur noch 25000 Kinder gestreift haben.

Jetzt nach Ostern hatte der Herr Minister unlängst im Herrenhause gute Gelegenheit festzustellen, daß der Streik nicht zu Falle gekommen ist, indes hat der Herr Minister wiederum angekündigt, er werde eher oder später mit dem Streik fertig werden. Auch im Herrenhause nannte Minister v. Studt den Widerstand der Kinder eine — Machtprobe.

Wir wissen hier nichts davon, daß wir mit der preußischen Regierung die Kräfte messen sollten, wir fordern nur den Religionsunterricht in der Muttersprache. Es hält schwer, mit dem Herrn Minister wegen dieses seines Anspruchs zu rechten; daher werde ich, soweit dies heute in einem polnischen Blatte möglich ist, die Sachlage in unserer Schule darlegen.

Der Schulstreik ist hier fast zu Falle gekommen. Vielleicht hat darauf auch das Verhalten des Herrn Ortspfarrers eingewirkt, der sich wiederholt ausgedrückt hat, daß der Streik den polnischen Religionsunterricht nicht wiederherstellen, und daß er unterdrückt werden würde.

Es ist Tatsache, daß die Kinder der Bürger J. Cerajewski, J. Grzesik, J. Dabek, W. Czarneci und P. Stefaniaf, die ein ganzes halbes Jahr nicht geantwortet haben, verflossenen Freitag, den 10. Mai, im Religionsunterricht deutsch zu antworten begannen.

Ihrem Beispiele folgten fast alle Kinder, dann auch die Kinder derjenigen Eltern, die nicht ausdrücklich verboten hatten, deutsch zu antworten. Diese Kinder hatten sich jedoch vor den Eltern damit entschuldigt, daß sie sich allein wegen Widerstandes nicht schlagen lassen werden.

Ich muß hier — zum besseren Verständnis der Sachlage — bemerken, daß Herrn J. Cerajewski seinerzeit das Gericht in Schneidemühl wegen Beleidigung des hiesigen Lehrers anlässlich des Religionunterrichts zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt hat. Den Herren Bürgern Grzesik, Czarneci und Stefaniaf wurden die Kinder, die sie zu Hause benötigen, wegen fortgesetzten Widerstandes in der Schule weiter zurückbehalten.

So sieht bei uns in Byjoka das Kräftemessen — jene Machtprobe des Herrn Ministers aus. Welches Messen? — welche Kräfte?

Ein Wort der Kritik ist nicht einmal in diesem Falle erlaubt.

Lehrer Tueffer aus Duisburg, einer der aus Westfalen Mobilisierten, der hier Freitag, den 3. Mai, als vierter Lehrer eintreffen sollte, gelangte erst Montag, den 6. Mai, an. Die Kinder sagen, er sei sehr mild. Sie folgern daraus, daß er sie nicht schlagen werde. Bis jetzt ist ihm der Religionsunterricht in keiner Klasse übertragen worden.

Aus Nr. 113 des Postep (Posen)
vom 18. Mai 1907:

In Sachen des Schulstreiks

teilt man uns aus Obornik mit, daß dort der Schulstreik völlig aufgehört hat, weil der Rektor vorgestern erklärt hatte, die Kinder sollten von den Eltern ein schriftliches Verbot mitbringen, wenn sie im deutschen Religionsunterricht nicht antworten wollen. Zugleich erklärte der Rektor, die Eltern würden, wenn die Kinder ein Verbot bringen werden, mit Geldstrafen von 50 bis 100 Mark belegt werden, und wer die Mittel dazu nicht besitze, werde mit Gefängnis bestraft werden; wenn aber die Kinder aus eigenem Antriebe ohne Zettel streifen werden, so würden sie einer Besserungsanstalt überwiesen oder vorher mit Gewalt zum deutschen Religionsunterricht gedrängt werden.

Unser Korrespondent fragt an, ob die Schulbehörde dazu ein Recht habe, und er fügt eine ganze Reihe von Bemerkungen hinzu, die wir nicht wiedergeben können. Offenbar hat sich auch in Obornik das Vormundschaftsgericht dieser Sache angenommen, indem es die Eltern auf Grund gewisser Paragraphen zur Einstellung des Streiks zwingen will. Vor dem Gesetz müssen die Eltern zurücktreten, denn man kann schwerlich verlangen, daß sie hohe Ordnungsstrafen zahlen und Gefängnisstrafen absitzen sollen. Unser Korrespondent ist sehr traurig gestimmt und fragt, ob es kein Mittel dagegen gebe. In einer Schulangelegenheit können wir heute keinen Rat mehr erteilen, denn ein solcher Rat kostet uns allzu viel. Der Korrespondent verlangt, daß schließlich die Kirchenbehörde in dieser Sache das Wort ergreifen und „ja“ oder „nein“ sagen möge. Unseres Erachtens hat die Kirchenbehörde bereits in jenem Rundschreiben des verstorbenen Erzbischofs gesprochen, und sie steht auf dem Standpunkt, daß den Kindern der Religionsunterricht in der Mutter-

sprache zu erteilen sei, indes sagt die weltliche Behörde, daß sie allein das Recht habe zu entscheiden, in welcher Sprache die Kinder den Religionsunterricht empfangen sollen und daß sie in dieser Beziehung auf die Kirchenbehörde nicht hören werde. Kom wird sich unserer nicht so annehmen, wie es seine Pflicht wäre, weil es in ganz Preußen einen neuen Kulturkampf hervorrufen müßte; die Deutschkatholiken werden aber doch für uns — höchstens mit wenigen Ausnahmen — gar nicht eintreten. Wir sind gegen das, was mit uns geschieht, machtlos. Wir haben unsere Sache bis zum äußersten vertheidigt, jedoch müssen wir schließlich der Übermacht unterliegen.

Aus Nr. 101 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 2. Mai 1907:

Man schickt sich zu noch härteren Strafen an.

Im Abgeordnetenhaus und im Reichstage ist von seiten der Regierung angekündigt worden, daß nach Ostern der Schulstreik aufhören würde. Die deutschen Zeitungen, sowohl die konservativen als auch die liberalen, gaben ganz Deutschland die Versicherung, daß nach Ostern die Beendigung des Schulstreiks sicher erfolgen würde.

Wir ergriffen zu dieser Angelegenheit absichtlich nicht das Wort, denn sogar die allgemeine Bemerkung, daß die Eltern und Kinder nicht nachgeben würden, hätte uns sicher einer Strafverfolgung ausgelegt.

Unsere Redakteure haben bis jetzt rund 4700 Mark an gerichtlichen Strafen zu zahlen. Einen Teil haben sie schon bezahlt, auch einige Hundert Mark Gerichtskosten und Kosten der Verteidiger, außerdem mußten wir beim Gericht 1500 Mark Kaution hinterlegen, als Sicherheit dafür, daß unser Redakteur nicht ins Ausland flüchten wird. Zusammen werden alle Ausgaben etwa 6000 Mark betragen. Wir sträuben uns nicht gegen diese notwendigen Opfer, daß aber eine bedacht-same Mäßigung bei der Veröffentlichung der uns überjandten Artikel bis zu einem gewissen Grade angebracht ist, das werden sicher auch unsere verehrten Leser einsehen.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die von der Regierung gehegte Hoffnung, daß der Schulstreik nach Ostern aufhören würde, völlig trügerisch ist. Es mehren sich auch die Anzeichen, daß die Zentralregierung in Berlin ihre Kombinationen wahrscheinlich auf ungenaue — um nicht anders zu sagen — Berichte gestützt hat und sich jetzt, nachdem sie überlegt hat nach mehr energischen Mitteln umsieht.

Aus Nr. 106 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 11. Mai 1907:

Zu der wegen Vergehens gegen den § 110 Str.G.B. von der Krotoschiner Strafkammer erfolgten Verurteilung eines gewissen Fräuleins Kwiattowska bemerkt der Dziennik Kujawski folgendes:

Der mannhaften und braven Polin Marta Kwiattowska aus Kromolice drücken wir unsere volle Anerkennung und Achtung aus ob ihrer Opfer und Leiden, die sie für unsere heilige nationale Sache gebracht und ertragen hat.

Aus Nr. 95 des Lech (Gnesen)
vom 27. April 1907:

Der Propst Piotrowicz fuhr heute mit dem Zuge um 8,45 Uhr früh in das Gefängnis nach Wronke. Das ist so unerwartet und so geheim gechehen, daß das Gnesener Volk sein Empfinden dem geliebten Kaplan gegenüber bei dieser Gelegenheit nicht zum Ausdruck bringen konnte. Wahrscheinlich wollte der Propst Piotrowicz einer Ovation aus dem Wege gehen und keine Entrüstung hervorrufen, welche sicherlich die Bevölkerung unserer Stadt beim Anblick des gefangenen Geistlichen ergriffen hätte. Kaum konnte einer von unseren Redakteuren sich auf dem Bahnhofe von ihm verabschieden und ihm sagen, wie wir für ihn mit empfinden und wie wir über die Strafe denken.

Lebe wohl, schätzbarer Kaplan in der fast 4 monatlichen Gefängniszeit. Möge der höchste Gott dir die Kraft zum Ertragen derselben verleihen, um die wir ihn alle in unseren Gebeten bitten wollen. Wir glauben, daß deine Strafe die Saat ist, welche eine reiche Ernte für die Kirche und das Volk bringen wird. Diese Aussicht wird dir und uns eine Freude in der gegenwärtigen Zeit der Prüfungen sein.

Aus Nr. 110 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 16. Mai 1907:

Eine überaus interessante und rätselhafte Nachricht erhalten wir von dem Herrn Michael Kryzkiwicz aus Josephinental bei Bartschin:

Josephinental, 13. Mai 1907.

Ich Endesunterschriebener gehöre zu denjenigen, die ihren Kindern nicht erlauben, im deutschen Religionsunterrichte zu antworten und diesen Unterricht in der Muttersprache fordern. Mein 12 jähriges Mädchen besucht die Schule in Bartschin, das über 5 Kilometer von hier entfernt ist. Das Kind verläßt das Haus um 6 Uhr früh, damit es um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr in der Schule ist; es kehrt abends gegen $6\frac{1}{2}$ Uhr zurück, denn der Unterricht dauert von $\frac{1}{2}$ 8 bis $\frac{1}{2}$ 12 und von 2 bis 5 Uhr. Weil es zu mittag nicht nach Hause kommen kann, bat ich Herrn Franz Danielewicz aus Bartschin, sich des Mädchens anzunehmen, was dieser Herr auch gerne tat, indem er dem Kinde Mittagessen und Kaffee unentgeltlich verabreichte, wofür ich ihm sehr dankbar bin.

Am Mittwoch, den 2. Mai war mein Kind bei Herrn D. zum Kaffee, und zwar zwischen 3 und 4 Uhr; der Lehrer, Herr Lüdke ließ es holen und befahl ihm, zum Herrn Kreischulinspektor Kempff zu gehen, der in Bartschin wohnt. Das Mädchen ging auch sofort hin. Der Herr Kreischulinspektor nannte es „ungehorsam,“ weil es im Religionsunterrichte nicht antwortet und bestellte es um 5 Uhr nach Schluß des Unterrichts zu sich, denn bei ihm waren drei Herren, denen es den Weg nach Josephinental zeigen sollte. Um 5 Uhr erschien das Mädchen beim Herrn Kreischulinspektor. Drei vollständig fremde Herren begaben sich mit dem Mädchen nach dem Bahnhofe, welcher auf der entgegengesetzten Seite der Stadt liegt. Vom Bahnhofe kehrten sie wiederum mit dem Mädchen nach der Stadt zurück, und wer weiß, was geschehen wäre, wenn Herr Danielewicz, dem diese Spaziergänger aufgefallen waren, diesen das Mädchen nicht abgenommen und sie mit einem gemieteten Fuhrwerk abgeschickt hätte, denn es war schon spät. Ich bringe dieses Vorkommnis zur öffentlichen Kenntnis; dasselbe ist sehr auffallend, insbesondere, weil sich diese drei

Herren in Josephinental nicht mehr gezeigt, sondern bis zum späten Abend noch in Bartschin gegessen haben.

Der durch Herrn Danielewicz befragte Lehrer Herr Lüdke konnte keine Antwort geben.

Michael Kryzkiwicz.

Wir hoffen, daß der Herr Kreischulinspektor Kempff in Bartschin diese Angelegenheit, durch welche die Gemüter beunruhigt wurden, öffentlich aufklären und die Namen, den Beruf und den Wohnort obiger drei Herren angeben wird, von denen hier die Rede ist, damit wir erfahren, welchen Zweck diese Spaziergänge jener drei Herren mit dem Töchterchen des Herrn Kryzkiwicz hatten.

Aus Nr. 107 des Lech (Gnesen)

vom 12. Mai 1907:

Weißenburg.

Ich muß dem lieben Lech auch etwas über unser Dörfchen mitteilen, insbesondere über unsere Jugend, die sich nicht gerade gut benommen hat. Am Sonntag, den 5. d. M., veranstaltete der hiesige Kriegerverein in der lutherischen Schänke ein Vergnügen. Als ich mit meiner Frau spazieren ging, hörte ich Musik. Nachdem ich mich überzeugt hatte, wer das Vergnügen veranstaltet, blieb ich ein wenig abseits stehen, um festzustellen, ob auch Polen an ihm teilnehmen. Und — o Wunder! Das Herz schlug mir, als ich unsere Jünglinge auf diesem Vergnügen erblickte, welches unsere größten Feinde veranstalteten. Es beteiligten sich nur 4 polnische Jünglinge an der Festlichkeit, ich werde ihre Namen aber nicht nennen, denn sie werden sich vielleicht noch bessern und deutsche Vergnügungen nicht mehr besuchen. Auch Mädchen scheinen nach diesem Vergnügen Lust verspürt zu haben, denn ich bemerkte ein Fräulein aus Lesniewko. Wann wird wohl unsere Jugend zu Verstande kommen und aufhören, sich mit Leuten zu vereinen, die gegen alles, was polnisch ist, feindlich gesinnt sind! Es ist sehr unangenehm, über solche Sachen zu schreiben.

Aus Nr. 100 des Postep (Posen)

vom 1. Mai 1907:

Wirßig, im April.

Es freut uns hier sehr, daß der Postemp die Tätigkeit unseres würdigen Propstes Raczmarek, der wacker für unsere Sache arbeitet, rühmend hervorgehoben hat. Seine Tätigkeit ist weit und breit bekannt. Er arbeitet an der Hebung des landwirtschaftlichen Vereins, und hier grade bildet er die Mitglieder zu eifrigen Bürgern aus und mit Hilfe tüchtiger Landwirte zu wackern und fleißigen Landleuten. Die Bildung verbreitet er in der Parochie mit Begeisterung; denn er weiß, daß jeder in unserm Kreise aufgeklärt sein muß. Solche Priester in den Grenzmarken unseres Großherzogtums sind ein wahrer Schatz, solcher Priester müßten wir mehr haben.

Am ersten Sonntag im April fand hier ein Gottesdienst der Amtskatholiken, der sogenannten „Auchkatholiken“ statt, zu dem ein Duzend Deutsche erschienen. Wegen eines Duzend — wegen zwölf Leuten — muß sich ein polnischer Priester mit einer Predigt quälen. Aber in Westfalen können unsere nach Tausenden zählenden Landleute in verschiedenen Parochien keine polnische Predigt und keinen polnischen Gesang bekommen, trotzdem sie darum flehentlich bitten.

Wenn hier so viele Amtskatholiken wären, wie es Polen in Westfalen gibt, dann würde man eigene

Parochien bilden und geborene Deutsche als Seelsorger heranziehen. Unsern Landsleuten gibt man in Westfalen Priester, die in der „polnischen“ Predigt fortwährend deutsche Ausdrücke gebrauchen. Sie sprechen das tollste gebrochene Polnisch.

Wenn hier jene Amtskatholiken auf diese Weise behandelt werden würden, wenn unser Priester die Predigt in so gebrochenem Deutsch halten würden, dann bin ich fest davon überzeugt, daß nicht der Zehnte zu der Predigt erscheinen würde und dies auch nicht des Gottesdienstes wegen, sondern nur um den Priester zu kritisieren.

Ehre gebührt also jenen Landsleuten in Westfalen, die sich im Hause des Herrn tapfer gegen die Germanisierung verteidigen. Untersucht eure Rechte, fordert Gerechtigkeit, und wenn ihr sie auf dem Wege nicht erhaltet, auf dem ihr sie seit Jahren zu erhalten bestrebt seid, d. h. wenn trotz alledem die deutschen Bischöfe aus dem Grunde, weil es den Preußen nicht paßt, eure berechtigten Wünsche zu erfüllen, dann steht euch der Weg nach Rom offen, und dort leget zu den Füßen des Papstes eure Klagen nieder über die unerträglichen Verhältnisse, die bei uns in den katholischen Gotteshäusern herrschen.

Was Wirßig anbetrifft, so empfehle ich aufs dringendste, dem landwirtschaftlichen Verein beizutreten. Der ehrwürdige Geistliche hat versprochen, daß in der nächsten Versammlung ein Vortrag für Industrielle gehalten werden wird, es müßten also nicht nur Landsleute, sondern auch Industrielle und Handwerker dem Verein angehören. Mit Kraft, Eintracht, Sparsamkeit, Nüchternheit und Arbeitsamkeit werden wir uns Vermögen und einen guten Namen erwerben.

Reinheit der Sitten und heiße Liebe zum Vaterlande möge unserer schweren Arbeit voranleuchten, mögen uns keine Qualen und Martern von dieser ablenken, von diesem Schatze, der unsern Herzen und Taten eingeprägt sein möge, von diesem Schatze, den Stürme weder vernichten, noch zerstören können. In diesem Sinne wünsche ich dem Posten möglichst viele Abonnenten.

Der Freund.

Aus Nr. 107 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 11. Mai 1907:

In Sachen von Siedlec.

Am Dienstag schon nach Redaktionschluß erhielten wir nachstehendes Schreiben:

Posen, 7. Mai.

Wir haben bisher auf die Auslassungen der Gräfin Konstanze v. Mielzynska und des Herrn Eduard v. Chrzanowski nicht geantwortet, da wir die Beleidigungsklage abwarteten, die gegen uns angestrengt werden sollte. Nachdem wir bis heute nach Ablauf von fast 4 Wochen seit unserer Anwesenheit in Siedlec keine Vorladung erhalten haben, erklären wir:

1. daß wir unsre gegen Herrn E. v. Chrzanowski in Gegenwart der Gräfin Mielzynska erhobenen Vorwürfe, die, wie wir wissen, ihm mitgeteilt worden sind, voll und ganz aufrecht erhalten;

2. daß unsre Befürchtungen wegen der Zukunft von Rotowo, Siedlec und Drzazgowo nicht beruhigt worden sind;

3. daß wir erwarten, daß uns Herr Eduard v. Chrzanowski wegen Beleidigung vor ein Bürgergericht laden werde, welches die administrativen und die persönlichen Angelegenheiten zu untersuchen hätte und vor

dem wir nachweisen könnten, was wir vor der Gräfin Mielzynska von Herrn Ed. v. Chrzanowski behauptet haben.

Thaddäus v. Jackowski,
Marzell v. Zółtowski,
Stanislaus v. Łącki.

Angeichts obiger Erklärung müssen wir vor allem fragen, was das Versprechen der gegnerischen Seite besagen sollte, daß die Wirtschaft des Herrn Ed. v. Chrzanowski irgend eine amtliche Kommission beurteilen werde. Die Volksgesamtheit war der Meinung, die Angelegenheit jener Kommission stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bürgerdeputation. Dem widerspricht offenbar obige Erklärung, und die geheimnisvolle Kommission wird für die Gesamtheit etwas ganz Unverständliches bleiben. Sollte in der Tat nur ein Mißverständnis obwalten?

Aus Nr. 19 der Pokraka (Posen)
vom 12. Mai 1907:

Schroda.

Die geschätzte Frau R. A. hat Ende April eines Tages vergessen, daß in der Nähe ihrer Wohnung das Kolonialwarengeschäft eines Jhrigen die Waren billiger verkauft, als der „Tygrys“ (Tiger), bei dem sie für eine bedeutende Summe Waren gekauft hat.

Kempen.

Die Frau eines Fleischers ist gesehen worden, wie sie aus einem fremden Laden mit einem Paket herauskam. Es ist zu sehen, daß diese Frau nicht zu den Polen zählt, aber was wird der Mann dazu sagen?

Wongrowitz.

Zwei Freundinnen vom Schuhmacher haben Andachtsbücher von einem Israeliten gekauft. Was wird der Herr Propst dazu sagen, wenn er das erfährt?

Posen.

Eine Frau B. aus der Wiesenstraße kauft sehr viel Waren zum Teil bei Juden — und obwohl sie bei einem Polen die alten Schulden noch nicht gedeckt hat, war sie in der Lage, „beim Moses“ sich ein neues Kleid anzuschaffen!

Das ist sehr schön!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 59 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 16. Mai 1907:

Mewe.

Auch hier ist eine Bank Ludowy gegründet worden, zu dessen Leiter der Rentier Tollif aus Nieponie gewählt worden ist.

Aus Nr. 59 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 16. Mai 1907:

Starzowo.

Der Agent der deutschen Genossenschaft Meckelburg & Co. in Posen, Herr Leo Dankowski hat einige Grundstücke von den hiesigen Besitzern Loroeh, Swinczowski, Brzozowski und Frau Krest erworben. Die Firma Meckelburg & Co. ist eine Nebenagentur der Ansiedelungskommission, und deshalb müssen die durch ihren Agenten erworbenen Grundstücke für uns als immer verloren betrachtet werden. Schade, daß die oben genannten Landsleute ohne Feststellung der näheren Verhältnisse dieses Agenten den Verkauf abgeschlossen haben. Vielleicht sind aber die Verträge noch nicht abgeschlossen?

Aus Nr. 59 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 18. Mai 1907:

Die heilige Kirche und die Schule in Sachen der heiligen Religion.

Von einem Sachverständigen erhalten wir folgendes Schreiben:

In dem Prozeß des Herrn Redakteurs Szpotanski hat sich das Reichsgericht in Leipzig auf den Standpunkt gestellt, daß in Sachen der Erteilung des Religionsunterrichts die heilige Kirche gar kein Recht habe, irgend welchen Einfluß auf die Schule auszuüben. Das Reichsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Artikel 24 der preußischen Verfassung gegenwärtig ohne Bedeutung sei, weil das im Artikel 26 der preußischen Verfassung vorgesehene Schulgesetz bis jetzt noch nicht erlassen worden wäre. Nach dem Reichsgericht entscheidet einzig und allein das preußische Landrecht vom Jahre 1794 darüber, wem in der Schule auf dem Gebiete des Religionsunterrichts das Bestimmungsrecht zusteht.

Der Standpunkt des Reichsgerichts ist vollkommen einseitig, denn das Reichsgericht hat übersehen, daß eine Reihe von Rechtsvorschriften bestehen, die die Erteilung des Religionsunterrichts in der Schule betreffen.

Das preußische Landrecht erwähnt mit keinem Worte die Erteilung des Religionsunterrichts, und zwar deshalb, weil es gar nicht die Absicht hatte, diese Materie zu regeln, weil schon Vorschriften existierten, die diese Frage betrafen.

Und so ist schon am 12. August 1763 für die evangelischen Volksschulen ein Reglement erlassen worden, wodurch den Pastoren ein weites Feld auf dem Gebiete des Religionsunterrichts zuerkannt worden ist.

Für die katholischen Schulen in Schlefien hat die Regierung am 3. November 1765 ein Reglement erlassen, in dem ausdrücklich gesagt ist, daß der Pfarrer bzw. die Kirchenbehörde das Recht zu entscheiden habe, in welcher Weise der Religionsunterricht erteilt werden solle. Das eine wie das andere Reglement ist ausgedehnt worden, und zwar schon nach Ergebung des preußischen Landrechts, für die evangelischen Schulen durch Verordnung vom 16. Dezember 1794 und für die katholischen Schulen durch Verordnung vom 18. Mai 1801.

Im Jahre 1817 hat die Regierung die Instruktion für die Regierungen vom 23. Oktober publiziert, in der ausdrücklich gesagt ist, daß der katholischen Kirche auf dem Gebiete der Erteilung des Religionsunterrichts das bisherige Recht weiter zustehe.

Da nun im preußischen Landrecht keine Rede von der Erteilung des Religionsunterrichts ist, muß

der Vorbehalt so verstanden werden, daß die Instruktion die Reglements vom Jahre 1765 bzw. 1801 im Sinne hat.

Dies ergibt sich namentlich noch aus folgenden Punkten: Im Jahre 1817 ist ein Projekt zu einem Schulgesetz herausgegeben worden, in dem der katholischen Kirche die früheren Privilegien garantiert worden waren. Dagegen ist in der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 3. November 1807 ausdrücklich gesagt worden, daß die bisherigen Schulgesetze, namentlich das preußische Landrecht sowie die Reglements für Schlefien ungenügend seien. Daraus geht klar hervor, daß die preußische Regierung selbst im Jahre 1807 die schlefischen Reglements als noch in Kraft befindlich angesehen hat.

Als im Jahre 1850 für Preußen die Verfassung erlassen wurde, ist im Artikel 112 gesagt worden, daß die bisherigen rechtlichen Vorschriften über das Schulwesen bis zum Erlaß des im Artikel 26 der Verfassung vorgesehenen Gesetzes, daß bis dahin die bisherigen Gesetze weiterhin rechtsverbindlich sein sollen.

Nach dem Jahre 1850 ist kein Schulgesetz erlassen worden, daß die rechtliche Stellung der Kirche hinsichtlich ihres Einflusses auf die Erteilung des Religionsunterrichts in den Schulen geändert hätte. Das Gesetz vom Jahre 1872 über die Aufsicht in der Schule hatte diesen Zweck nicht, wie der Minister Falk im Abgeordnetenhaus erklärt hat. Im Ministerialrund-erlaß vom 18. Februar 1876 betr. das Schulwesen, ist ebenfalls gesagt worden, daß die Regierung die Rechte der Kirche anerkenne.

Noch im Jahre 1891 und 1892 ist den Motiven zum neuen Projekt für das Schulgesetz zum Ausdruck gebracht worden, daß die hl. Kirche ihren Einfluß auf das Schulwesen behalten müsse.

Angesichts der obigen Ausführungen ist es schwer begreiflich, warum sich die preußische Regierung mit einem Male auf einen geradezu entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat und warum sie sich selbst als allmächtigen Herrn in der Schule erachtet. Aber auch das Reichsgericht hat die erwähnten Gesetze, Reglements und Instruktionen vollständig übergangen, doch warum es das getan hat, geht aus dem Urteil gar nicht hervor.

Aus Nr. 56 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 11. Mai 1907:

Zu der Forderung der deutschen Blätter, das **Priesterseminar in Posen** zu schließen, bemerkt die Gazeta Olsztynska:

Werden sie das Priesterseminar in Posen schließen, dann mögen sie es schließen. Sie wenden uns gegenüber die Lösung ihres Bismarcks an: „Macht geht vor Recht“, also das Gewissen verbietet ihnen nicht das zu tun; doch den polnischen Geist werden sie weder in unseren hochgeschätzten polnischen Geistlichen noch in uns, ihren Schäfchen, ertönen. Wir werden uns gegenseitig trösten und stärken zu unserem Nutzen und zur **Schändung des höllischen Sakraments**.

Aus Nr. 38 des „Mazur“ (Ortelsburg)
vom 15. Mai 1907:

Robulten, den 11. Mai 1907.

Dem Mazur wird mitgeteilt: Bei uns hat der Rektor Bocian (Storch?) aus Schuljungen (ze szurków szkolnych) eine Musikkapelle geschaffen, für die er sich um Instrumente mit Hilfe einer Dorfskollekte be-

müht hat. In voriger Woche fand hier eine Versammlung des Arbeitervereins statt. In dieser Versammlung hat der Rektor mit seinen Jüngens (szurków) bis in die Nacht hinein musiziert. Auch der Lokalschulinspektor, Pfarrer Stengler war in dieser Versammlung anwesend, und diese Musik hat ihm gefallen. Ein schöner Unterricht — in der Kneipe, nicht wahr?

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 114 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 22. Mai 1907:

Der Kampf um den polnischen Religionsunterricht.

Die Auslassungen des Postemp (Nr. 113) betreffend den Rückgang des Schulstreiks in Obornik kommentiert der Gornoslazak wie folgt:

Auch wir erklärten, als wir von der Verschärfung des Kampfes gegen den Schulstreik schrieben, daß sich schließlich alles, mithin auch der Schulstreik niederringen läßt. Ob der Schulstreik schon jetzt nachlassen wird, darüber wollen wir nicht voreilig urteilen. Wir halten es aber für unsere Pflicht zu erklären, daß unsere Lage so beschaffen ist, daß wir uns nicht Verlusten ohne Hoffnung auf Sieg aussetzen können. Niemand kann den Eltern, die aus Furcht vor empfindlichen Strafen den Kampf aufgeben, Vorwürfe machen. Auch Heldenhaftigkeit hat ihre Grenzen. Das Gewissen und der Verstand sollten jedem raten, wie er handeln soll. Wie die Presse den Streik nicht hervorgerufen hat, so hat sie auch nicht das Recht, sich in seine Beendigung hineinzumischen. Es steht ihr aber das Recht zu zu erklären, was sie von der Sache selbst denkt. Wir meinen indes, daß ein Kampf nur insofern angezeigt sein kann, als Aussichten auf Erfolg vorhanden sind, sofern solche nicht vorhanden sind, kann man ihn ohne Schmach beenden.

Die Opfer, welche der Schulstreik gekostet, sind nicht vergeblich gewesen. Der katholische und nationale Gedanke hat sich gestärkt, die Volksgemeinschaft hat sich solidariisch erklärt, der Geist ist unbeseigt, ungebrochen daraus hervorgegangen. Ganz Europa hat sich der Polen erinnert, wir haben die Achtung und das Mitleid der Welt erworben. Und wiewohl es in diesem Kampfe nicht darum zu tun war, wiewohl der Hauptzweck, der polnische Religionsunterricht in den Schulen, bis jetzt nicht erreicht worden ist, so existieren jene Nebenvorteile, von denen wir sprechen, und sie fallen nicht minder ins Gewicht.

Wir erteilen gar keine Ratschläge, weder für noch wider. Wir sprechen hier nur offen unsere Gedanken aus. Es ist manchmal gut zu sagen, was man denkt, wenn auch dieser Gedanke den Gefühlen der Gesamtheit nicht genehm sein sollte.

Aus Nr. 56 des Polak (Kattowitz)
vom 11. Mai 1907:

Die Unverschämtheit des Zentrumsblattes.

Beuthener polnische Jungfrauen veranstalteten untereinander eine Sammlung zu einem Meßopfer für jene Priester, die infolge Verteidigung des polnischen Gebets Märtyrer geworden sind. Die hl. Messe ist verfloßenen Sonntag in der St. Marienkirche gelesen worden. Bei Bestellung der hl. Messe wurde angegeben, die Messe solle auf eine gewisse Intention ab-

gehalten werden. So wurde auch von der Kanzel vermeldet. In der Nummer des Gornoslazak vom 3. Mai erschien folgende Notiz: „Sonntag, den 5. Mai, um 10 Uhr vormittag wird in der St. Marienkirche eine von Beuthener Jungfrauen bestellte Andacht für diejenigen Geistlichen stattfinden, die für das polnische Gebet Märtyrer geworden sind. Wir bitten daher um zahlreiche Beteiligung an der Andacht. Wir werden auch zum Opfer gehen. Zuerst gehe die Jugend, dann die Kinder, die in diesem Jahre das erste Mal die hl. Kommunion empfangen. Die Eltern bitten wir, dies ihren Kindern nicht zu verbieten. Mögen sie diese vielmehr zu inbrünstigem Gebet für die Verteidiger des polnischen Gebets anspornen. Nach den Kindern können alle zum Opfer gehen.“

Vom katholischen Standpunkt ist dieser Schritt völlig berechtigt. Bekanntlich hat die katholische Kirche auf dem Tridentiner Konzil festgesetzt, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen sei. Das geistige Wohl der Kinder verlangt, daß ihnen der Religionsunterricht in der Muttersprache gelehrt werde, weil das Kind nur in diesem Falle aus dem Unterricht Nutzen zieht. Ein katholischer Priester, der sich seiner erhabenen Sendung, seiner Pflichten und der furchtbaren auf ihm ruhenden Verantwortung bewußt ist, — dieser Geistliche muß, wenn er nicht ein gewöhnlicher Berufsgeistlicher ist, sondern seine Sendung ernst faßt, naturgemäß überall dort, wo das geistige Wohl der Kinder einer Gefahr ausgesetzt ist, seine Stimme zum Schutze der Gerechtigkeit erheben. Das eben und nichts anderes tun die polnischen Geistlichen im Posenschen und in Westpreußen. Es ist bedauernswert, daß sie dadurch mit dem deutschen Strafgesetzbuch kollidieren. Vor dem deutschen Strafgesetzbuch sind sie Übertreter, vor der Kirche aber sind sie eine Art Märtyrer, denn jeder, welcher der Gerechtigkeit wegen Verfolgungen leidet, kann als Märtyrer angesehen werden.

Die katholische Kirche verlangt von ihren Bekennern, daß sie Gott mehr gehorchen sollen als den Menschen, daß sie vor keiner Verfolgung zurückschrecken sollen, wenn es sich um die Verteidigung der Gerechtigkeit handelt. Unsere Kirche lehrt uns, der Katholik solle beten um die Erlangung der Gnade Gottes, der Mannhaftigkeit und der Ausdauer im Guten, das dem Menschen am meisten nützt. Nach der Lehre der Kirche sollen die Katholiken auch füreinander beten. Was wunder also, wenn die Beuthener Gott um Ausdauer für die wegen der Verteidigung der Gerechtigkeit leidenden polnischen Geistlichen gemeinsam bitten wollten?

Leider gefiel eine solche Handlungsweise den maßgebenden Beuthener Faktoren nicht, denn der Kirchen-diener forderte — wie die Beuthener Zentrumshatistin mitteilt — vor der Andacht zwei im Presbyterium stehende Damen zum Verlassen des Presbyteriums auf, worauf das Gitter geschlossen und zur Opferung nicht geöffnet wurde. Auch die Supplikationen, die ebenfalls bestellt waren, fielen aus. Auf diese Weise wurde — ruft die Zentrumshatistin aus — eine politische Demonstration zugunsten des Posener Schulstreiks verhindert. Dann schreibt das Blatt weiter:

„Es hat nur noch gefehlt, daß die Kirche zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Welcher Pfarrer wird sich dies von Zeitungen gefallen lassen? Soviel sich voraussagen läßt, wird die einzige Folge dieser mißlungenen Demonstration die sein, daß die kirchlichen Organe in Zukunft auf die sogenannten „gewissen Intentionen“ besser acht geben werden. Wenn es den Katholiken gefällt, für die vom Unglück wegen des Posener Schulstreiks betroffenen Geistlichen zu beten, so können wir dies niemandem verbieten. (Die Kata-

tistin wünscht offenbar eine solche Macht. Anmerkung des Ebers.) Sie aber als Märtyrer zu bezeichnen und dann willkürlich mit Hilfe von Zeitungen eine öffentliche, auffällige Demonstration als Sympathie-fundgebung für jene Opfer des Poseners Streiks zu veranstalten, das ist — gelinde ausgedrückt — sehr dreist und höchst gefährlich. Dem Herrn Pfarrer können wir nur dafür danken, daß er dieser Arbeit gleich von Anfang an energisch in den Weg getreten ist. So weit sind wir in Oberschlesien noch nicht gekommen, wie es sich der neue Papst des Gornos-lazak vorstellt.“

Die Form des ganzen Artikels ist in hohem Grade höhnisch.

In unserem polnischen Schlesien ist es also so weit gekommen, daß uns deutsche Eindringlinge verbieten wollen, für unsere polnischen Priester in unseren polnischen Gotteshäusern zu beten, die vor Jahrhunderten von unseren frommen Vorfahren errichtet wurden. Der teutonische Hochmut der hafatistischen Zentrumsleute kennt keine Grenzen.

Das Verhalten der Zentrumshafatistin müssen wir eine Unverschämtheit nennen. Unsere polnischen Andachten nennt sie eine politische Demonstration. Und als wir in den Jahren 1902 und 1903 die in unseren Kirchen betriebene Agitation der Zentrumsleute, die geradezu skandalös war, brandmarkten, da nannte uns diese Zentrumshafatistin Häretiker. Dafür ist es ihr erlaubt, ohne Einbuße für ihren angeblich katholischen Charakter unsere katholischen Gefühle zu verhöhn. Dieses angebliche katholische Schmierblatt bringt am Schluß eine kleine Denunziation, aber das ist ja bei ihr nichts Neues.

Man muß bedauern, daß, wie die Beuthener Hafatistin schreibt, von kompetenter Seite die Abhaltung der Supplikation verboten und die Darbringung des Opfers nicht gestattet wurde. Solche Anordnungen werden zur Stärkung der religiösen und konfessionellen Überzeugung nicht beitragen.

Aus Nr. 109 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 15. Mai 1907:

Polnisch sprechende Preußen!

Graf Ballestrem erklärte bei den Beratungen des Kultusetats im Herrenhause, in Schlesien gebe es keine Nationalpolen, sondern nur polnisch sprechende Schlesiern, polnisch sprechende Preußen. Daraus würde hervorgehen, daß in Deutschland Nationalpolen nur im Posenen und in Westpreußen existieren, daß dagegen in Schlesien diejenigen, die sich mit den übrigen im preußischen Anteil wohnenden Brüdern eins fühlen, nur von gewerbsmäßigen Agitatoren betört seien.

Diese Anschauung können wir nicht teilen, und wir protestieren dagegen im Namen aller ober-schlesischen Polen, die sich für einen Zusammenschluß mit den übrigen Polen des preußischen Landesteils erklären.

Wir stellen die Frage wie folgt: Entweder sind alle in Preußen wohnende Polen polnisch sprechende Preußen, wobei wir unter dem Begriff „Preuße“ die Zugehörigkeit zu Preußen, die preußische Bürgerschaft, verstehen, oder alle, die unter der Fahne der polnischen Fraktion stehen, sind nationale Polen.

Es gab Zeiten, in denen sich Polen bisweilen selbst polnisch sprechende Preußen nannten, wodurch sie ihre Loyalität gegen den preußischen Staat zum Ausdruck bringen wollten, ohne dabei ihre nationalen Eigenheiten und Absonderung auch nur im geringsten zu verlegen. Diese Zeiten und Verhältnisse sind vorüber, und nicht in unserer Macht liegt es, sie wiederherzustellen. Infolgedessen wurde auch diese nicht

allzu glücklich formulierte Bezeichnung begraben. Wenn wir heute unser Verhältnis zum Staate in Betracht ziehen, so ist diese Bezeichnung sowohl im Posenen, als auch in Schlesien durchaus nicht am Platze.

Es bleibt demnach die zweite Bezeichnung: Nationalpolen. Wir verstehen darunter eine Gemeinschaft von Menschen, die sich ihres polnischen Nationalcharakters genau bewußt ist und danach trachtet, alle Rechte zu erlangen, die ihr auf Grund dieser nationalen Sonderstellung gebühren, unter Berücksichtigung nur derjenigen Grundsätze, die, in der Verfassung zum Ausdruck gebracht, das höchste Recht jeder Nation beschränken, das Recht ein eigenes Staatswesen zu gründen. Der preußischen Monarchie einverleibt, erkennen wir diesen politischen Zustand an, und wir wollen ihn nicht verletzen. Jedoch machen wir in den durch die Verfassung und durch die besonderen königlichen Zusagen gezeichneten Grenzen unsere berechtigten nationalen Rechte geltend, und wir werden sie auch fernerhin geltend machen.

Da danach die Polen sowohl im Posenen und in Westpreußen, als auch in Schlesien streben, so steht auch uns das Recht zu, uns Nationalpolen zu nennen, ob dies dem Herrn Grafen Ballestrem gefällt oder nicht.

Wir müssen es uns in Zukunft verbitten, daß Graf Ballestrem der Welt erzählt, das ober-schlesische Volk sei von polnischen Agitatoren betört worden. Denn in Wirklichkeit wurde das Volk lange Jahre durch die Zentrumsagitation betört, die aus dem polnischen Volke polnisch sprechende Preußen im schlimmsten Sinne dieses Wortes machen, d. h. ihm die Sprache belassen, aber das Gefühl nationaler Sonderstellung benehmen und zwischen den Polen in Schlesien und ihren übrigen Brüdern eine Spaltung hervorrufen wollte. Dadurch wäre die Sprache der polnischen Bevölkerung in Schlesien natürlich immer mehr verkümmert, und sie wäre eine für die übrigen Polen unverständliche Mundart geworden. Man muß den gefunden Instinkt des polnischen ober-schlesischen Volks rühmen, das unter der Führung des Katolik diese Politik der milden Germanisierung erfolgreich bekämpft und dann die Gelegenheit wahrgenommen hat, der polnischen Fraktion offen beizutreten, wodurch es den berechneten Beweis erbracht hat, daß es sich ebenso als national-polnisches Volk fühlt, wie alle anderen Polen in der Welt.

Demnach sind wir nicht polnisch sprechende Preußen im Sinne des Grafen Ballestrem, sondern Polen reinen Wassers, Nationalpolen, denn wir fühlen uns zu einem engen und natürlichen Zusammenschluß mit der ganzen polnischen Nation hingezogen.

Zuletzt bemerken wir, daß das polnische Volk in Oberschlesien nicht dem Beispiel der Familie Ballestrem folgen wird, die, obgleich sie italienischer Herkunft ist, die deutsche Nationalität angenommen hat. Wie uns der liebe Gott geschaffen hat, so wollen wir leben und sterben, d. i. als Nationalpolen.

Aus Nr. 55 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 7. Mai 1907:

Das Zentrum und die Polen.

Ganz treffend schreibt das über die politische Lage in Oberschlesien am besten unterrichtete und stets gerechte Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung“, daß eine Verständigung der Zentrumsleute mit den Volksparteilern (d. h. mit den polnischen Katholiken) einzig und allein von dem guten Willen der Zentrumsleute abhängt. Diese zeigen jedoch diesen guten Willen gar

nicht, denn sie verlangen, das polnische Volk möchte ihnen nur dazu verhelfen, möglichst viel Abgeordnetenmandate zu erobern. Wir Volksparteiler können damit jedoch in keiner Weise einverstanden sein, weil die Zentrumsleute sogar jetzt noch um die Gunst der preussischen Regierung buhlen, obgleich diese sie mit Füßen tritt. Wenn die Zentrumsleute, wie ihre Blätter schreiben, als Katholiken fühlen würden, so müßte sie die Verfolgung und Bedrückung der katholischen Polen von diesen Buhlereien ein wenig zurückhalten. Das würde übrigens den Zentrumsleuten selbst zum Vorteil gereichen, denn dann hätte sich der lutherische Verband der Deutschen, der danach trachtet, die sogenannten Ultramontanen zu erdrücken, nicht erdreistet, den Namen „antiultramontaner Reichsverband“ anzunehmen. Kein Zentrumsmann hatte bisher den Mut, öffentlich zu sagen, daß diese lutherischen Patrioten die Verteidigung ihrer Interessen auf das katholische Volk Österreichs und Italiens stützen, denn beide Staaten sind überwiegend katholisch.

Was die politische Lage in Oberschlesien anbetrifft, so kann man den Mangel an Verstand und an Gerechtigkeitsgefühl bei den Zentrumsführern wirklich nur bedauern. Verlangt doch schon allein das Gerechtigkeitsgefühl, daß die Zentrumsleute diesem polnischen Volke, welches die überwiegende Mehrheit in Oberschlesien bildet, erlauben sollte, zu seinen Vertretern im Reichs- oder Landtage Landsleute von eigenem Fleisch und Blute zu wählen, die sich der polnischen Partei anschließen würden, um darin die kostbarsten Schätze des polnischen Volkes zu verteidigen. Kann doch ein deutsch-katholischer Abgeordnete, wenn er sogar der beste und gerechteste Mensch wäre, die Rechte des polnischen Volkes nicht genügend verteidigen, denn er empfindet nicht mit dem Herzen die Unbilden, die diesem Volke zugefügt werden. Daher müßte schon der bloße Verstand die Zentrumsleute darauf hinweisen, daß das polnische Volk die Verteidigung seiner Rechte nur einem Landsmann, nicht einem fremden Menschen anvertrauen könne, wenn dieser auch den gleichen Glauben besäße. Das Deutschtum wird doch von niemandem verfolgt, weshalb soll also das polnische Volk deutsche Abgeordnete wählen? Wird denn einer von diesen den Mut haben, nach Gebühr gegen die neumodischen Anschauungen aufzutreten, nach welchen die weltliche Behörde ein größeres Recht hat zu bestimmen, in welcher Sprache der Religionsunterricht zu erteilen sei, als die Kirche? Sogar die Zentrumsblätter gehen dieser heiklen Angelegenheit aus dem Wege, soviel sie können, um nur nicht den Verdacht auf sich zu lenken, daß sie Freunde des polnischen Volkes seien. Und doch hat das Kirchenrecht das Zeugnis Gottes selbst für sich, das in der heiligen Schrift, in der Apostelgeschichte niedergeschrieben ist. Dieses Zeugnis werden die Zentrumsgeistlichen während der bevorstehenden Pfingstfeiertage dem Volke von den Kanzeln verlesen. Für die Katholiken ist doch wohl die heilige Schrift maßgebend. Und wenn ihr Bekenntnis im Staate berechtigt ist, so kann in den die Religion betreffenden Dingen niemand anders entscheiden als die Kirche.

Wenn bei den Zentrumsleuten wirklich guter Wille vorhanden wäre, so würden sie die Deutsch-katholiken belehren, daß es deren Pflicht sei, sogar die polnische Partei zu unterstützen, denn das polnische Volk bildet in Oberschlesien die überwiegende Mehrheit. Die polnische Partei ist auch nicht von dem Geiste beseelt, daß sie bei den Landtagswahlen ihre Hilfe versagen würde. Auf diese Weise wäre — wie man zu sagen pflegt — der Wolf gesättigt und die Ziege unverfehrt: die katholische Sache würde dabei nur gewinnen. Dagegen werden bei dem Eigensinn der

Zentrumsleute nur die Protestanten zum Nachteil der katholischen Sache ernten, wofür das letzte Auftreten des Liberalen Volke im Landtage ein Beweis war. Nur die Zentrumsleute sind schuld daran, daß ein solcher Liberaler von der Rednerbühne des Landtages die Katholiken verhöhnen kann. Die Weltgeschichte muß aber einmal den Zentrumsleuten, welche der berüchtigten Zentrale des Erzpriesters Glowacki angehören, die Schuld beimessen für die Unbilden, die dem polnischen Volke zugefügt werden. Ihr göttlicher Meister hat ihnen die erhabene Aufgabe zugewiesen, wirkliche Hirten und Führer des ihrer Obhut anvertrauten polnischen Volkes zu sein, — sie haben aber dadurch, daß sie das polnische „Gespenst“, die sogenannte „großpolnische Agitation“ an die Wand malten — wenn auch vielleicht ungewollt — zur Verfolgung des polnischen Volkes viel beigetragen. Noch sind nicht alle Brücken zur Verständigung mit der polnischen Partei abgerissen, es ist noch Zeit, auf dem falschen Wege umzukehren, wenn infolge der Blindheit einiger Zentrumsführer die katholische Sache in Oberschlesien überhaupt nicht Schaden erleiden soll.

Ein volksparteiischer Geistlicher.

Aus Nr. 110 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 16. Mai 1907:

Aus dem Kreise Rybnik.

Wie ist dieser Kampf gegen das polnische Volk in Schlesien entstanden? Die alten Leute hier, die früher einen solchen Kampf nicht kannten, wundern sich, woher diese Verfolgung der Polen gekommen ist. Andererseits wundern sie sich über die so große Liebe zur polnischen Ehre unter unserem Volke in den heutigen Zeiten und über die unbegrenzte Entschiedenheit unter dem Volke, welches der Germanisierung Widerstand leistet.

Die alten Leute hielten es ehemals für eine große Ehre, wenn man sie Deutsche nannte, denn den Namen „Pole“ sahen sie als etwas Niedrigeres und Schlimmeres an. Alle Deutschen standen früher in hoher Achtung, wie privilegierte Menschen. Sogar wenn ein deutscher Wanderer in ein Haus betteln kam, hatte man vor ihm fast größeren Respekt als vor dem angesehensten polnischen Bürger in der Gemeinde. Die Beamten wurden ebenfalls hochgeschätzt, und die Lehrer wurden als fast halbheilige Personen angesehen. — So erzählen die alten Leute, und sie erinnern sich dessen genau. Daher wundern sie sich, daß sich dies heute alles geändert hat. Wie ist diese Änderung eingetreten?

Man muß diese Leute weiter fragen, und das Rätsel wird gelöst werden. — Früher konnte jeder Beamte polnisch sprechen, und stets, ohne alle Umschweife sprach jeder Beamte mit den Leuten polnisch; das verstand sich von selbst. — Die älteren Leute kannten demnach in den früheren Zeiten keine Dolmetscher, denn was nötig war, erzählten sie dem Beamten in ihrer Art, wie ihnen der Schnabel gewachsen war; sie wurden richtig verstanden, und sie erhielten auch eine verständliche Antwort. Diese alten Leute kannten auch nicht jenes heute so häufig vorkommende „ferstey nicht.“

Früher waren also die Leute zufrieden und friedlich. Hinzukommt, daß in den Schulen polnisch und ungezwungener, als heute, gelehrt wurde.

Hinzukommt ferner, daß die Steuerlasten nicht so groß waren, wie heute. Heute muß alles hoch bezahlt werden, so daß auf dem Lande fast nur für diese

Steuern gearbeitet wird. Früher gab es nicht so hohe und viel Steuern, auch nicht die Schroffheit, wie heute. Heute müssen Tausende von Paragraphen, Vorschriften, Erlassen usw. gekannt werden, und die Leute werden ungeachtet dessen noch mit Strafen überschüttet.

Zu allen diesen Änderungen und Bedrückungen kommen noch die Hafatisten hinzu.

Sollten sich denn in Anbetracht alles dessen, was sich geändert hat, nicht auch unsere polnischen Leute ändern? Sie mußten sich ändern! Und es ist gut, daß sie erwacht sind und sich verteidigen, sonst wäre es noch ärger, als es ist. Wir alle müssen die polnische Sprache und alles Polnische lieben lernen; wir alle müssen danach trachten, unsere Geschichte kennen zu lernen und eine immer größere Aufklärung und Wohlhabenheit zu erlangen.

Aus Nr. 113 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 19. Mai 1907:

Bilanz per 31. Dezember 1906.

Aktiva.		Passiva.
—,—	Geschäftsanteile	6 597,30
—,—	Reservefonds	4 455,32
11 290,97	Banken	—,—
24,61	Barbestand	—,—
	Reingewinn:	
—,—	a. 10% zum Reservefonds	26 30
—,—	b. Zur Disposition der Generalversammlung.	236,66
11 315,58 Mk.		11 315,58 Mk.

Vom Jahre 1905 auf das Jahr 1907 traten 176 Genossen über, im Laufe des Jahres 1905 wurden 40 Genossen aufgenommen, zusammen 216 Genossen. Im Laufe des Jahres 1906 starben 3 Genossen, im Laufe des Jahres 1906 traten 3 Genossen aus, Abgang 6 Mitglieder. Auf das Jahr 1907 gehen also 210 Genossen über.

Die Geschäftsanteile sind um 736,20 Mk. angewachsen.

Die Haftsummen der Genossen sind um 920,00 Mk. angewachsen.

Die Gesamthaftsumme der Genossen beträgt 8040,00 Mk.

Spółka Budowlana (Baugenossenschaft)

G. G. m. b. H.
in Kattowitz D.=S.

Der Vorstand:

Dr. Mielecki. Zajac. M. Kzepka.

Aus Nr. 21 der Praca (Beuthen D.=S.)
vom 21. Mai 1907:

Bericht

des Verbandes gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter in Oberschlesien.

In den Bureaus des Verbandes wurde im Monat April folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

in Beuthen	598
in Zabrze	401
in Kattowitz	218
in Rybnik	113
in Gleiwitz	53
zusammen	1389

An Begräbnisbeihilfen wurden in 18 Todesfällen an Mitglieder (bzw. deren Frauen) 685 Mk. gewährt.

Aus Nr. 104 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 8. Mai 1907:

Berichtigung.

Unlängst erhielten wir aus der Gegend von Kosel eine längere Korrespondenz betreffend den „Vorschußverein“ in Kosel, und diese Korrespondenz haben wir veröffentlicht. Jetzt gelangt an uns vom Vorstand des „Vorschußvereins“ folgende Berichtigung:

Der in einer Beilage mit der Überschrift: „Kosel“ und mit der Unterschrift „Einer aus der Obergegend“ veröffentlichte Artikel enthält folgende unwahre Behauptungen tatsächlicher Art:

1. Es ist nicht wahr, daß der „Vorschußverein“ den Leuten von Spareinlagen nur drei oder 3½ Prozent Zinsen gibt; es ist vielmehr wahr, daß von allen Spareinlagen 3½ Prozent Zinsen gezahlt werden.

2. Es ist nicht wahr, daß unsere Genossenschaft von den den Leuten gewährten Darlehen 5 Prozent und 6 Prozent, in manchen Fällen sogar 7 Prozent Zinsen nimmt; — es ist vielmehr wahr, daß die Zinsen von bei uns aufgenommenen Darlehen 5 Prozent betragen, und daß 6 Prozent oder 7 Prozent unbedingt nie genommen wurden.

3. Es ist nicht wahr, daß der „Vorschußverein“ mit knapper Not seinen Mitgliedern nur 5 Prozent Dividende geben konnte; — es ist vielmehr wahr, daß unsere Genossenschaft im Jahre 1906 — außer den 5 Prozent verteilter Dividende — ihre Reservefonds um 23 172 Mk. erhöht hat.

4. Es ist nicht wahr, daß der Direktor unserer Genossenschaft, Herr Spitz, ein ehemaliger Händler aus Kosel ist; — wahr ist vielmehr, daß Herr Spitz, der sich seit seinem 23. Lebensjahre d. i. 29 Jahre hindurch im Dienste der unterzeichneten Genossenschaft befindet, vorher nie selbständiger Kaufmann oder gar Händler war; Herr Spitz war nach seiner Ausbildung im Bankfach nur in größeren Handelshäusern beschäftigt.

5. Es ist nicht wahr, daß sich im Aufsichtsrat die Ortsgeistlichen, der Pfarrer, Pastor und Rabbiner befinden; — wahr ist vielmehr, daß dem Kreise des Vorstands unserer Genossenschaft gar kein Geistlicher angehört.

Kosel, den 3. Mai 1907.

Der Vorschußverein in Kosel,
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Spitz. Wünsche. Starosta.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 12 des Kraj (Petersburg)
vom 27. April (10. Mai) 1907:

„Die deutsche Gefahr.“

Unter diesem Titel erschien ein Büchlein von hundert Seiten, mit sehr reichhaltigem Inhalt. Sein Verfasser ist der bekannte Publizist B. Koskowski, welcher während seines längeren Aufenthaltes in Berlin alles sehr aufmerksam beobachtete und was er sah, hörte und las, zur Warnung und zum Nutzen der breiten Bevölkerungsschichten veröffentlichte.

Die deutsche Gefahr!

An die deutsche Gefahr denkend, sehen wir stets nur die militärische Macht Preußens, welche jeden Augenblick bereit ist, den Fehdehandschuh nach rechts

oder nach links hinzuwerfen, welche mit dem Säbel und den Sporen raffelt und mit der eisernen Faust droht. Die kriegerischen Reden Kaiser Wilhelms II. und die kriegerischen Artikel und Broschüren deutscher Schriftsteller halten diese beunruhigende Stimmung aufrecht, indem sie von Zeit zu Zeit in die Friedensstille Europas dumpfe Töne der Kriegsschallmei hineinbringen: „Wenn jemand von Euch des Schutzes bedarf, — sagte Kaiser Wilhelm zu den Deutschen in Jerusalem — ich bin immer da.“ Bei jeder Gelegenheit zuckt der Herrscher des Deutschen Reiches mit dem Schwert und dieses Zucken droht: „Versuchet, mir in den Weg zu kommen und Ihr werdet meiner Faust, meiner Armee begegnen.“

Ängstlich blicken wir auf die fortwährend zunehmende Militärmacht Preußens und achten nicht auf eine andere, viel größere Gefahr.

Mögen die in der Koszowski'schen Broschüre gesammelt gesammelten Angaben und zusammengestellten Zahlen dazu beitragen, daß wir uns in der gegenwärtigen inneren Lage Deutschlands orientieren.

„Am Jahre 1870 — schreibt Koszowski — besaß Deutschland kaum 20 000 Kilometer Eisenbahnen, im Jahre 1902 stieg diese Ziffer auf 51 654 Kilometer breitspuriger und 1879 Kilometer schmalspuriger Eisenbahnen (mehr als Rußland und Frankreich). Alle diese Bahnen führten alle möglichen Bequemlichkeiten der Neuzeit bei sich ein und haben in dieser Richtung andere zivilisierte Länder überflügelt, wodurch sie in die Handelsbewegung einen mächtigen Aufschwung hineinbrachten.

Im Jahre 1870 besaß Deutschland fast gar keine innere Flußschiffahrt; zurzeit verfügt es über 14 366 Kilometer Wasserverkehrswege. Aunderthalb Milliarden Mark gab es seit dem französischen Kriege für Kanalbauten und Flußregulierungen aus.

Diese vorzüglichsten und vortrefflich bedienten, die Bewunderung sogar der Vereinigten Staaten Amerikas erweckenden Wasserstraßen erleichterten den inneren Austausch, ermöglichten den Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem europäischen Weltmarkte und brachten Deutschland dem Meere näher.

Bis zum Jahre 1870 war Deutschland ein ausschließlich kontinentales Reich. Und jetzt? Im Laufe von dreißig Jahren hat sich die deutsche Handelsmarine um 250% vergrößert. Sie nimmt zurzeit die zweite Stelle in der Welt ein und ist um 2 300 000 Tonnen größer, als die französische. Die mächtigsten Seetransport-Gesellschaften, die „Hamburg-Amerika-Linie“ und der „Norddeutsche Lloyd“, segeln unter deutscher Flagge.

Vor dem französischen Kriege arbeiteten die Deutschen hauptsächlich innerhalb der Grenzen ihres Vaterlandes, jetzt wimmelt es von ihnen überall. Wie eine Riesenarmee rühriger, fleißiger Ameisen zerstreuen sie sich über den ganzen Erdball, überall Netze ihres Handels und ihrer Industrie auswerfend. Österreich-Ungarn ist eine „Handelsfiliale“ Deutschlands, in Serbien und in Italien befinden sich alle Hotels und Caféhäuser, alle Wein- und Getreidehandlungen, Petroleum- und chemischen Düngerniederlagen, ja sogar alle größeren Bankgeschäfte in deutschen Händen, in der Schweiz beträgt die deutsche Einfuhr jährlich über 300 Millionen Mark; Holland ist ein Transitweg zwischen Deutschland und der übrigen Welt geworden; Norwegen und Dänemark beziehen alle Kolonialwaren aus Hamburg; Spanien kauft alle Papier-, Leder- und Parfümerieerzeugnisse in Deutschland; in der Türkei und in Griechenland bauen die Deutschen Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gasanstalten, Wasserleitungen, Hotels, Caféhäuser und Kaufläden; in Rumänien gehört der dritte Teil aller Fabriken den Söhnen Germaniens; Rußland

liefern die Deutschen: Geld, Industrielle, ja sogar Generäle und Staatsmänner. Und so weiter . . .

Was bedeuten die mehr als sprechenden denn geradezu in die Augen fallenden, laut schreienden Zahlen und Angaben? Sie bestätigen die allmähliche, systematische, friedliche Eroberung Europas durch die deutsche Arbeit.

Die Deutschen verrichten seit dreißig Jahren eine Riesenarbeit. Im ersten Augenblick nach dem französischen Feldzuge, von dem Goldregen der Milliarden des besiegten Frankreichs überschüttet, verloren sie den Kopf, die Besonnenheit. Durch die ungewöhnliche Kriegsenttäuschung geblendet, glaubten sie so reich zu sein, daß sie das Leben mit verschränkten Armen genießen könnten. Diese Täuschung jedoch war von kurzer Dauer. Verschiedene Krache im Jahre 1873 ernüchterten die sieges- und milliardengetrunkenen „deutschen Michel“. Nüchtern geworden, gingen sie wieder eifrig an die Arbeit. Die angewandte Wissenschaft, der Handel und die Industrie brachten Deutschland größere und sichere Errungenschaften ein, als ein glücklicher Krieg.

Und dieses ist die „deutsche Gefahr“. Sie heißt: Arbeitsamkeit, System und Ausdauer der Nation, die da weiß, daß man mit sentimentalen Redensarten nichts erreicht.

Ein Erfindungstalent besitzen die Deutschen nicht; sie verstehen hauptsächlich zu sehen, zu hören, zu beobachten, zu lernen, fremde Erfindungen und Erfahrungen sich anzueignen und im Leben zur Anwendung zu bringen. Diese, an zweiter Stelle kommende, durch emsige Arbeit unterstützte Fähigkeit genügt zur wirtschaftlichen Eroberung der Welt im Laufe von dreißig Jahren. Denn nicht nur in Europa wirtschaften deutscher Handel und deutsche Industrie, wie bei sich zu Hause; der ganze Erdball, von Lappland an bis Patagonien, ist zu einer gefügigen Arena für den Stolz und Unternehmungsgeist deutscher Kaufleute geworden. Transvaal ist der beste Abnehmer des Hamburger Handels; in China, in Hongkong, Tientsin, Shanghai usw. verkauft der deutsche Geschäftsmann Waffen, Munition, chemische Erzeugnisse, baumwollene und wollene Waren sowie Eisenfabrikate; auf den Mariannen-, Karolinen-, Sunda- und Philippineninseln bewegt sich der „Michel“ so frei, wie bei sich zu Hause; in den Hauptzentren der Türkei, Palästinas, Syriens, Persiens, Siams, Indochinas verdrängt er allmählich den Engländer und den Franzosen auf den zweiten Platz; das gleiche geschieht in Australien und Amerika. „Mein Anzug ist deutsch“ — beschwert sich der englische Konsul in Aleppo — „die Stühle in meinem Amtszimmer sind aus einer deutschen Fabrik, meine Federn, Polster und mein Papier stammen aus Deutschland usw.“

Es ist kein Wunder, daß so riesige Erfolge der Mühe und Arbeit den deutschen Ehrgeiz zu einem für andere Nationen unerträglichem Umfange habe anwachsen lassen, denn der Mensch verdirbt, wird anmaßend, wenn es ihm gut geht. Nicht der Kaiser allein raffelt von Zeit zu Zeit mit dem Säbel und droht mit der eisernen Faust. Die ganze deutsche Nation, Presse, die Wissenschaften und Vereinskörper reizen fortwährend den Ehrgeiz ihrer Landsleute an, indem sie ihnen einreden, daß die Vermehrungskräfte der Deutschen einerseits, das Genie ihrer methodischen Arbeit andererseits — die germanische Rasse auf den großen Weg der Welteroberung drängen und führen. Der Geschichtsschreiber des deutschen Imperialismus, Professor v. Treitschke, sagte: „Wenn die deutsche Fahne das Riesenimperium zudecken und beschützen wird, wenn wird das Szepter der Welt gehören? Wird nicht den Deutschen die Mission zuteil werden, der Welt den Frieden zu sichern? Rußland, der Riesenkoloss auf

tönernen Füßen, welcher eben erst in der Bildung begriffen ist, wird mit wirtschaftlichen und inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben. England, der Kolonien beraubt, wird sich in fruchtlosen Kämpfen erschöpfen. Frankreich, durch innere Zwistigkeiten und Parteikämpfe zerrüttet, geht auf schiefer Ebene seinem endgültigen Untergange entgegen. Deutschland, mit welchem sich Österreich, falls es existieren will, vereinigen muß, gehört also die Zukunft.“

Wir Polen lieben die Deutschen nicht, worüber sich niemand wundern kann, denn die Deutschen tun alles, um sich uns abgeneigt zu machen. Das Übergewicht der politischen und wirtschaftlichen Macht benutzend, treten sie den unbarmherzig daniederliegenden Schwächeren mit den Füßen, mißhandelnd ihn mit der auf materialistischer Doktrin des Kampfes ums Dasein sich stützenden Brutalität der Staatsraison. Aber die uns innewohnende natürliche Abneigung gegen den persönlichen Feind darf uns nicht die wirklichen Vorzüge dieser starken Rasse verbergen, welche mit der Ausdauer einer systematischen Arbeit dem bestimmten Ziele zustrebt.

Ohne große Mühe kommt man nicht zu großen Erfolgen nach irgend einer Richtung hin. Aus der sandigen Mark Brandenburg wird man nicht zur Beherrscherin von Ländern und Meeren — durch Unordnung und Trägheit. Zu einem derartigen Gebäude tragen zielbewußte Arbeit und echter Bürgersinn einer Reihe von Generationen bei. Man muß eine längere Zeit unter den Deutschen gelebt haben, um die Seele dieser „harten“ Nation zu verstehen, welche über Leichen und Ruinen schwächerer Gesellschaften ihrem Ziele zustrebt.

Die Deutschen besitzen, außer der Arbeitsamkeit und Ausdauer, noch eine Tugend, welche ihnen das Übergewicht, namentlich über die slawische Rasse verleiht. Diese Tugend ist das hohe Pflichtgefühl, aus welchem entspringen: Genauigkeit, Sorgfalt bei jeder Arbeit, Worthalten, Solidität in Handelsjachen und politischer Zusammenschluß angesichts des Feindes. Der Deutsche macht alles gründlich, hält die Termine mit der Pünktlichkeit einer Uhr inne, er kennt genau das Einmaleins, er vergeudet nicht die Zeit und zieht Nutzen aus allem, was wir Slaven niemals verstanden. Wir sind jähiger, rühriger, empfindlicher, gesellschaftlich geschmeidiger, als er, aber was ist die Fähigkeit selbst eines Genies ohne ausdauernde Arbeit? Ein schönes Feuerwerk, welches schnell erlischt.

So glaubt nicht nur Treitschke. So glaubt jeder Philister, jeder deutsche Krämer und daher jene unerbittliche deutsche Rücksichtslosigkeit im Verhältnis zu den schwächeren, besiegten Rassen, die sich „Germaniens Mission“ widerlegen. Jeder Widerstand muß zertreten, mit der Macht gebrochen werden. Der Siegeszug der Allherrschaft verträgt keine menschenfreundlichen Gefühle und Begriffe; er strebt „per fas et nefas“ zu seinem Ziele. Die alte, trübe römische Drohung: *vae victis!* ist der Inhalt der deutschen Politik.

Der Wirtschaftsplan des Staates, die Wissenschaft, das Schulwesen, die Handelsorganisation, der Kredit, die Armee, Politik und die Besiedlungsfähigkeit, die Vermehrungskräfte der Bevölkerung, endlich die Einigkeit der Nation und des Staates, dies alles dient zur Zeit in Deutschland der friedlichen Eroberung der Welt durch Deutschland. Andere Nationen träumen von allgemeiner Abrüstung, wollen die Bedeutung des Heeres verkleinern, die deutsche Regierung aber vergrößert fortwährend ihre Kriegsmacht, was von der Nation beifällig aufgenommen wird, indem sie gern die Militärkredite bewilligt, denn sie weiß, daß die wirtschaftliche Macht sich nur unter dem Schutze der militärischen und politischen Macht günstig und dauernd

entwickelt. Sogar die deutschen Sozialdemokraten (Bebel) ziehen die auf Militarismus gestützte Regierung einer Republik, nach Art der französischen, vor.

Alles geht in Deutschland darauf hinaus, die deutsche Schaffenskraft zu heben, zu vervollkommen, in der ganzen Welt zu verbreiten und auf diese Weise den deutschen Einfluß politisch und sittlich festzulegen.“

Noch niemand hat bei uns über die Deutschen so geschrieben, wie Bolesl. Koskowsk, denn niemand hatte den Mut, dem bei uns volkstümlich gewordenen Deutschenhass die nackte Wahrheit gegenüberzustellen. Wenn von den Deutschen die Rede ist, so begnügen sich gewöhnlich unsere Publizisten damit, ihnen eine Handvoll kräftiger Worte und gehässiger Redensarten, nach Art eines verächtlichen Fußtritts, entgegenzuschleudern, glaubend, daß sie auf diese Weise ihrer patriotischen Pflicht genügen.

Dies ist eine bequeme und angenehme Methode, denn sie ruft stets den Beifall der kritiklosen Volksmengen hervor, aber sie ist ohnmächtig, geradezu kindisch in dem Kampfe mit dem mächtigen Gegner. Denn was kann Großdeutschland der rat- und tatenlose Arger eines Besiegten angehen? So viel, wie das Summen einer Fliege. Koskowsk änderte die Methode. Anstatt über die Deutschen herzufallen, ihnen mit der Zehe im Stiefel zu drohen, deckte er deren Macht auf, wies auf die Quellen, die Ursachen dieses unerhörten wirtschaftlichen Aufschwungs hin, welcher sogar die Amerikaner, diese Meister des Unternehmungsgeistes und der Waghalsigkeit, in Staunen versetzte. Er zeigte, wie weit eine national einheitliche, in allgemeinen Angelegenheiten zur nationalen Solidarität sich bekennende Nation es bringen kann, wenn sie auf dem Wege angestrengter, systematischer, wissenschaftlich und kulturell geführter Arbeit fortschreitet.

Nachdem er die Methode geändert, schwamm Koskowsk gegen den volkstümlichen Strom, womit er sich wahrscheinlich die Entrüstung solcher Patrioten zuschieben wird, die da meinen, es genüge, einen mächtigen Riesen in die Waden zu beißen, um ihn tödlich zu verletzen; die vernünftigen Leser jedoch, die sich durch Redensarten nicht täuschen, nicht blenden lassen, werden sicherlich ihm Beifall spenden und schmerzgefüllten Herzens über dessen „deutsche Gefahr“ nachdenken.

Denn am Kopfe dieser interessanten und überaus bemerkenswerten Broschüre steht mit glänzend-feurigen Buchstaben die Lehre geschrieben: „Anstatt die Deutschen zu beschimpfen und sie zu verleumden, lernet lieber von ihnen, anstatt sie mit Worten zu hassen, hasset sie mit der Arbeit, mit dem vernünftigen Wettbewerb, mit systematischer Selbsthilfe! Anstatt zu schwätzen, handelt!“

Es ist dies eine schmerzliche Lehre für uns, die wir so viel sprechen und so wenig handeln, die wir uns für schöne Redensarten so leicht und so gern begeistern, so selten aber nüchtern und überlegt denken.

Dies ist eine zeitgemäße, brennende Lehre, denn die „deutsche Gefahr“ wird sich uns bald in ihrer ganzen Arbeits-, Wissenschaft-, Kultur- und Systemrüstung zeigen.

Die durch die friedlichen Siegesfortschritte der Deutschen in Amerika stutzig gemachten Yankee werden auf ihre Art sich den Michel vornehmen, — die kleinen Japaner, nachdem sie die Chinesen aufgewiegelt, werden ihm nicht gestatten, sich in Asien breitzumachen. Dann wird sich Deutschland mit seiner ganzen wirtschaftlichen Macht auf das östliche Europa, auf Rußland werfen, dieses östlichen Europas, dieses Rußlands Schwelle aber bilden wir!

Mögen deshalb unsere Macher sich die Koskowskische Broschüre aufmerksam durchlesen und beizeiten Mittel der Selbsthilfe schaffen. —

Aus Nr. 11 des Kraj (Petersburg)

vom 20. April (3. Mai) 1907:

Allgemeiner Überblick über die jetzige politische Lage in Preussisch-Schlesien.

Aus dem uralten Pflaumenlande, ergreifen wir zum erstenmal in den Spalten dieses Blattes das Wort und geben uns der Hoffnung hin, daß alle aus dem wenig bekannten, von seinen nächsten Nachbarn sogar vergessenen, gewissermaßen verachteten Ländchen kommenden Nachrichten in den stammverwandten Herzen einen Widerhall finden und, sich öfters wiederholend, allmählich lebhafteres Interesse, lebhafteres Mitgefühl mit dem am meisten nach dem germanischen Westen vorgeschobenen Posten des polnischen Elements hervorgerufen und vielleicht einen festen Freundschaftsbund zwischen den, wiewohl unter ganz anderen Verhältnissen lebenden Brüdern knüpfen werden.

Das sogenannte Oberschlesien in Preußen hat in den letzten vierzig Jahren sehr schwere Zeiten durchgemacht. Der berühmte Kulturkampf, welcher gleich nach dem deutsch-französischen Kriege unter dem „eisernen Reichskanzler“ in Preußen ausbrach, richtete seine Hauptspitze gerade gegen die östlichen, echt katholischen und polnischen, an der Warthe und der Oder gelegenen Landesteile. Die schreckliche religiöse und nationale Verfolgung verschonte auch Schlesien nicht; doch allen Mutmaßungen der unerbittlichen Feinde entgegen hat sie, anstatt die Anhänglichkeit an den Glauben der Väter zu unterdrücken und die verhasste Sprache des slawischen Volksstammes auszurotten, bewirkt, daß auch hier unter dem unbarmherzigen Drucke zugleich mit der feurigen Hebung des religiösen Geistes auch ein warmes Nationalgefühl erwachte, welches jetzt schon aus eigener Kraft entsteht, sich hebt, immer zielbewußter und energischer seine väterlichen Rechte fordert, seine teuersten Schätze und sein unzerstörbares, uraltes Hab und Gut verteidigt.

Zwecks besserer Information müssen wir hier die amtlichen statistischen Zahlen anführen, welche das Verhältnis der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu der deutschen nachweisen.

Auf 1000 Einwohner zählt:

1. Kreis Pleß	882,8	Polen
2. „ Ols	863,9	„
3. „ Rybnik	843,7	„
4. „ Lublinitz	841,2	„
5. „ Gr.-Strehlitz	824,8	„
6. „ Kosel	819,5	„
7. „ Tarnowitz	771,4	„
8. „ Beuthen (Land)	749,7	„
9. „ Zabrze	738,3	„
10. „ Oppeln	701,0	„
11. „ Ratowiz	697,9	„
12. „ Kreuzburg	687,6	„
13. „ Gleiwitz	678,7	„
14. „ Beuthen (Stadt)	478,0	„
15. „ Neustadt a. O.	476,1	„
16. „ Ratibor	452,4	„
17. „ Falkenberg	96,8	„
18. „ Leobischütz	57,5	„

Während des Kulturkampfes, durch mehr denn dreißig Jahre, wählte dieses polnische Volk mit vollem Vertrauen und bewundernswerter Ausdauer sowohl in den preussischen Landtag als auch in den deutschen Reichstag Abgeordnete des Zentrums, einer zwar echt katholischen Partei, aber mit ausdrücklichem deutschen Gepräge. Dieses anfangs anscheinend sehr merkwürdige Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu den deutschen Abgeordneten dauerte unerschütterlich während des ganzen Kulturkampfes, weil die Zentrumspartei, eng mit den polnischen Abgeordneten verbunden, damals

nicht nur die angegriffenen Rechte der katholischen Kirche in Schutz nahm, sondern auch bei jeder Gelegenheit mutig und mit ausgesprochenem Eifer für die hintangesetzte Muttersprache der polnischen Bevölkerung in Schlesien Partei ergriff.

Nach dem Kulturkampfe beginnt die Politik der Zentrumspartei in Schlesien sich zu ändern. Namentlich fingen deren Anführer, nachdem sie von der Regierung bedeutende Zugeständnisse auf kirchlichem Gebiete erhalten, vor den mächtigen Einflüssen der höchsten Staats- und Kirchenwürdenträger sich beugend, jetzt in heuchlerischer Weise an, sich die berechtigten Forderungen der polnischen Bevölkerung mit anscheinend wohlwollenden, süßen Worten vom Halse zu schaffen, sich aber jeder energischen Aktion zum Schutze des Polentums zu enthalten, um sich nur nicht der Ungnade der höheren Kreise auszusetzen.

Jede Erscheinung des Nationallebens, jeden Protest gegen das Joch der ungebetenen Vormünder und der unberufenen Usurpatoren brandmarken die schlesischen deutschen katholischen Geistlichen mit der verleumderischen Bezeichnung einer großpolnischen Agitation und eines revolutionären Landesverrats, obwohl jeder Pole, der noch seine fünf gesunden Sinne hat, an eine Losreißung Schlesiens vom Deutschen Reiche nicht denkt.

Während des Kulturkampfes veranstaltete noch das schlesische Zentrum katholische Volksversammlungen in Oberschlesien, an denen sich unser Volk, unter der Führung der Geistlichkeit, sehr eifrig beteiligte, jetzt, nach Beendigung der kirchlichen Zwistigkeiten, wurden sie willkürlich, in einer der Gerechtigkeit hohnsprechenden Weise aufgehoben, damit kein Ton der polnischen Sprache in diesen Volksversammlungen erschalle und nicht die wirklich kindischen Täuschungen in der preussischen Hauptstadt vernichte, daß Oberschlesien sich bereits vollständig in das deutsche Gewand gekleidet habe.

Nur beiläufig können wir heute noch des nichtswürdigen Verhaltens der schlesischen Zentrumspartei den polnischen Redaktionen in Schlesien gegenüber erwähnen. Die unabhängigen, auf katholischer Unterlage aufgebauten schlesischen Blätter verteidigen tapfer, dauernd und mit bewunderungswürdiger Aufopferung das bedrückte Volk, deren Redakteure zahlen Tausende von Mark für die angeblichen Preßvergehen, verbüßen Monate lang Gefängnisstrafen, ertragen alle die Leiden und Strafen aber mit stoischer Ruhe — ausschließlich für das polnische Volk. Welcher Taktik aber bedient sich ihnen gegenüber konsequent die Zentrumspartei, welche immer noch als Verteidigerin und Beschützerin des polnischen Volkes gelten will? Sie bewirkt die polnischen Redakteure mit Schmutz, spricht ihnen Trennung und Glauben ab, nimmt sogar keinen Anstand, sie bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, kurz, sie bemüht sich, mit allen erlaubten, noch öfter mit weniger erlaubten Mitteln die polnische Presse zu vernichten.

Heute ist es ein öffentliches Geheimnis, daß das schlesische Zentrum tatsächlich, unter dem diplomatischen Deckmantel großen Wohlwollens für das polnische Volk, Anhänger einer allmählichen Germanisierung Oberschlesiens ist!

Aber noch frühzeitig genug erkannte unser Volk in Oberschlesien den gefährlichen Wolf in Schafszellen. Gelegentlich der Reichstagswahlen vor drei Jahren erhoben die Polen gegen ihren bösen, heuchlerischen Beschützer mit fast 50 000 Stimmen Protest, indem sie aus ihrer Mitte zwei nationale Abgeordnete gewählt hatten, jetzt haben sie bei der letzten, im Januar und Februar d. J. stattgefundenen Reichstagswahl einen viel glänzenderen Sieg davongetragen, denn sie haben mit beinahe 120 000 Stimmen fünf ihrer Kandidaten durchgebracht. Dieser Sieg gewinnt eine um

so größere Bedeutung, als ihm das polnische Volk ausschließlich mit eigenen Kräften gegen alle feindlichen Parteien errang, welche, von der Regierung offenkundig unterstützt, jede Agitationsfreiheit benutzend, mit unerhörter Hestigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen unsere Wahlkandidaten geschlossen auftraten.

Auf diese Weise bildet das Ergebnis der letzten Wahlen in Oberschlesien nicht nur das Urteil der Verdammung des verräterischen Verhaltens der schlesischen Zentrumspartei, welche in unbegreiflicher Verblendung sich selbst ein Grab gegraben, sondern auch einen lauten Protest gegen die, die Entnationalisierung der Polen bezweckende Regierungspolitik, eine Kundgebung, welche das polnische Volk der ganzen Welt veröffentlichte, daß die gemeinsame Bedrückung und Verfolgung die Polen in den Provinzen Posen und Westpreußen durch eine ewig unzerreißbare Kette mit den oberchlesischen Brüdern zu einer Schar tapferer Nationalkrieger zusammenzuschmiedete!

Topor.

Aus Nr. 206
des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 4. Mai 1907:

Das zweite Jahr des Kulturkampfes.

Als wir das letzte Mal über den Schulstreik in den preußischen Landesteilen berichteten, stellten wir dessen Nachlassen am Ende des abgelaufenen Schuljahres fest und äußerten uns mutmaßlich dahin, daß er nach Ostern, mit dem Beginn des neuen Schuljahres, wieder zunehmen werde.

Diese Vermutung erwies sich als richtig. Nach Mitteilungen der Posener Blätter nimmt die Zahl der Kinder, welche in der Religionsstunde auf die an sie gerichteten Fragen nicht deutsch antworten, immer mehr zu, und diese Erscheinung umfaßt immer neue Dörfer.

Der Umstand, daß eine große Anzahl von Kindern, welche die gesetzlich vorgeschriebene Lehrzeit bereits zurückgelegt und das 14. Lebensjahr beendet hatten, trotz Verpfehlungen nicht entlassen worden sind, hat, den Erwartungen der Regierung entgegen, nicht zur Milderung, sondern zur Zuspitzung der Angelegenheit beigetragen.

Auf die Weise beginnt im preußischen Anteil, in vielen Schulen, das zweite Schuljahr ohne den Religionsunterricht.

Diese Tatsache, welche in jedem zivilisierten Staate die pädagogischen und politischen Behörden zu tieferen Betrachtungen veranlassen würde, begegnet seitens der preußischen Regierung einer Reaktion, welcher selbst deutsche Blätter Tiefe, ja sogar Erfolg absprechen.

Die preußische Regierung hat nämlich dem zunehmenden Schulstreik gegenüber keine anderen Mittel ausfindig gemacht, als eine noch energischere Aufzucht der Schulbehörden zur Durchführung der körperlichen Züchtigung in strenger Weise und Festsetzung noch größerer Exekutivstrafen gegen die Eltern der streitenden Kinder. Eins der amtlichen Kreisblätter kündigt sogar, trotz entgegengesetzter Ansicht des Berliner Kammergerichts, an, daß man wieder anfangen werde, den Eltern die Kinder zur Zwangserziehung fortzunehmen.

Namentlich trat in Westpreußen mit dem erneut auftretenden Schulstreik ein sehr weit gehender Eifer der Regierungsorgane bei der Verschärfung der bisherigen Schulstrafen in die Erscheinung.

Eine derartige Stellungnahme der preußischen Regierung, die sich zur Lösung der Schulfrage in den

polnischen Landesteilen nur zur Mißhandlung der Kinder und Veranbarung der elterlichen Taschen emporzuschwingen verstand, beweist im Grunde genommen eine kompromittierende Ratlosigkeit dieser Regierung angesichts des Widerstandes unserer Gesamtheit. Dem letzten Einfall, junge deutsche Lehrer nach militärischer Art, binnen weniger Tage, aus ihrer Heimat im Westen Deutschlands nach der Provinz Posen zu versetzen, kann zwar eine gewisse traurige Originalität nicht abgesprochen werden, aber auch er bereitigt nicht die Behauptung, daß die preußische Regierung immer ratloser dasteht. Nur durch eine starke Nervosität der königlichen preußischen Regierung läßt sich eine derartige Mobilmachung erklären, welche vor der Welt die Tatsache enthüllt, daß es in der Provinz Posen Preußen bereits an willigen Lehrern mangelt; der Regierung kann aber eine derartige Mobilmachung, eine wirkliche Hilfe nicht bringen, denn es ist doch klar, daß die so nach militärischer Art aus ihrer Heimat herausgerissenen westfälischen Lehrer keine besondere Vorliebe für den Regierungsdienst gegen die Polen in der Provinz Posen gewinnen werden.

Obwohl daher nicht angenommen werden kann, die Regierung könnte die Widerspenstigen bezwingen, wenn nach jahrelanger Anwendung derartiger Mittel keine von der Regierung bezweckten Erfolge zu sehen sind, so ist es trotzdem erforderlich, gerade jetzt zu Anfang des Schuljahres alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die materiellen Folgen der Schulstreifen zu vermindern und die Energie des Schulstreiks zu heben.

Es muß zugegeben werden, daß entgegen den Berichten der deutschen, insbesondere der katolischen Blätter über die außerordentliche Solidarität der Polen und über die sehr erfolgreiche Hilfe, welche Großpolen angeblich von den polnischen, politischen Organisationen in den anderen Landesteilen zuteil wird, die wirkliche Hilfe des russischen und österreichischen Anteils in dem verflochtenen ersten Jahre des Schulstreiks tatsächlich beschämend klein war.

Sogar zu der Verminderung der materiellen Verluste des Schulstreiks haben wir in einer sehr knappen Weise beigetragen und die Beiträge, welche z. B. bei den galizischen Blättern für die Opfer des Schulstreiks im Laufe des Jahres eingegangen sind, waren wahrscheinlich kleiner, als die Zahl, welche die schlesische Zeitung den angeblich ersten Beitrag Galiziens für den Schulstreik genannt hatte.

Angesichts dessen, daß der Bedarf wächst, werden wir ernstlich daran denken müssen, Mittel aufzubringen, welche nicht nur die Verluste decken, sondern auch den Kulturkampf im preußischen Anteil in der umfassendsten Bedeutung des Wortes unterstützen könnten.

Die Notwendigkeit einer derartigen großstiligen kulturellen Aktion in Galizien ist um so größer, als sich, angesichts der zurzeit in Preußen herrschenden Zustände, der beste Teil unser dortigen Intelligenz nach Galizien zurückgezogen hat. Die hervorragendsten Leute der Wissenschaft und Vertreter der Kunst flüchteten zu uns, infolgedessen die preußischen Landesteile in kultureller Hinsicht durch die Deutschen stark bedroht worden sind. Die selbständige polnische Geistes schöpfung ging ungemein herunter, andererseits stieg der Einfluß der fremden deutschen Kultur in erschreckender Weise.

Wir enthalten uns vorläufig jeglicher besonderer Vorschläge in dieser Sache, machen jedoch nachdrücklichst auf die Tragweite dieser Frage aufmerksam.

Außer den Beitrags sammlungen im Königreich Polen und in Galizien zur Unterstützung des Kulturkampfes in Preußen und außer der Organisation einer zielbewußten kulturellen Aktion zur Stärkung und Hebung der polnischen geistigen Bewegung im preuß-

hüchen Anteil, muß unsere Gesellschaft ernster, wie bisher, darauf Bedacht nehmen, daß die Informationen, namentlich über den Kulturkampf in Preußen, in erschöpfender und wahrheitsgetreuer Form in der ganzen zivilisierten Welt verbreitet werden.

Dies ist nicht so sehr mit Rücksicht auf die sittlichen Vorteile unserer Nation erwünscht, als es äußerst wichtig ist mit Rücksicht auf die preußische Politik, welche sich ohnehin keiner großen Erfolge rühmen kann und für welche die Zuspitzung der polnischen Frage in der öffentlichen Meinung sicherlich nicht von Vorteil sein wird.

Schließlich ist es sehr erwünscht, daß wir unsere politische Stellung in dem österreichischen Staate in größerem Umfange, wie bis jetzt, zwecks Förderung unserer Gesellschaft in ihrem Kampfe mit der preußischen Regierung ausnutzen. Jetzt, wo Galizien mit den Vorarbeiten zu den Wahlen beschäftigt ist, geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß die hier zum Ausdruck gebrachten Forderungen sofort verwirklicht werden könnten; nach einigen Wochen jedoch werden wir die Hände frei haben.

Aus Nr. 215 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 10. Mai 1907:

Die kulturelle Germanisierung.

Posen, den 8. Mai.

Die bisherige, auf einen rücksichtslosen, brutalen und rein mechanischen Staatszwang sich stützende antipolnische Politik hat fast keine positiven Ergebnisse gebracht, im Gegenteil, ihr Bankrott wird tagtäglich immer ersichtlicher. Dieser ganze Apparat von Ausnahmegesetzen, Polizeischikanen, Regierungs- und Exekutivstrafen, im Grunde genommen auf rein physische Übermacht sich stützend, hat sich den Polen gegenüber als erfolglos erwiesen. Ja, dieses System kann die Polen nicht nur nicht germanisieren, sondern fügt auch der deutschen Gesamtheit noch Schaden zu. Indem es den Polen nicht die Macht der eigenen Gesamtheit, sondern einen künstlichen Apparat von staatlichen Exekutivmitteln entgegenstellt, schwächt das preußische System die Macht dieser Gesamtheit in den Ostmarken, verringert deren wirtschaftlichen und sittlichen Wert, kurz es führt deren Desorganisation in jeder Hinsicht herbei. Die von der Ansiedelungs-Kommission angeworbenen deutschen Ansiedler sind Leute, die zu uns kommen und Grund und Boden nicht aus deutschem Patriotismus sondern aus deutscher Gefräßigkeit und Habgier erwerben. Sie erhalten gleich von der Regierung aus den dem Oberpräsidenten zur Verfügung stehenden Mitteln reichliche Unterstützungen; die Folge davon ist die, daß sie, schnell und leicht zum Gelde gekommen, ihren Beruf vernachlässigen, gewöhnlich in kurzer Zeit das ganze Kapital verbringen, dann von der Regierung neues fordern und je nach dem, ob sie etwas erhalten oder nicht, weiter vegetieren und nicht imstande sind, dem polnischen Wettbewerb die Stirn zu bieten, oder bankrottieren. Dabei reichen die Mittel für alle, die sich melden, nicht aus; es entstehen deshalb Reid und persönliche Mißgunst, Negotismus und schmutzigster Materialismus stehen in vollster Blüte.

Welchen entsetzlichen Einfluß die Ansiedelungspolitik auf die deutschen Landwirte ausgeübt hat, darüber brauchen wir wohl nichts zu sagen; ein grelles Licht auf diese Verhältnisse hat der Prozeß Biedermann geworfen. Wir sahen dort einen verschuldeten Gutsbesitzer, welcher sich unter Bitten und Drohungen

an die Ansiedelungs-Kommission um Hilfe wendet und, als diese nicht reagiert, mit drei Polen wegen des Verkaufs verhandelt, und schließlich zu dem bequemsten Mittel seine Zuflucht nimmt und an einen von Biedermann untergeschobenen Deutschen verkauft; wir sahen dort einen Landrat, welcher hinter den Kulissen eine rührige Tätigkeit zugunsten des unfähigen deutschen Besitzers entwickelt, wir sahen endlich eine ganze Reihe Deutscher mit adligen Namen (unter anderem einen Neffen des Ministers), welche den Polen ihre Dienste für Geld anbieten. Der Staatsanwalt, als Vertreter des preußischen Systems, erlitt in dem Prozesse eine schreckliche Niederlage, Biedermann ging dabei siegreich hervor, an den Pranger gestellt aber wurde die preußische Ansiedelungspolitik, welche solche Besitzer, wie jener Albockorn und solche Agenten des Polentums, wie v. Riesen, v. Thielen, v. Lengerke, Major Hünge und andere züchtete.

Der Prozeß machte in Deutschland einen großen Eindruck, namentlich die liberale Presse bemächtigte sich seiner, um einerseits den verhassten preußischen Junkern am Zeuge zu flicken, andererseits, um die Notwendigkeit der Reform der antipolnischen Politik zu beweisen. Der deutsche Liberalismus (wir sprechen hier nicht von den pseudo-liberalen Nationalliberalen) erkannte stets die Unrichtigkeit und Schädlichkeit der heutigen antipolnischen Politik an, verurteilte von Grund aus als Oppositionselement die Regierungspolitik und unterzog oft ihre Fehler einer scharfen Kritik. Jetzt aber, nachdem sie sich auf die Seite der Regierung gestellt, sind die Herren Freisinnigen bereit, ihren Grundsätzen so manches Zugeständnis zu machen, manches Kompromiß einzugehen mit Verhältnissen, die sie früher rücksichtslos verwarfen.

Der liberal-konservative Nationalblock besitzt ziemlich wenig gemeinsame Stützpunkte, diese müssen deshalb für die Konsolidierung dieser Mehrheit möglichst ausgenützt werden und von solchen Fragen, die sich am besten hierzu eignen, ist zweifellos die polnische Frage. Die Freisinnigen können zwar auch hier die heutige preußische Politik nicht völlig aufheizen, grundsätzlich aber erkennen sie bereits die Notwendigkeit der Germanisierung der Polen an, sie wollen sie nur zu einer mehr kulturellen umgestalten. Sie weisen deshalb auf die Mißerfolge des heutigen Systems hin, wenden sich gegen die heutige, lediglich die deutschen Besitzer bevorzugende Ansiedelungspolitik und entwerfen Pläne für die kulturelle Germanisierungspolitik, indem sie für diese die Regierung und die Konservativen gewinnen wollen, um auf die Weise eine genügend feste Plattform für den nationalen Block zu schaffen. Um hierbei selbst nicht zu kurz zu kommen, verlangen die Liberalen, daß insbesondere die Verwaltung in den Ostmarken durch neue Kräfte aus dem Handel und Gewerbe aufgefrischt werde; eine Forderung, welche mit so großem Nachdruck der ehemalige Oberbürgermeister von Posen, Witting in seiner bekannten Rede gelegentlich der Versammlung der Nationalliberalen aufstellte.

Schon hieraus ist zu ersehen, daß die heutigen Regierungsfreisinnigen den Begriff von der Kultur nicht so ernst nehmen, es ist dies nur ein Deckmantel, unter welchem sie sich in der polnischen Sache mit der Regierung verständigen wollen, ohne scheinbar ihren Grundsätzen untreu zu werden. Das zeigte sich bei der Abstimmung über die Ostmarkenzulagen für die Postbeamten, sowie über den Antrag des Freikonservativen Nzesmitsek betreffend die Einführung von Fortbildungsschulen für die Landjugend der Ostmarken. Beide Mittel haben den Charakter antipolnischer Ausnahmegesetze und in beiden Fällen haben die Freisinnigen, sowohl im Reichs- als auch im Landtage,

für diese Mittel gestimmt, indem sie dies mit den kulturellen Rücksichten begründeten.

Auf diese Weise wird wahrscheinlich der kulturelle, antipolnische Kampf in den jetzigen Verhältnissen nichts ändern; auf dem politischen Gebiete sind die Deutschen einstmals kulturell gewesen. Vorläufig denkt die Regierung auch nicht daran, ihre bisherige Methode aufzugeben. Prozesse gegen die Geistlichen regnet es, wie aus einem Füllhorn. In Ostrowo wurden die Geistlichen: Sucharski, Janas, Hundt und Klementowski zu Geldstrafen, in Schrimm der Pfarrer Jezierski zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt und heute stand in Posen ein großer Prozeß gegen den Probst Theophil Gapezynski aus Rogasen an, in welchem dieser warme geistliche Patriot zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde! Es ist dies die höchste Gefängnisstrafe, welche gegen einen der Geistlichen festgesetzt wurde! Die kulturelle antipolnische Politik liegt anscheinend noch in einer sehr fernen Zukunft. . . .

Aus Nr. 196 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 29. April 1907:

Die Wichtigkeitserklärung des Mandats des Pfarrers Glowakly.

Es ist möglich, daß noch in dem laufenden Jahre ein sechster polnischer Abgeordneter aus Oberschlesien in den deutschen Reichstag hineinkommt. Aus Berlin erhalten wir nämlich die Nachricht, daß die Wahlprüfungskommission des deutschen Reichstages die Wahl des Abgeordneten Glowakly, welcher in dem Wahlkreise Kofel-Strehlitz in der engeren Wahl gegen den polnischen Kandidaten, Redakteur Siemianowski-Gleiwitz mit einer nur geringen Stimmenmehrheit gewählt wurde, für nichtig erklärt habe. Die Wichtigkeitserklärung des Mandats erfolgte infolge polnischerseits bewiesener Wahlübergriffe, deren sich die deutschen Geistlichen und Staatsbeamten schuldig gemacht haben. Wenn nun auch das Plenum des Reichstages die Wahl des Pfarrers Glowakly für ungültig erklärt, wird in diesem Bezirk eine Ergänzungswahl stattfinden, bei dieser Wahl aber ist, wenn sich die ganze polnische Agitation auf diesen einen Bezirk konzentriert, der Sieg auf polnischer Seite nicht unwahrscheinlich. Durch die eventl. Wahl des Siemianowski würde die polnische Fraktion eine neue tüchtige Kraft erhalten, ein noch größerer Erfolg aber für die polnische Bevölkerung würde die Beseitigung eines so erbitterten Feindes des Polentums, wie es der Renegat Glowakly ist, aus dem Reichstage sein.

Aus Nr. 5 der Ukrainischen Rundschau

(Wien XVII/3), Frauenfelderstraße Nr. 2.

Man weiß, was sie sind.

Von H. Le Mang.

Seit dem Jahre 1830, der Zeit der großen polnischen Revolution, genoß das Polentum die Sympathien des deutschen Volkes und namentlich jener Teile der Bevölkerung Deutschlands, die mit dem Polentum und den polnischen Landen keine direkte Fühlung hatten. Lange Zeit hindurch schwärmte man für die in Düberrnien gehüllten Sarmaten und deutsche Dichter verfaßten die besten Polenlieder. Der linksliberale Deutsche zumal erblickte in den Polen bis nahezu auf die Gegenwart herab Menschen, die für die rührende Treue, mit der sie an ihrem Volkstum hingen, von einer plumpen, preußischen Beamtenhaft geplagt, gemäßregelt und lediglich dadurch zu Feinden des preußisch-deutschen Staates gemacht wurden. Es ist

dies eine Anschauung, die, Gott sei Dank, zwar stark im Schwinden begriffen ist, aber doch noch hin und wieder einmal aufzuflattern versuchte, so noch vor zirka acht Jahren, als Georg Wagner, Chefredakteur der Posener Zeitung, die Broschüre: „Der Polentkoller“ veröffentlichte. Seitdem hat jedoch der Schulstreik der polnischen Schuljugend, besonders seine Entstehung und Schürung, die Sprache der polnischen Presse und die ganze polnische Agitation, aus der der sonst sorgfältig verschleierte Haß gegen das Deutschtum deutlich genug durchleuchtete, erzieherisch und aufklärend gewirkt und, verbunden mit den Berichten der ruthenischen Schriftsteller und Zeitungen, der weichherzigen kosmopolitischen Auffassung des deutschen Volkes einen argen Stoß versetzt. Das wahre Wesen des Polentums, oder vielmehr der Charakter und die Instinkte der führenden polnischen Kreise, der Schlachta, konnte natürlich nach der Lage der Dinge und auf preußischem Boden, bei weitem nicht so scharf hervortreten wie in Galizien, von wo man zunächst, infolge seiner Abgeschlossenheit, nur das erfuhr, was den Herren Polaken bequem war. Denn dieses Galizien, das unmittelbar die Schwelle des Deutschen Reiches berührt und dessen Hauptstadt Lemberg mittels Schnellzuges von Schlesien aus in wenigen Stunden zu erreichen ist, war nur sehr wenigen Deutschen wirklich bekannt. Wenn vor zirka 50 Jahren einer unserer großen Geographen, Leopold von Buch, erklärte: „Galizien ist uns eigentlich noch so unbekannt wie gewisse dunkle Partien Afrikas“, so war dieser Ausspruch fast bis auf die Gegenwart herab berechtigt und dieser Umstand ist von der Schlachta auch mit ausgenützt worden. Infolge dieser Unkenntnis, verbunden mit der politischen Kurzsichtigkeit der deutsch-österreichischen Parlamentarier, wurde Galizien der Schlachta ausgeliefert, und hier begann sie nun nach ihrer Art zu wirtschaften, das Volk auszubeuten und zu polonisieren, um sich hier ein polnisches Piemont zu schaffen; man war hier dabei so recht unter sich und glaubte unbeobachtet zu sein. Die Herren Polen, und die polnischen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus zumal, waren jedoch nicht wenig überrascht, als der Minister von Rheinbaben am 20. Februar 1902 auf die Deklamation des Abgeordneten Gzarinski erwiderte:

„Ich würde auf polnischer Seite sehr vorsichtig mit derartigen Vorwürfen sein. Ich möchte Sie nur einmal bitten, das Augenmerk auf die Zustände in Galizien zu richten, auf das ganze Verfahren, welches die Polen in Galizien üben. Lesen Sie doch die ruthenischen Schriftsteller, da können Sie ein Bild bekommen von den idealen Zuständen, die eine polnische Wirtschaft herbeiführt. Lesen Sie dieses Maß von Bedrückung der kleinbäuerlichen ruthenischen Bevölkerung, den Erodus der ruthenischen Studenten aus Lemberg, weil sie es unter der polnischen Herrschaft nicht mehr aushalten konnten! Und dann, meine Herren von der polnischen Seite, seien Sie etwas bescheidener in ihren Vorwürfen, daß wir Sie unterdrücken.“

Der Graf Agenor von Goluchowski, ebenfalls ein edler Pole, soll darauf durch den österreichischen Botschafter in Berlin Vorstellungen gemacht haben, die jedenfalls nichts zu bedeuten hatten. Bedeutender und wirkungsvoller war dafür das Auftreten des Dr. Sattler im Deutschen Reichstage, der hier die polnische Wirtschaft in Galizien und die ungünstige Lage der dortigen Ruthenen, nicht wie der Minister von Rheinbaben, bloß oberflächlich streifte, sondern eingehend und mit Daten beleuchtete. Das fuhr der Schlachta in die Glieder und Dr. Stanislaus Smolla, Hofrat, Universitätsprofessor, Mitglied des österreichischen Herrenhauses usw. begann sich entrüstet zu regen. „Die Ruthenen und ihre Gönner in Berlin“, lautete die Broschüre, mit der der Herr

f. f. Hofrat namentlich gegen Dr. Sattler zu Felde zog und die Schlachta frei nach Schiller hinstellte als:

Dies Kind, kein Engel ist so rein,
Laßt eurer Huld empfohlen sein!

Ban Smolka bewies in seiner Schrift, daß Galizien zu den Hochburgen der Jesuiten gehört; in echt jesuitischer und dabei larmoyanter Art suchte er die Tatsachen zu verdrehen, findet es indessen dabei ganz selbstverständlich, daß die Polen in Galizien das Heft in der Hand halten. Die Broschüre schließt mit den pathetischen Worten:

„Möge es wenigstens unseren Kindern vergönnt sein, zu erleben, daß von Breschen oder von den Reden des Doktor Sattler — nicht nur außerhalb Deutschlands — sondern auch allgemein unter den Deutschen in einer Weise gesprochen werden möchte, wie heutzutage über Attila oder über die Gehilfen von Torquemada gesprochen wird.“

Nun, was es mit Breschen und mit dem Schulstreik der polnischen Kinder und ihrer Behandlung auf sich hat, das soll hier nicht unbesprochen bleiben, aber wie es in Galizien wirklich aussieht, von welcher Art dort die polnische Wirtschaft ist und wie dort die kleinen und großen polnischen Tyrannen und Schmaroher üppig gedeihen, das schilderte u. a. Roman Sembratowycz in unwiderlegbarer Weise in deutscher Sprache, die er mit Meisterschaft beherrschte, durch Aufsätze, Broschüren, durch sein Buch „Polonia irredenta“ und durch die „Ruthenische Revue“. Dadurch wurden weitere Kreise, namentlich deutsche Journalisten, Schriftsteller und Parlamentarier mit jener Wirtschaft näher bekannt und vermochten sich nun über den Charakter der Schlachta eine richtigere Vorstellung zu machen.

Sembratowycz und seinen wackeren Mitarbeitern*) samt seinen Nachfolgern und Helfern, sowie der in die „Ukrainische Rundschau“ umgewandelten „Ruthenischen Revue“ verdanken wir Deutschen und verdankte Westeuropa erst eine bessere Abschätzung des Polentums und seiner Leistungen da, wo es sich ungeniert und ungehindert ein Menschenalter hindurch, seiner Eigenart gemäß, wieder entwickeln konnte. Daß Galizien dadurch jetzt zum ärmsten, elendesten und verkommensten Lande Europas geworden ist, erzählen uns nicht bloß ruthenische Männer, das bestätigen alle wahrheitsliebenden und wahrhaften polnischen Patrioten, das schilderte bereits wider Willen vor einer Reihe von Jahren ein von der Schlachta als große Autorität anerkannter edler Pole, Szczebanowski, in einer Schrift, die er das „Galizische Elend“ betitelte, die jedoch, weil sie zunächst in polnischer Sprache erschien und bei der damals noch herrschenden Unkenntnis über Galizien in Deutschland so ziemlich unbeachtet geblieben ist; auch wurden von Szczebanowski die Hauptursachen dieses Elends übersehen oder verschwiegen.

Aber als dieser, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete als Autorität geltende Herr mit Hilfe einer von ihm geschaffenen Bank und mit großartiger Unterstützung der galizischen Landesparlamente den Versuch unternahm, das von ihm geschilderte Elend durch Schaffung heimischer Industrien abzuschwächen, erlitt er mit seinen Gehilfen den schmachlichsten Schiffbruch und warum? Weil diesen polnischen Herren diejenigen Eigenschaften fehlen, die zum Gedeihen solcher Unternehmungen unbedingt nötig sind und weil bei der regierenden polnischen Klique nicht diese Eigenschaften, sondern der Chauvinismus entscheidet und die Korruption bei der Schlachta noch dieselbe Rolle spielt wie zur Zeit der polnischen Republik. Und alles das ist uns, ist

wenigstens denen von uns nach und nach endlich klar geworden, die es wissen sollen und es nützlich verwerthen können.

Die polnischen Deklamationen versangen jetzt nicht mehr, alle nur einigermaßen national fühlenden Deutschen wissen, was sie von dieser Art Polentum zu halten haben. Die polnische Wirtschaft in Galizien wird immer mehr der Gradmesser unseres Verhaltens diesen Polen gegenüber sein und wird das Tempo angeben müssen, das wir in der Behandlung unserer eigenen Polen einzuschlagen haben. Warum sollen wir schließlich nicht auch das tun, was diese Polen für Recht halten?

Die Provinz Posen, um die es sich in unserer deutschen Polenfrage doch nur handeln kann, steht unter deutscher Zucht, wird seit 100 Jahren nach deutschem Rechte verwaltet; die deutsche Sprache ist hier Amts- und Staatsprache, und wenn ein Abgeordneter im preussischen Abgeordnetenhaus dem Polen Mizerst zurief: „Es ist überhaupt eine Schande, daß es noch Polen gibt, die nicht deutsch sprechen können“, so spiegelt sich in diesem Ausspruch die allgemeine Auffassung der deutschen Bevölkerung. Den Polen wird deshalb bei uns nichts in den Weg gelegt, und sie werden auch nicht gehindert, sich nach ihrer Eigenart zu entwickeln und ihre Erinnerungen und Sprache zu pflegen; wenn, in übrigens sehr vereinzelt Fällen, dagegen verstoßen wurde, so sind derartige Mißgriffe bei der Verbissenheit und Verschlagenheit der Polen nur zu erklärlich. Ein schließlich an bürokratische Formen gebundenes Beamtentum wird demgegenüber nicht immer gleich das Beste und Wirksamste herausfinden.

Aber was hat dieses preussische Beamtentum und der preussische Staat aus Posen, diesem Teile Großpolens gemacht! Aus diesem verschmusten, elenden Lande und aus seiner von Schlachzigen und jüdischen Besänkern ausgebeuteten, vertierten bäuerlichen Bevölkerung! In Posen herrscht Wohlstand, Ordnung, Gerechtigkeit; der Fortschritt auf materiellem und intellektuellem Gebiete ist in Posen überall in die Augen fallend und ist auch in den russischen Teilen Polens nicht zu übersehen. In Galizien dagegen liegt noch immer der alte Schmutz aufgehäuft und sterben alljährlich über 30 000 Menschen an den Folgen ungenügender Ernährung.

Gewiß ist die Teilung Polens ein unerhörter Gewaltakt gewesen und die Empfindung, welche diese Tatsache in uns wachhält, ist es denn auch, die bisher die Kraft unserer Entschließungen lähmte und uns immer wieder zaudern ließ, die Schlachta nach Gebühr anzufassen. Aber nicht der Fremdling, weder Katharina, noch Kaunitz oder Friedrich der Große, sondern das Polentum selbst, der polnische Adel allein hat einzig Polens Teilung verschuldet. Und dieser Adel benimmt sich jetzt in Galizien noch genau so, wie vor 150 Jahren. Es ist hier noch dieselbe Mißachtung des Rechtes und Gesetzes, sowie jeglicher ernster Arbeit; Schnaps und Korruption beherrschen und verderben Land und Leute. Denn die Schlachta lebt hauptsächlich, direkt oder indirekt, von ihrer Schanfgerechtfame oder dem Schnapsverbrauch und der Beutezug der Schlachzigen auf diesem Gebiete, wobei sie 66 Millionen Gulden erschnappten, wurde zwar in einer unserer angesehensten Wochenchriften den Grenzboten in Nr. 46 und 47 vom Jahre 1903 eingehend besprochen, ist aber von uns Deutschen, die wir damals genug mit uns selbst zu tun hatten, jedenfalls übersehen worden.

In Galizien geschieht darum auch das Menschenmögliche, das Volk zum Schnapstrinken anzuhalten und schon vor 20 Jahren, im Jahre 1887, wies ich in einer Reihe von Schilderungen aus dem ruthenischen Osten Galiziens auf die Verheerungen hin, welche der Schnaps dort unter der Bevölkerung anrichtete, auf die

*) Der Ausschuß des ruthenischen Landeswahlkomitees, der das Buch „Die Reichsratswahlen in Ostgalizien“ im Jahre 1898 veröffentlichte, darf hierbei nicht unerwähnt bleiben. Ann. d. Verf.

verhängnisvolle Rolle, die er im ganzen Volke spielt und daß der Schnaps allein das dortige, einst starke und kräftige Landvolk derart entnervt, daß es der österreichischen Monarchie jetzt nur noch die kleinsten, schwächsten und wenigsten Rekruten liefert. *)

Den Lesern der „Ukrainischen Rundschau“ und den Beratern und Vertretern der ruthenischen Bevölkerung Galiziens sagen wir hier nur zu Bekanntes und weisen auf Verhältnisse hin, unter denen sie so zu leiden haben, daß sie oft verzweifeln möchten; wir tun das jedoch nur um zu zeigen, daß uns die galizischen Verhältnisse jetzt nicht mehr gleichgültig oder unbekannt sind, daß sie auf uns, wie schon erwähnt, eine Wirkung ausüben, die bei aller Rücksichtnahme auf den österreichischen Gesamtstaat das Polentum dortselbst auch empfindlich berühren muß. Wir lernten es kennen! Was soll man z. B. dazu sagen, wenn selbst so ein polnischer Professor und f. f. Hofrat wie Pan Smolka, die Vorgänge in Breschen mit den Taten Attilas und Torquemadas in Zusammenhang bringt? Ja was ist denn dort geschehen? Die Regierung, durch die Intriguen der Schlachta dazu gedrängt, verlangt, daß in der preußischen Provinz Posen der Religionsunterricht und zwar, wohlgemerkt, nur in den obersten Klassen der Volksschulen in deutscher Sprache erteilt wird und ob dieser selbstverständlichen Forderung in einem Landesteile wo ein reichliches Drittel der Bevölkerung ohnehin deutscher Nationalität ist, hat man dann einen Kinder-Aufstand „angezettelt“ und zwar unter dem Deckmantel der Religion und einige fanatisierte Weiber, die sich wie Megären benahmen, sind dabei mit Gefängnis bestraft, aber doch deshalb, nach Art deutscher Justiz, rücksichtsvoll behandelt worden. Diese armen verheerten Frauen haben nicht in den Kasematten schmachten müssen, wie namentlich die polnisch-chauvinistische Klique Galiziens ausposaunte. Eine derartige Behandlung ist nur in Rußland und in Galizien gebräuchlich. Die ruthenischen Studenten, die sich jüngst in Lemberg gegen polnische Niedertracht und Wortbruch mit jugendlichem Ubereifer auflehnten, sie und das ganze ruthenische Volk, sie wissen, was polnische Justiz und Gefangenbehandlung bedeuten und müssen es tagtäglich mit ansehen, wie man die von ihnen unterhaltenen ohnehin schon halbpolnischen Schulen unter heuchlerischen Vorwänden vollends polonisiert. Man müht sich darin ab, der ruthenischen Schuljugend die polnische Geschichte unter lächerlicher Verdrehung weltbekannter Tatsachen mundgerecht zu machen und bestraft abfällige Urteile über den König Jagello, der vor 600 Jahren, ein heidnischer Barbar, als Herrscher Polens auftrat, als Majestätsbeleidigung! ein Vorgang, über den wir in der deutschen Presse schon einmal berichteten; — so etwas geht wohl noch über Torquemada!

Diese, Galizien jetzt ausbeutende, kleine aber einflußreiche Gesellschaft ist außerdem unermüdlich tätig, den Haß gegen Deutschland zu schüren, uns zu schmähen und zu verleumden, und dieser Haß ist die einzige Aufrichtigkeit uns gegenüber, in diesem Hasse liegt Wahrheit; denn sie hassen uns gewisser Eigenschaften halber, die den Polen im allgemeinen jetzt noch fehlen, wie wir besitzen und durch welche wir ihnen voraus sind. Aber dabei sind sie so dreist, daß sie die sich um Arbeit nach Deutschland wendenden armen ruthenischen Landarbeiter zurückzuweisen suchen und uns dafür ihre Majestätsbeleidigungen aufdrängen wollen. Und sie werden noch oft über Intoleranz zetern, wenn wir die ruthenischen Arbeiter immer entschiedener bevorzugen und das müssen wir tun, vor allem die national-deutsche Presse hat schon wiederholt auf diese Notwendigkeit hingewiesen, denn mit den Ruthenen tritt kein Element unter uns, das gegen uns aufgehetzt werden kann.

Unser polnischer Schülerstreik, den man nach Schlachzizenart aufbauscht und weiterführt, ist unserer Meinung nach ein geschickter Versuch, die breiten Massen der polnisch-preußischen Bevölkerung, die sich im allgemeinen den großpolnischen Bestrebungen gegenüber ziemlich passiv verhielten und deren überschüssige Glieder in Deutschland gern Unterkommen und Verdienst suchten, durch diese vom Beichtstuhl aus geleitete Bewegung dem polnischen Adler zuzuführen. Daß man dabei unseren katholischen Volksgenossen diese ganze Komödie als Verteidigung des Glaubens hinstellte und es dahin brachte, daß sich daraufhin auch unser „Zentrum“ zum Resonanzboden polnischer Jeremiaden hergab, ist bekannt. Aber man wird auf dieser Seite denn doch stutzig, die durch den Schülerstreik Platz greifende Verrohung der Jugend untergräbe schließlich jede, auch die kirchliche Autorität. Könnte man die aufgehetzten Eltern jener mißleiteten Kinder nach Galizien versetzen, sie würden bald bekehrt werden und sich zurücksehnen. Die Rädelzüher freilich, die daher abgezogen, finden dort, bei ihrer Sippe, den Tisch gedeckt, sind hier in ihrem Elemente und können die Maske ruhig ablegen, die Ruthenen verspüren dann an ihnen, daß sie derselben unverbesserlichen Art angehören, ja, daß sie Bedrückter schlimmster Sorte sind, die sich für das Versäumte zu entschädigen suchen.

Die jeder Aristokratie angeborene Neigung, auf Kosten der Allgemeinheit und ohne Gegenleistung, bloß kraft der Geburt, oben auf zu bleiben und das Leben mühelos zu genießen, wirkt bei der Schlachta noch in alter Stärke und tritt uns, nach Gestalt der Dinge, in Galizien ganz unverhüllt entgegen.

Was früher Robot und Hossjude aufbrachten, muß nunmehr durch die jüdische Pächterschaft und den Schnaps herbeigeschafft werden und das, was 1848 die polnischen und ruthenischen Abgeordneten dem polnischen Adel im österreichischen Reichstage vorwarfen, stimmt darum mutatis mutandis auch mit dem überein, was 50 Jahre später Dajzynski, ein echter Nationalpole, dem Polenklub im Reichsrat vorhielt. Schnaps soll und mag der galizische Bauer trinken und zwar möglichst viel Schnaps, das mehrt die Einkünfte, und im Sinne solcher Auffassung ist es dann natürlich eine Frechheit, wenn die drei Millionen Ruthenen Galiziens, statt sich an die wodka zu halten, ihre berechtigten Ansprüche an die Lemberger Universität ab und zu geltend machen. Die im Westen Galiziens sitzenden Polen, die Masuren, haben ihre Universität Krakau, weshalb die österreichische Regierung im Osten des Landes, in der alten ruthenischen Hauptstadt Lemberg, eine zweite Universität für Deutsche und Ruthenen errichtete. Aber an Gesetze und Bestimmungen fehlt sich die herrschende Sippe bekanntlich nicht, es ist das zwar „nicht ehrenhaft, dafür aber gesund,“ wie ein Schlachzizenpruch lautet. Die darin liegende Absicht der Schlachta: die Ruthenen geistig verkümmern zu lassen, entspricht überhaupt ihrer ganzen chauvinistischen Politik, die auch auf materiellem Gebiete durch Hungerlöhne die Ruthenen zu verelenden und niederzuzwingen sucht. Sie zeigt sich dort auf allen Gebieten und bei aller Verlogenheit und Verstellung in plastischer Deutlichkeit und das wird hoffentlich dazu führen, die Polenfrage in Deutschland endlich einmal als reine Machtfrage zu behandeln.

Unser sogenannter polnischer Osten ist, wie immer wieder betont werden muß, nur durch deutsche Art und Arbeit, durch deutsches Kapital und deutsche Beispiele emporgekommen und dadurch der westeuropäischen Kultur und zunächst Deutschland angegliedert worden. Dadurch kam zugleich auch das eigentliche polnische Volk vorwärts und wurden ihm Dienste und Wohltaten erwiesen, die es von seinen Schlachzizen nie erlebt hätte. Diesem polnischen Volke, dem Bauernstande, wurde dabei, wie schon erwähnt, in keiner die Nationalität schädi-

* Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung, Nr. 9, Erl. vom Jahre 1887.

genden Weise zu nahe getreten; dazu ist der Deutsche, der auch heute noch den Fehler hat, in anderen Nationen rasch aufzugehen, überhaupt nicht veranlagt.*) Die Unterdrückung, die schonungslose rohe Behandlung anderer, selbst nahverwandter Völker, ist eine Spezialität gewisser Kreise der Schlachta und der russischen Bürokratie und darum bemerkt man jetzt, wie beide im Zarenreiche, von arger Not bedrängt, sich verständnisvoll zu nähern suchen. Welche Freude für diese schönen Seelen, wenn Rußland jetzt imstande wäre, sich seiner Sorgen durch einen Feldzug nach Westen hin zu entledigen, denn an den Vogesen würden dann die Gewehre wohl von selbst losgehen.

Aus Nr. 5 der Ukrainischen Rundschau.

(Wien XVII/3), Frauenfelderstraße Nr. 2.

Die k. u. k. Gendarmerie in Galizien.

Die k. u. k. Gendarmerie hat in Ostgalizien wirklich einen viel zu schweren Dienst. Sie muß nicht nur den Sicherheitsdienst besorgen, sondern auch den polnischen Machthabern und ihrer Politik Parteidienste leisten. Die Gendarmen vor allem werden von diesen zur Bekämpfung der Ruthenen gebraucht. Die galizischen Bezirkshauptleute verwenden sie eben als Werkzeuge zur parteipolitischen Hezjagd auf die ruthenischen Intelligenzler und Bauern. Sie stehen in Galizien nicht so sehr im Dienste des Staates, als vielmehr im Dienste der polnischen Staatsidee und des politischen Besitzes und haben bei den Wahlen die Pflicht, durch Terrorisieren der ruthenischen Wähler dem polnischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Die Gendarmen erhalten von den k. k. galizischen Bezirkshauptleuten nicht nur schriftliche, sondern auch vertrauliche mündliche Aufträge, die sehr oft ganz gesetzwidrig sind und für sie zuweilen verhängnisvoll werden. Aus Furcht vor der schlechten Qualifikation seitens der Bezirkshauptmannschaft müssen sie denselben Folge leisten, kommen aber unsaubere Geschichten zum Vorschein, dann büßen die Gendarmen dafür. So z. B. gingen bei den Reichsratswahlen im Bezirke Husiatyn im Jahre 1897 die Gendarmen gegen die ruthenischen Wähler viel zu wild vor und erlaubten sich den ärgsten Mißbrauch ihrer Gewalt. Der gewesene Abgeordnete Jaroszewitsch hatte alle diese Gendarmengreuel aufgedeckt, Tatsachen gesammelt und bei dem Landwehrministerium eine Militäruntersuchung veranlaßt. Viele Gendarmen wurden damals von dem Garnisonsgericht verurteilt, kamen ins Garnisongefängnis und verloren ihre Posten und ihre Zukunft. Sie verteidigten sich damit, daß sie den Auftrag und die Ermächtigung von dem k. k. Bezirkshauptmann erhalten hatten; dieser stellte es natürlich in Abrede. Die Gendarmen konnten sich mit einem schriftlichen Auftrag nicht ausweisen, denn ein ostgalizischer Bezirksrat ist in solchen Dingen viel zu pffiffig, als daß er seinen gesetzwidrigen Auftrag schriftlich den Gendarmen geben sollte. So mußten die Gendarmen allein für alles büßen.

Was so ein Gendarm in Ostgalizien im Dienste der polnischen Politik für den Herrn „Starosta“ alles tun muß, um von demselben eine gute Note zu bekommen, darüber hat man in den westlichen Ländern der Monarchie gar keinen Begriff. Man fordert von ihm oft einfache Sachen, die unbedingt zu einer Kollision mit seinen Dienstpflichten und Dienstvorschriften führen müssen. Er muß jeden ruthenischen Beamten genau überwachen und dem Bezirkshauptmann berichten, mit wem dieser verkehrt, wohin er geht, ob er zufällig nicht in eine ruthenische Volksschule kommt, ja sogar, wie er zu

Hause mit seiner Familie spricht; denn danach wird die politische Verlässlichkeit des ruthenischen Beamten bestimmt. Stand doch vor Jahren in der Qualifikationstabelle des heute schon in Pension lebenden Gerichtsrates Linynskij: „ein gewissenhafter Beamter, doch hat er eine ruthenische Pfaffentochter zur Gemahlin und spricht zu Hause nur ruthenisch.“ Im Dorfe wiederum muß der Gendarm den ruthenischen Geistlichen und Dorfschullehrer überwachen und berichten, was sie tun, wer zu ihnen kommt besuchen, was der Geistliche in der Predigt den Bauern gesagt hat, ob der Lehrer nicht in den Leseverein kommt und den Bauern nicht etwas vorliest. Davon ausgenommen sind wohl nur diejenigen Geistlichen, die sich für das nationale Volksleben und für die Aufklärung ihrer Pfarrkinder gar nicht interessieren, mit den polnischen Herren Karten spielen und alle Aufklärungsvereine im Dorfe verfolgen und die „anständigen“ Geistlichen genannt werden und die fettesten Pfünden bekommen, und andererseits diejenigen Lehrer, die trotz ihrer ruthenischen Nationalität sich mit Leib und Seele den Bedrückern des eigenen Volkes verkauft haben. Für den armen Lehrer genügt es schon, in seinem Dorfe einen ökonomischen Verein oder eine Lesehalle zu gründen, um gleich nach Westgalizien Ruin zu werden, was oft vollständigem materiellen Ruin gleich ist.

Der ruthenische Bauer darf eben seine Aufklärung und Bildung nur von den polnischen Herren empfangen, und die reden ihm nur in einem Fort von der Herrlichkeit der polnischen Krone, von den Taten und Verdiensten der Schlachta und von dem österreichischen Raub an dem polnischen Vaterlande. Wo das ruthenische Nationalleben unterdrückt werden soll, da hat ein österreichischer Gendarm auch Hilfe zu leisten, um den nationalen Führern und Arbeitern beizukommen. Der Gendarm muß im Interesse der polnischen Machthaber wissen, welche ruthenischen Zeitungen in seinem Rayon und von wem sie abonniert werden. Er muß nach Kräften dafür Sorge tragen, daß der ruthenische Bauer womöglich kein ruthenisches Buch lese. Um dieser Anforderung der polnischen Machthaber zu entsprechen, nimmt der Gendarm bei den Bauern gesetzwidrig Hausdurchsuchungen vor, konfisziert ihnen alle ruthenischen Bücher, deren Inhalt er nicht einmal versteht, da er gewöhnlich ein Pole ist, welcher die ruthenische Sprache in der Schule nicht gelernt hat und sich mit dem Volke kaum verständigen kann. Vor allem sind seiner Obhut alle aufgeklärten ruthenischen Bauern anvertraut. Denen gönnt er aber schon keine Ruhe, er spioniert und verfolgt sie auf jeden Schritt und sucht nach einem Vorwand, um sie vor das gestrenge Antlitz des Herrn Bezirkshauptmannes zu bringen; dazu genügt jeder Schein, jeder Vorwand. Ein im Privatgespräch unvorsichtig gefallenes Wort genügt, um dem Bauer an den Leib zu gehen und ihn in Ketten zu schlagen, und ihm dadurch jede Lust zur Aufklärung zu verleiden. Und erst bei den Wahlen, um die sich in den westlichen Kronländern und sogar in der Bukowina die Gendarmerie garnicht kümmert, werden an die Gendarmen in Ostgalizien seitens der polnischen Machthaber und der galizischen Behörden Ansprüche gestellt, die ihren Dienstvorschriften unbedingt zuwiderlaufen. In ihrem Auftrage müssen sie die Bauern für den polnischen Kandidaten bearbeiten und terrorisieren, jede Agitation von seiten der Ruthenen verhindern und dafür die polnische Agitation unterstützen, vor dem Wahllokal Posten stehen, um mit aufgezogenem Bajonett den ruthenischen Wählern den Zutritt zum Wahllokal zu wehren und so ihnen die Abstimmung unmöglich zu machen, ganz ruhig der Mißhandlung der friedlichen ruthenischen Wähler durch die Wahlhüthen zusehen und dann noch die Mißhandelten im Wahllokal (Zydatshiw 1895) arretieren und mit Kolben bearbeiten

*) damit hängt auch zusammen, daß unsere deutsche Sozialdemokratie sich vollständig vaterlandslos geberdet.

und dergleichen andere gesetzlose Handlungen im Dienste der polnischen Herren vornehmen.

Kein Wunder, daß die Gendarmen unter einer solchen behördlichen Anleitung selbst verwildern, einen nächtlichen Überfall auf die friedlichen Dorfbewohner von Ladske unternehmen und, um im Interesse der polnischen Schlachta das Volk zu provozieren, die wehrlosen Menschen von hinten in den Rücken mit dem Bajonette stechen, wie es vor zehn Jahren mit dem

Stasiuk in Tschernijew und voriges Jahr in Ladske der Fall war. Kurz gesagt: Sie müssen den polnischen Herren gegen das ruthenische Volk Henderdienste leisten. Ob das mit ihrer Militärehre und mit ihrer Dienstpflicht vereinbart werden kann, darauf möge der k. k. Landwehrminister Antwort geben und dabei erwägen, wie sehr durch dieses gesetzlose und rechtswidrige Vorgehen der Gendarmen das Ansehen der gesamten k. k. Militärmacht gefährdet und untergraben wird.

